

zivilschutz magazin



**Grußwort von
Bundesinnenminister
Gerhart Rudolf Baum
an die ehrenamtlichen
Helferinnen und Helfer
des Katastrophenschutzes**



Liebe Helferinnen und Helfer
im Katastrophenschutz!

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche
ich zum Jahreswechsel 1981/82 alles
Gute.

Auch in diesem Jahr haben Sie bei der
Bekämpfung von Katastrophen und Un-
glücksfällen vielen Mitbürgern in Not
und Bedrängnis uneigennützig geholfen.
Die freie Entscheidung, sich aktiv für
den Nächsten einzusetzen, zeugt von
großem Pflichtgefühl und mitmenschli-
chem Verantwortungsbewußtsein, Ei-
genschaften, die nicht überall und bei
jedermann selbstverständlich sind. Da-
mit leisten Sie einen wertvollen Beitrag
zur Ausgestaltung und Fortentwicklung
unserer lebendigen demokratischen Ge-
sellschaft.

Ihr humanitäres Engagement verdient
Dank und ist gleichzeitig Verpflichtung,
Sie hierbei nachhaltig, und nicht nur mit
Worten zu unterstützen. Ich begrüße es
daher ganz besonders, daß trotz
schwieriger Haushaltsslage auch in die-
sem Jahr das von der Bundesregierung
beschlossene Konsolidierungsprogramm
für die Ausstattung des erweiterten Ka-
tastrophenschutzes kontinuierlich fortge-
führt werden konnte. Auch in Zukunft
werde ich meine Bemühungen fortset-
zen, damit dieses Programm zügig und
umfassend verwirklicht werden kann.

Ich bitte Sie, in Ihrem humanitären En-
gagement 1982 nicht nachzulassen und
wünsche Ihnen dabei viel Glück und
Erfolg.

Gerhart Rudolf Baum
Bundesminister des Innern

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körper-
schaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des
Innern), ist die Stelle des/der

Leiters/-in der BVS-Dienststelle Göttingen
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab sofort –

zu besetzen.

Der/die Bewerber/-in sollte über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor
des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine
Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst
üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen, Lebenslauf,
Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Januar 1982**
zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– **Bundeshauptstelle** –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.
Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung.

STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule Hessen, 6222 Geisenheim-Johannis-
berg, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle des

Lehrgruppenleiters Brandschutzdienst

neu zu besetzen.

Der Aufgabenbereich umfaßt:

- Planung, Vorbereitung und Durchführung von feuerwehrspezifischen
Lehrgängen, insbes. Atemschutzlehrgängen
- Unterrichte über brandschutztechnische und -taktische Themen in Lehr-
gängen aller KatS-Fachdienste
- Mitwirkung in ABC- und Fernmeldelehrgängen sowie in Führungs- und
Stabslehrgängen

Der Bewerber sollte folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Feuerwehrtechnische Ausbildung mit mehrjähriger Berufserfahrung und
Befähigung für den gehobenen Dienst, oder gleichwertige Erfahrungen,
vorteilhaft ist besonderes Fachwissen im Atemschutz
- Eignung und Neigung zur Lehrtätigkeit
- Körperliche Eignung nach G 26

Weitere Einzelheiten ggf. auf Nachfrage bei der Schule (06722/8091)

Vergütung: Nach BAT IVa, bei Bewährung nach 4 Jahren BAT III

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Zeugnissen sind bis
zum **31. 1. 1982** einzusenden an:

Katastrophenschutzschule Hessen
Johannisberg-Hansenbergallee
Postfach 22
6222 Geisenheim

Geisenheim liegt am Rhein im landschaftlich reizvollen Rheingau (25 km
westl. von Wiesbaden/Mainz, 3 km ostwärts von Rüdesheim), ca. 12000
Einwohner, alle Schulen am Ort, lediglich Realschule in Rüdesheim. Der
Stadtteil Johannisberg liegt etwa 3 km vom Ortskern am Hang des Rhein-
gaves.

zivilschutz magazin



12/81 Dezember

ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.
Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Schwierige Lage bei Nacht und
Nebel“ 5
Zwei Übungen der Katastrophenschutz-
Einheiten des Rhein-Sieg-Kreises –
Tausend Helfer im Einsatz – Hub-
schrauber landete bei Dunkelheit.



Lehrgangsverzeichnis 1982 der
Katastrophenschutzschule des
Bundes 10

„Alarmierende Zeichen zunehmender
Gewaltanwendung“ 39
121 Rotkreuz-Gesellschaften und
70 Regierungen beteiligten sich an der
24. Internationalen Rotkreuz-Konferenz
in Manila.

„Neue Wege aufgezeigt“ 43
ASB-Ärztekonferenz 1981 in Frankfurt.

„Der Behindertentransport allein ist
noch keine Betreuung“ 45
Gespräch mit der JUH-Jugendgruppe
Nürnberg.

„Schlag auf Schlag vor neuen
Situationen“ 47
3. Bundesleistungswettbewerb des
MHD in Münster.



„Die Steuer dient der Grundfinanzierung
der Freiwilligen Feuerwehren“ 51
Sachstandsbericht des DFV zur
Feuerschutzsteuer.

„DLRG-Rettungsschwimmer bargen
Verletzte“ 55
Länderübergreifende Großübung in
Wiesbaden und Mainz.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im
Brandschutz.

Deutsche Landwirtschaft fördert Anschaffung einer Milchaufbereitungsanlage für das DRK

Die deutsche Landwirtschaft stiftete dem Deutschen Roten Kreuz am 11. Dezember 1981 100000 DM zur Anschaffung einer Milchversorgungsanlage, die für den Einsatz in Notstandsgebieten im Ausland vorgesehen ist. Die Übergabe des Geldbetrages erfolgte in der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merl bei Bonn. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, übergab den Betrag in Form eines Schecks dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky.

Die Arbeitsweise der neuen, mobilen Milchzubereitungsanlage, die mit finanzieller Unterstützung der Landwirtschaft technisch weiterentwickelt werden soll, wurde anhand eines bereits vorhandenen Gerätes demonstriert. Eine Schulklasse der nahegelegenen Gemeinschaftsgrundschule Merl wurde zu diesem Zweck mit der vor der Öffentlichkeit präparierten Milch verköstigt.



Die bereits vorhandene fünf Jahre alte Milchaufbereitungsanlage, genannt „Milchkuh“, war u. a. in der Türkei und Algerien im Einsatz. Allein in Algerien konnten innerhalb von acht Monaten in 30 Dörfern Opfer der letzten Erdbebenkatastrophe mit 1,9 Millionen Litern Milch und 500000 Litern Wasser versorgt werden. Die „Milchkuh“, die entweder Wasser oder Milch zum Trinken aufbereiten kann, liefert pro Stunde 1350 Beutel Flüssigkeit, verpackt in Plastiktüten (viertel-, halb- oder literweise). Die Tüten werden nach dem Abfüllen zugeschweißt und können später vom Empfänger unproblematisch aufgerissen werden.

Unser Bild zeigt die Übergabe des Schecks durch Freiherr Heereman von Zuydtwyck (links) an den DRK-Präsidenten Walter Bargatzky.

Bundesregierung: Förderung des Selbstschutzes in Arbeitsstätten kommt besondere Bedeutung zu

Der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann, sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion, hat am 11. November 1981 zwei Anfragen an die Bundesregierung zum Thema „betrieblicher Selbst- bzw. Katastrophenschutz“ gestellt:

1. Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß dem Selbst- beziehungsweise betrieblichen Katastrophenschutz in Arbeitsstätten insbesondere im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft bei Katastrophen und im V-Fall eine erhöhte Bedeutung zukommt?

2. Sieht auch die Bundesregierung Berührungspunkte zwischen den Empfehlungen des Bundesministers des Innern und der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz des Spitzenverbandes der gewerblichen Wirtschaft zum Aufbau eines Selbst- beziehungsweise betrieblichen Katastrophenschutzes und Paragraph 55 der Arbeitsstättenverordnung des Bundesministers für Arbeit, und in welcher Weise werden die beiden Minister ihre Maßnahmen abstimmen und in der Arbeitsstätten-Richtlinie zum Paragraph 55 der Arbeitsstättenverordnung deutlich machen, daß zur Erfüllung der Auflagen die genannten Empfehlungen herangezogen werden sollten?

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Andreas von Schoeler, hat diese Fragen am 24. November 1981 wie folgt beantwortet:

Zu 1.: Ihre Auffassung, wonach der Förderung des Selbstschutzes in Arbeitsstätten (Betriebe und Behörden) besondere Bedeutung zukommt, teile ich. Aus diesem Grunde sind bereits im Jahre 1972 „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ ergangen, die in Zusammenarbeit mit der gewerblichen Wirtschaft erstellt worden sind und die ausdrücklich die Nutzenanwendung sowohl im Frieden als auch im Verteidigungsfalle vorsehen. Der Bundesverband für den Selbstschutz unterstützt dabei die Betriebe mit von ihm durchgeführten Ausbildungsveranstaltungen. Ziel dabei ist es, Wege aufzuzeigen, die es ermöglichen, Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer und darüber hinaus Arbeitsplätze und Sachwerte im Verteidigungsfalle zu schützen. Die Vorbereitung der entsprechenden Maßnahmen im Frieden ist in die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe gestellt, da das Prinzip der Freiwilligkeit des Selbstschutzes nicht aufteilbar ist.

Zu 2.: § 55 der Arbeitsstättenverordnung verpflichtet den Arbeitgeber, sofern sich aus Lage, Ausdehnung und der Nutzungsart der Arbeitsstätte eine Gefahrensituation für die Arbeitnehmer ergeben kann, einen Flucht- und Rettungsplan aufzustellen. Bezüglich dieser Vorschrift und der für die Flucht und Rettung zutreffenden Maßnahmen bestehen Berührungspunkte zu den Empfehlungen zum Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes. Es soll daher in einer Arbeitsstättenrichtlinie zu § 55 der Arbeitsstättenverordnung die Aufnahme eines Hinweises auf die Empfehlungen vorgeschlagen werden.

Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Erfüllung bestimmter Punkte der Empfehlung kann jedoch nicht vorgesehen

werden. Der Arbeitgeber muß entsprechend der Situation in der jeweiligen Arbeitsstätte selbst entscheiden, welche einzelnen Maßnahmen er vorsieht.

„Sprechende Sirene“ in Betrieb genommen

„Rat geben – nicht Angst machen“ –. Mit diesen Worten umschrieb Staatssekretär Ruder vom Innenministerium Baden-Württemberg bei der Übergabe des in Europa einmaligen Pilotprojektes „Sprechende Sirene“ das Konzept der neuen Sirenenanlagen.



Neu an diesem Konzept ist eigentlich alles. Die zwei hervorstechendsten Vorteile der Elektronischen Sirene gegenüber dem herkömmlichen System sind die netzunabhängige Signalabgabe und die Möglichkeit der Sprachdurchsagen über Mikrofon, Band, Funk oder Telefon. Auch bei Stromausfall, wenn weder die Elektrosirene (sie benötigt einen Drehstromanschluß) noch das netzbetriebene Radio funktionieren, kann die Bevölkerung alarmiert und informiert werden. Über zwei vorher gepufferte Akkus sind dann noch mindestens 20 Alarme möglich. Sind die Akkus erschöpft, kann jede zur Verfügung stehende Autobatterie als Ersatz verwendet werden. Die Verwendung von Solargeneratoren wird zur Zeit erprobt. Unzugänglich liegende Sirenenanlagen wären dann völlig unabhängig von einer Netzversorgung.

Ein weiterer Vorteil ist die bessere Flächenausnutzung bei der Warnung der Bevölkerung, weil durch die Anordnung der Lautsprecher eine optimale Anpassung an topographische Gegebenheiten möglich ist. Das Warnsystem ESA 15 kann jederzeit unbemerkt von einem Großteil der Bevölkerung mit Zimmerlautstärke geprüft werden. Und zwar jede Sirene einzeln, wenn es sein muß.

Die Lautsprecherkombinationen und der Mast sind absolut wartungsfrei. Dachluken und Laufbretter können deshalb entfallen. Lediglich die Akkus müssen

alle vier bis fünf Jahre ausgetauscht werden. Die Bausteine der Elektronischen Sirene ESA 15 sind in einem wetterfesten Schrank untergebracht. Jeder einzelne Baustein hat eine Kontrollampe für die Funktionskontrolle. Der Wartungsaufwand wird sehr gering sein.

Dem Zivil- und Katastrophenschutz sowie den Feuerwehren steht mit der Elektronischen Sirene nicht nur im Verteidigungs- und Katastrophenfall, sondern auch im Frieden ein Warn- und Informationssystem hoher Zuverlässigkeit zur Verfügung.

Ein von Bundesamt für Zivilschutz beim Innenministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegebenes Pilotprojekt umfaßt den Aufbau von zehn Elektronischen Sirenen ESA 15 in drei Gemeinden. Die ersten fünf Elektronischen Sirenen wurden in der Gemeinde Hambrücken, Landkreis Karlsruhe, installiert und am 15. Dezember 1981 von Staatssekretär Ruder offiziell in Betrieb genommen.

MHD übernahm Mehrzweck- Container-Lastzug

„Behinderte Menschen gehören nicht nur im Jahr des Behinderten zu unserer Gesellschaft, wir müssen sie in das Leben unserer Gesellschaft einbeziehen“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Dr. Brisch im Beisein zahlreicher Gäste in einer Feierstunde am 20. November 1981 vor dem Kölner Dom. Anlaß war die Übergabe eines neu entwickelten Container-Lastzuges an den Malteser-Hilfsdienst im Erzbistum Köln.

Aufgrund vielfältiger Erfahrungen bei Katastropheneinsätzen und Großveranstaltungen hat der Diözesan-Caritasverband Köln den Entschluß zur Entwicklung eines derartigen Fahrzeuges gefaßt. Das Mehrzweckfahrzeug besteht aus einem Lastkraftwagen, einem Anhänger und vier Containern. Zwei der Container sind mobile Toilettenanlagen für Behinderte und dienen insbesondere der hygienischen Versorgung Behinderter bei Großveranstaltungen. Durch eine eigene Strom- und Wasserversorgung und eine Gasheizung können die Container sowohl ohne Fremdversorgung eingesetzt als auch an das öffentliche Strom- und Wassernetz angeschlossen werden.

Bei den zwei weiteren Containern, die der Lastzug alternativ befördern kann, handelt es sich um Leercontainer, die für den Transport von Hilfsgütern in Katastrophenfällen sowie als Unterkunft für die Helfer bei Einsätzen geeignet sind. Durch die Abrollvorrichtung des Lastkraftwagens lassen sich die Container ohne fremde Hilfe auf- und abladen. Damit ist ein schneller und flexibler Einsatz sichergestellt.

Die Segnung des Fahrzeuges nahm der „Hausherr“ des Domes, der durch seine volkstümliche Wesensart in der Bevölkerung geschätzte Dompropst Prälat Ketzer vor. Dr. Graf von Plettenberg dankte als Diözesanleiter des MHD dem Caritasverband für die Bereitstellung des Fahrzeuges. In seinen Worten wies er besonders darauf hin, daß mit dem Lastzug bereits mehrfach Lebensmitteltransporte nach Polen durchgeführt wurden und damit der Einsatzwert des Fahrzeuges unter Beweis gestellt wurde.



Im Vordergrund der Lastkraftwagen mit einem Leercontainer, links ein Toilettencontainer.



Der Kölner Dompropst Prälat Ketzer nahm die Fahrzeugsegnung vor, rechts neben ihm Dr. Graf von Plettenberg.

Bundesverdienstkreuz für Gerhard Maier

Der Bundespräsident hat Direktor Gerhard Maier, Leiter des Amts für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart, in Anerkennung seines Engagements auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie seiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeiten als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Maier trat nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft im Januar 1946 in den öffentlichen Dienst ein, war später Leiter der Abteilung Gemeindeverfassung im Hauptamt der Stadt Stuttgart und wurde am 1. August 1967 zum Leiter des Amts für Zivilschutz ernannt. Im April 1979 konnte Maier sein 40jähriges Jubiläum im öffentlichen Dienst und im Juli 1979 sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Stadt Stuttgart feiern.

Direktor Maier hat den Katastrophenschutz, den Zivilschutz und die Zivilverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland richtungsweisend mitgeprägt. Sein Wirken fand landes- und bundesweit Anerkennung durch die Mitgliedschaft im Beirat für Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungswesen des Deutschen Städtetages seit 1967, den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz im Städtetag Baden-Württemberg seit 1969, die Mitgliedschaft als Vertreter des Städtetags Baden-Württemberg im Landesbeirat für Katastrophenschutz im Innenministerium Baden-Württemberg, den Vorsitz der Arbeitsgruppe Zivilschutz in der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln und den Ruf als Gastdozent an der Katastrophenschutzschule des Bundes.

Innenminister Dr. Barschel: „Der Staat ist ohne freiwillige Helfer undenkbar“

Ohne die zahllosen Helfer und Helferinnen in den Hilfsorganisationen sei die Demokratie nicht nur unendlich viel ärmer, sie sei praktisch zum Scheitern verurteilt. Mit diesen Worten leitete Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Uwe Barschel eine Grundsatzrede auf dem „Ostholstein-Forum“ 1981 in Neustadt ein, wo er vor zahlreichen Vertretern von Feuerwehr, THW und DRK sprach. Der Minister betonte, daß die Helfer in den Organisationen Staatsbürger im besten Sinne seien, deren Beispiel allen zur Nachahmung empfohlen werden kann.

Kein Staat, so der Minister, wird jemals so perfekt sein, daß er auf die Einsatz-

bereitschaft ehrenamtlich tätiger Bürger verzichten kann. Spätestens jetzt in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage des Bundes und der Länder werde die Leistungsfähigkeit des Staates an deutliche Grenzen stoßen.

Aber es sei klar, daß ehrenamtlich geleistete Arbeit nicht nur kostengünstiger, sondern auch von anderer Qualität sei. „Sie ist ein Ausdruck unmittelbarer Menschlichkeit“, wie es der Minister wörtlich formulierte. Der freiwillige Einsatz sei der beste Weg, gesellschaftliche Aufgaben zu lösen. Daher müsse der Staat die Organisationen als vollwertige und selbständige Partner betrachten. Die Landesregierung in Kiel stärke den Hilfsorganisationen nicht nur ideell den Rücken, sondern leiste auch finanzielle Hilfe zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben.

Barschel äußerte schließlich seine Befriedigung darüber, daß der Bund endlich dem Drängen der Länder gefolgt sei und die total veralteten Fahrzeuge für den Katastrophenschutz nach und nach ersetzt, „wenn auch in diesem Bereich immer noch sehr vieles im argen liegt“.

Wechsel in der Leitung des BVS

Zum 1. August 1981 wurde der bisherige Abteilungspräsident Helmut Schuch auf Vorschlag des Bundesministers des Innern vom Bundespräsidenten zum Direktor und Geschäftsführenden Vorstandsmitglied des Bundesverbandes für den Selbstschutz ernannt. Schuch, der seit August 1975 die Verwaltungsabteilung des BVS leitete, trat damit die Nachfolge des bisherigen Direktors Artur Franke an. Zuvor war Schuch fünf Jahre im Bundesministerium des Innern tätig, seine berufliche Laufbahn hatte der 42jährige Volljurist in der Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg begonnen.

Der neue Direktor sieht nach der organisatorischen und personellen Durchführung der Strukturänderung des BVS – an deren Verwirklichung er entscheidend beteiligt war – jetzt als Schwerpunkte der Arbeit in der nächsten Zeit die Konsolidierung des Verbandes im Interesse einer verbesserten und verstärkten Sacharbeit, eine intensivere Motivierung der ehrenamtlichen Helfer des BVS mit dem Ziel eines gesteigerten Einsatzes in den neuen und größeren Dienststellenbereichen sowie die Fortführung einer sachgerechten und erfolgreichen Auftrags Erfüllung des Verbandes auch angesichts einer schwieriger gewordenen allgemeinen Haushaltslage.



Unser Bild: Bundesinnenminister Baum überreicht dem neuen Direktor die Ernennungsurkunde (von rechts): Minister Baum, Staatssekretär Dr. Hartkopf, Direktor Schuch, Ministerialdirektor Wedler, Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung im BMI.

Auch in der Leitung der Fachabteilung der Bundeshauptstelle des BVS in Köln hat es nach der Pensionierung des früheren Abteilungsleiters Hans Umlauf einen Wechsel gegeben: Am 1. April 1981 übernahm Verwaltungsdirektor Heinz Gessert diese verantwortliche Aufgabe. Vor seiner Versetzung zum BVS war Gessert mehr als 14 Jahre in verschiedenen Aufgabengebieten des Bundesministeriums des Innern tätig. Ab 1977 war er als Referent und stellvertretender Referatsleiter in der Abteilung Zivile Verteidigung für den Einsatz der Katastrophenschutzhubschrauber und den Selbstschutz zuständig. Der zur Zeit bundesweit laufende Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes in den Gemeinden geht auf seine Initiative zurück.



Verwaltungsdirektor Gessert sieht in den nächsten Jahren den Schwerpunkt seiner Tätigkeit darin, das Leistungsangebot des BVS mit dem Ziel zu überprüfen, es noch besser auf die Bedürfnisse insbesondere der Gemeinden abzustimmen und die Qualität der Leistungen weiter zu verbessern.

Wolfram Such / Fotos: Klaus Löffler und Kurt Hilberath

Zwei Übungen der Katastrophenschutz-Einheiten des Rhein-Sieg-Kreises

Schwierige Lage bei Nacht und Nebel

Tausend Helfer im Übungseinsatz – Hubschrauber landete bei Dunkelheit am Verbandplatz – Ausfall der Katastrophenschutzleitung bedingte Funktionsverlagerung

Verladen von Schwerverletzten in den Transporthubschrauber der Bundeswehr vom Typ CH 53 bei Nacht auf einem ausgeleuchteten Notlandeplatz.



Einleitung

Der Rhein-Sieg-Kreis gehört zum Regierungsbezirk Köln und erstreckt sich auf beiden Seiten des Rheins an der südlichen Grenze von Nordrhein-Westfalen zum Nachbarland Rheinland-Pfalz. Im Zuge der kommunalen Neugliederung des Raumes Bonn ist der Rhein-Sieg-Kreis am 1. August 1969 durch Verschmelzung des früheren rechtsrheinischen Siegkreises mit dem ehemaligen Landkreis Bonn auf der linken Rheinseite entstanden. Der Rhein und das Gebiet der Bundeshauptstadt Bonn trennen das Kreisgebiet in zwei Teile. Sein Territorium erstreckt sich auf den Übergangsbereich vom Mittelgebirge zum Flachland. Es reicht vom nördlichen Abhang der Eifel im Westen, dem Vorgebirge und den Rheinterrassen bis auf die Hochflächen des Bergischen Landes und des Niederwesterwaldes.

Der Rhein-Sieg-Kreis liegt nach Flächengröße und Bevölkerung erheblich über dem Bundesdurchschnitt. In seinen 19 Städten und Gemeinden leben auf einer Fläche von rd. 1 150 km² rd. 464 000 Menschen, das sind etwa 400 je km². Auf der östlichen Seite vom Rheintal liegen im Rhein-Sieg-Kreis als Industriestandorte und Fremdenverkehrsgemeinden bekannt

te Städte, wie Troisdorf, Bad Honnef und Königswinter am Fuß des Siebengebirges, Sankt Augustin sowie die Kreisstadt Siegburg.

Der Rhein-Sieg-Kreis ist mit der Bundeshauptstadt Bonn eng verflochten. Er wird besonders in Nord-Süd-Richtung von wichtigen Fernstraßen und Eisenbahnlinien sowie vom Rhein als internationaler Verkehrswasserstraße durchzogen.

Bei der geschilderten Größe, Lage und Bedeutung des Rhein-Sieg-Kreises kommt den Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz und der Einsatzbereitschaft seiner Einheiten besondere Bedeutung zu.

Gemeinschaftsübung in der Katastrophenschutzschule des Bundes

Schon einmal hat vor nicht langer Zeit auf Initiative einiger Führungskräfte eine Gemeinschaftsübung von Einheiten verschiedener Fachdienste des Katastrophenschutzes aus der Kreisstadt Siegburg und der Umgebung auf einem Werkgelände stattgefunden. Die dabei angebahnte Zusammenarbeit führte zu dem Gedanken, die sich im Übungsgelände der Katastro-

phenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler (KSB) bietenden ausgezeichneten Möglichkeiten gemeinschaftlich zu nutzen.

Nach eingehender Vorbereitung durch die Führungskräfte der beteiligten Einheiten und Abstimmung des Termins mit der Schulleitung war es soweit: Am Freitag, dem 25. September 1981, brachen gegen 18.30 Uhr mehr als 150 Helfer der Freiwilligen Feuerwehr Siegburg unter Leitung des Stadtbrandmeisters, des 1. Katastrophenschutz-Sanitätszuges des Deutschen Roten Kreuzes, des Rettungsdienstes des Malteser-Hilfsdienstes aus Siegburg, des 1. und 2. Bergungszuges, des 1. Instandsetzungszuges und des Verpflegungstrupps des THW-Ortsverbandes Siegburg mit ihren Fahrzeugen und Gerät auf. Die Einheiten aus Siegburg wurden verstärkt durch den in Bonn stationierten 1. Fernmeldezug des Deutschen Roten Kreuzes. Schließlich beteiligte sich die Reservisten-Kameradschaft der Bundeswehr aus Siegburg an der Übung. In mehreren Marschkolonnen bewegten sich die 40 Einsatzfahrzeuge über die Bundesautobahnen A 59 und A 565 auf der linken Rheinseite. Während der Hauptteil der Einsatzkräfte über die Bundesautobahnen A 565 und A 61 direkt zur KSB Ahrweiler weiterfuhr, war das

Ziel des THW-Instandsetzungszuges und von MHD-Sanitätshelfern zunächst der Raum Rheinbach.

Hubschrauberlandungen

Hier erwartete die Helfer ein übungstechnischer „Leckerbissen“: Über das zuständige Korps der Bundeswehr und in Absprache mit dem Heeresfliegerkommando Mendig, zu dem vor einiger Zeit anlässlich einer Besichtigung erste Kontakte geknüpft worden waren, gelang es dem Siegburger THW, die Voraussetzungen zu schaffen, um zivil-militärische Zusammenarbeit im Rahmen des Katastrophenschutzes zu demonstrieren: Auf einer geeigneten Wiese in der Voreifel war inzwischen von einem Vorkommando der Heerestransportflieger aus Mendig ein provisorischer Hubschrauberlandeplatz erkundet und mit einer Befuehrung für den Nachtanflug versehen worden.

Nach kurzer Begrüßung und Einweisung durch den Truppführer der Bundesweereinheit installierten die THW-Helfer des Instandsetzungszuges ihre Scheinwerfer, um den Hubschrauberlandeplatz und den in seiner unmittelbaren Nähe errichteten provisorischen Verletzensammel- und Notverbandplatz auszuleuchten. Hier sollten Schwerverletzte für die Überführung in Spezialkliniken vorbereitet werden.

Bald nach Eintritt der Dunkelheit kündigte das bekannte „Tuckern“ in der Ferne das erwartete Luftrettungsfahrzeug an. Kurz danach überflog es den Landeplatz und landete schließlich sicher auf der Notpiste, geleitet durch die Nachtbefuehrung und die Funkverbindung mit dem Bodentrupp der Bundeswehr. Sofort schalteten die Helfer der Elektrogruppe des Instandsetzungszuges ihre Scheinwerfer ein und tauchten den provisorischen Lande- und Verbandplatz in gleißendes Licht. Das Verladen der auf Tragen gebetteten Schwerverletzten konnte beginnen.

Der bereitgestellte Transporthubschrauber vom Typ Ch 53 kann bis zu 23 liegende Verletzte bzw. 34 Personen mit leichteren Verletzungen, die im Sitzen transportiert werden dürfen, einschließlich ärztlichem und pflegerischem Begleitpersonal aufnehmen. Alternativ gestattet dieser Transporthubschrauber die Aufnahme von Lasten bis zu sieben Tonnen Gesamtgewicht, z. B. Einsatzfahrzeuge, Material oder Versorgungsgüter.

Nach der „Manöverkritik“ und interessantem Erfahrungsaustausch zwischen der Hubschrauberbesatzung und den Führungskräften der übenden Einheiten über die Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung in Katastrophenfällen verschwand der Hubschrauber wieder im Dunkel der Nacht. Diese gemeinsame



Oben: Unterbringung der Verletzten im Transporthubschrauber. – Unten: Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Siegburg gehen unter schwerem Atemschutz in ein brennendes Gebäude vor.





Abtransport von Verletzten durch Bergungshelfer des THW-Ortsverbandes Siegburg.



Erstversorgung der Verletzten durch Helfer des DRK-Sanitätszuges Siegburg.

Übung von Bundeswehr und Katastrophenschutzeinheiten aus dem Rhein-Sieg-Kreis war eine denkwürdige Premiere.

Die beteiligten Helfer folgten nun ihren Kameraden zur KSB Ahrweiler. Diese hatten auch gerade „ihre“ Hubschrauberlandung erlebt, es war auf dem ausgeleuchteten Landeplatz im Schulgelände ein von der Fliegergruppe des Bundesgrenzschutzes in Sankt Augustin geflogener Rettungshubschrauber niedergegangen, um den Helfern seine Einsatzmöglichkeiten beim Transport von Schwerverletzten zu demonstrieren.

Im Anschluß übten während des Abends noch einige Einheiten im Trümmergelände der Schule. Für die THW-Helfer stand eine Kraffahrerbelehrung auf dem Übungsplan. Die Führungskräfte der Einheiten fanden sich zu einer Vorbesprechung über den Ablauf der Übung am folgenden Tag zusammen.

Übungsverlauf

Am Samstagmorgen markierten schwarze Rauchwolken den Helfern das Einsatzgebiet im Übungsgelände der KSB. Auf eine zusätzliche akustische Untermalung des Geschehens mußte mit Rücksicht auf die Ruhe der Bürger in der Nachbarschaft ver-

zichtet werden, als gegen 8.00 Uhr die Einheiten in das Schadengebiet einrückten.

Während die Männer der Siegburger Feuerwehr die überall lodernden Brände bekämpften und sich mit Atemschutzgeräten an die zahlreichen Brandherde in den Gebäuden vorkämpften, begannen die Helfer des THW mit der Bergung der Verletzten, die sehr realistisch von ihren Kameraden sowie Junghelfern der Feuerwehr und des THW dargestellt wurden. Es zeigte sich die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste, so wurde bei der Bergung der Verletzten aus Höhen und Tiefen in den zerstörten Gebäuden von den Helfern des Sanitätsdienstes assistiert, die sofort an Ort und Stelle die Erstversorgung der Verletzten übernahmen. Inzwischen entstand am Rand des Einsatzgebietes ein Feldlazarett, dem die Verletzten zugeführt und dort von Ärzten sowie Pflegepersonal weiter versorgt wurden.

Auf Weisung des an der Übung zwar nicht unmittelbar beteiligten, jedoch durch Beobachter vertretenen Stabes beim Hauptverwaltungsbeamten wurde aus den Führungsgruppen „Bereitschaft“ der im Einsatz stehenden Einheiten eine Technische Einsatzleitung (TEL) gebildet. Sie richtete sich in dem vom THW-OV Siegburg mitge-

fürten Einsatzleitfahrzeug ein, in dem von den Helfern mit viel Mühe das für die Arbeit einer Technischen Einsatzleitung unerläßliche Mobiliar und technische Instrumentarium einschließlich Funkausrüstung installiert worden war.

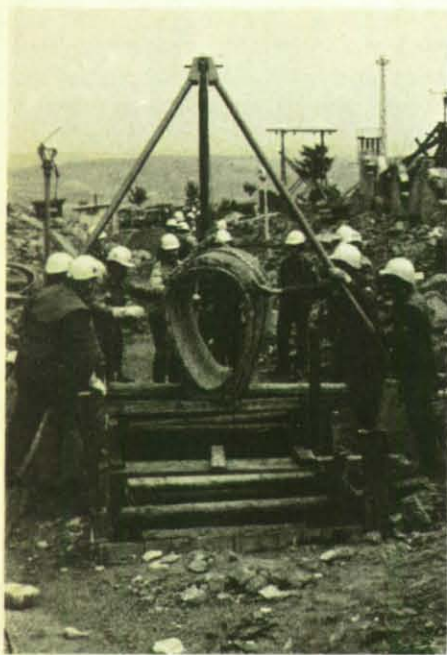
Inzwischen verlegten die Helfer des DRK-Fernmeldezuges Bonn fliegende Kabelleitungen, um Sprechverbindung zwischen der Technischen Einsatzleitung und dem im Rahmen der Übung beim Hauptverwaltungsbeamten gebildeten Stab herzustellen. Weiterhin erhielten die Freileitungsgruppen der Elektrogruppen der THW-Instandsetzungszüge Siegburg und Ahrweiler den Auftrag, eine defekte Telefonleitung zu reparieren. Als die Meldung kam, daß die Keller einer Reihe von Gebäuden, in denen sich noch verschüttete Verletzte befanden, mit Wasser aus zerstörten Rohrleitungen vollzulaufen drohten, trat die Abwasser-Öl-Gruppe des Instandsetzungszuges in Aktion. Nach behelfsmäßiger Reparatur der geborstenen Entwässerungsleitung konnte das Wasser wieder ablaufen.

Die Übung endete gegen 13.00 Uhr. Nach dem gemeinsamen Mittagessen fanden sich zunächst die Führungskräfte zu einer freimütigen Aussprache zusammen, die der ersten Auswertung der Übung diente. Hier sparten vor allem die Schiedsrichter nicht mit Kritik. An der Übungsbesprechung nahmen auch Vertreter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz bei der Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises unter der Leitung des dort als Berater tätigen Oberst a. D. Lochte teil, der die nachstehend beschriebene Großübung vorbereitet hatte.

Großübung „Herbstlicher Wald '81“

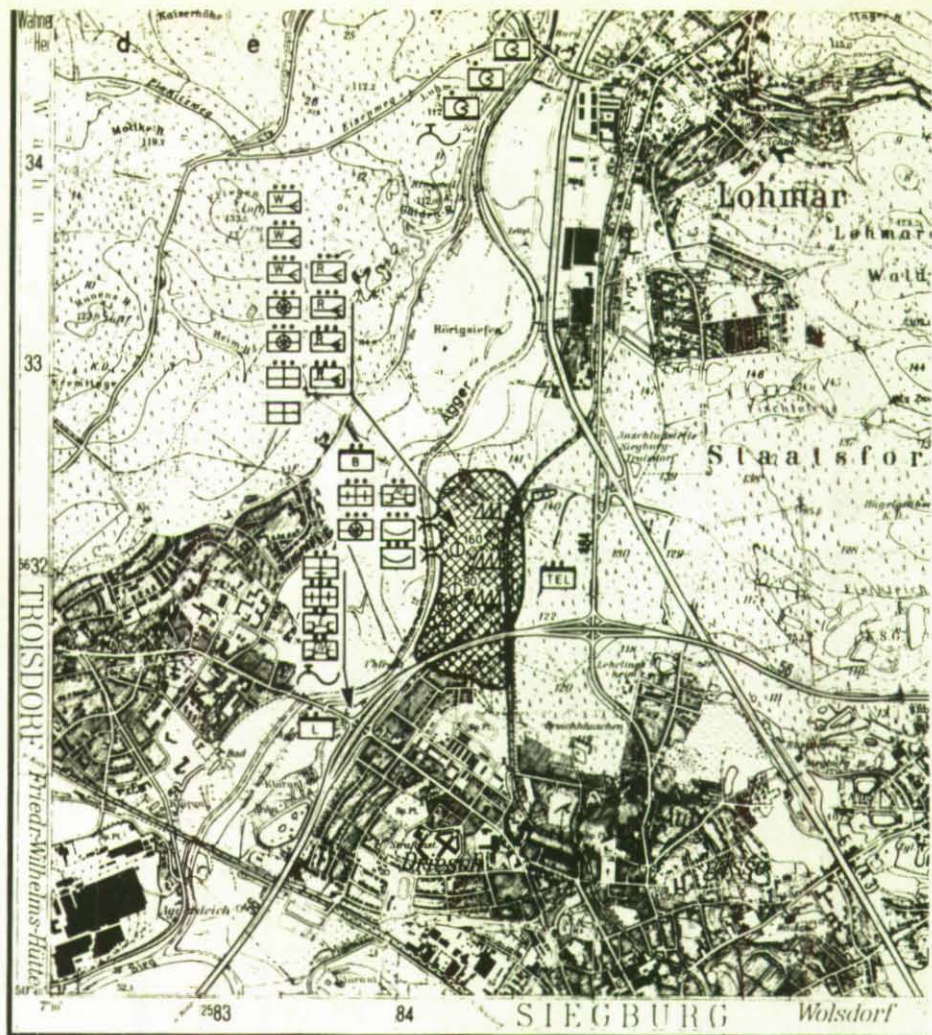
In den letzten Jahren hat der Rhein-Sieg-Kreis die Arbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes in erfreulichem Maße intensiviert. In mehreren Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, durch den gemeinsamen Besuch eines Führungslehrganges an der KSB Ahrweiler sowie Planübungen („Schnelle Hilfe '80“ am 3. Oktober 1980, „Sichere Führung '80“ am 11. November 1980, „Rauhreif '80“ am 5. Dezember 1980) ist die praktische Arbeit im Stab des Hauptverwaltungsbeamten vorbereitet worden. Nachdem bei den bisherigen Übungen lediglich einmal Teileinheiten des Katastrophenschutzes eingesetzt worden sind, entschloß sich nunmehr der Rhein-Sieg-Kreis nach reiflichen Überlegungen zu einer Übung unter starker Beteiligung von Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes.

Die Großübung „Herbstlicher Wald“ am 23./24. Oktober 1981 verfolgte den Zweck,



Oben: Provisorische Reparatur einer zerstörten Abwasserleitung.

Rechts: Übersichtsplan des Übungsgeländes am Nordrand der Kreisstadt Siegburg (Übung „Herbstlicher Wald '81“).



die bisher erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten praktisch anzuwenden.

Schwerpunkte bildeten dabei

- die Erprobung der Führungsstruktur des Katastrophenschutzes im Rhein-Sieg-Kreis,
- der Einsatz von Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes unter einheitlicher Führung,
- die Führung und Versorgung von Einheiten und Einrichtungen,
- die Alarmierung von Führungs- und Einsatzkräften,
- die Herstellung der Führungs- und Einsatzbereitschaft sowie
- das Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz.

Die der Übung zugrundeliegende spezielle Lage entwickelte sich aus den Verhältnissen in der Bundesrepublik, wie sie in Spannungszeiten unmittelbar vor Verkündung des Verteidigungsfalles gegeben sein könnten.

Spezielle Lage

Der Absturz mehrerer Kampfflugzeuge am Rand der Kreisstadt Siegburg im Bereich

der nördlichen Stadtumgehung (Bundesstraße B 56) führt nach Explosion der am Bord befindlichen Munition zu sich ständig ausweitenden Bränden, die auf die Wohnsiedlungen zuwachsen. Von den Flugzeugabstürzen unmittelbar betroffen sind zunächst passierende Kraftfahrzeuge sowie ein vollbesetztes Landschulheim.

Entwicklung der Übung

Die Übung begann am 23. Oktober 1981 um 11.00 Uhr mit einer ersten Zusammenkunft der Verwaltungsangehörigen im Stab des Hauptverwaltungsbeamten. Anschließend wurde die Erreichbarkeit der Fachberater und der ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST) verfügt. Es folgte die Einsatzbereitschaft der vorgesehenen Einheiten. Nach einer Unterbrechung der Übung wurde mit fortschreitender Lageentwicklung und weiterer Verdichtung der Erkenntnisse schrittweise alarmiert, wobei bereits einige Teileinheiten (übungsmäßig) eingesetzt wurden.

Der Stab erreichte am 24. Oktober 1981 (Samstag) gegen 4.30 Uhr mit dem Hinzutreten der Fachberater der Katastrophenschutz-Organisationen seine Sollstärke. Nun jagten sich die Ereignisse: Um 5.27 Uhr erfolgte Auslösung der Katastrophensch-

Alarmstufe 1 („Katastrophen-Vorwarnung“), um 5.32 Uhr: Katastrophen-Alarmstufe 2 („Katastrophen-Warnung“) mit Alarmierung der Führungskräfte der Katastrophenschutz-Organisationen bis Gruppenführer, Vorbereitung der Einsatzbereitschaft der Katastrophenschutzkräfte. Um 5.37 Uhr wurden die ersten Flugzeugabstürze gemeldet. Die Auslösung der Katastrophen-Alarmstufe 3 („Katastrophen-Alarm“) erfolgte nach Einholen weiterer Informationen über die Lage im Schadengebiet und intensivem Abwägen des Für und Wider einer solchen Entscheidung durch den Leiter des Stabes gegen 6.20 Uhr – nach Meinung der Übungsleitung zu spät.

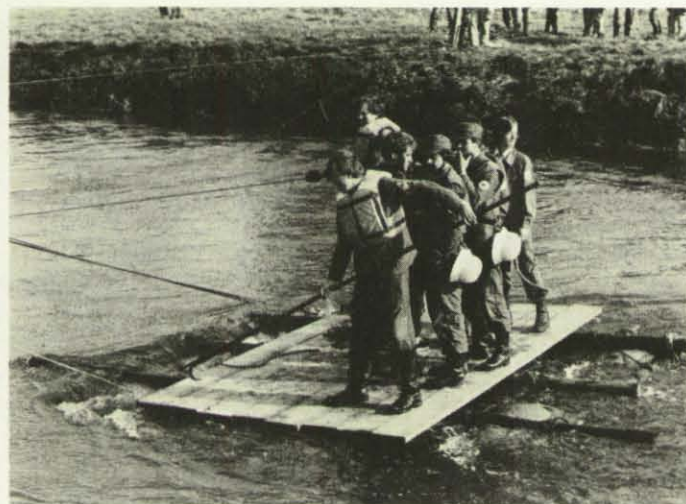
Die Alarmierung der Helfer verlief zügig. Die Alarmierungszeiten bis zum Eintreffen der Helfer in ihren Unterkünften und Bereitstellungsräumen waren günstig, vor allem, wenn man an die teilweise erheblichen Entfernungen denkt, die von den Helfern zurückzulegen waren.

Übende Einheiten

Zur Bekämpfung der von der Übungsleitung eingespielten Schadenlagen wurden zunächst vom Stab HVB sowie später von



Bau eines Hängesteges über die Agger durch den 3. THW-Bergungszug Bad Honnef.



Übersetzen von Sanitätshelfern mit der vom 1. THW-Bergungszug Siegburg errichteten Treidelfähre.

der Technischen Einsatzleitung insgesamt 33 Einheiten und Einrichtungen mit rd. 1 000 Helfern aus dem Verstärkungsteil im erweiterten Katastrophenschutz, in personeller Stärke und materieller Ausstattung nach der jeweils gültigen Stärke- und Ausstattungs-Nachweisung (STAN), zu einem erheblichen Teil auch aus dem linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis eingesetzt. Dazu gehören u. a. im Brandschutzdienst (Feuerwehr): vier Löschzüge Rettung, drei Löschzüge Wasser; Bergungsdienst (THW): zwei Bergungszüge; Instandsetzungsdienst (THW): ein Instandsetzungszug; Sanitätsdienst (DRK, MHD): vier Sanitätszüge; Versorgungsdienst: sechs Verpflegungstrupps (DRK, Feuerwehr, MHD, THW), ein Wasseraufbereitungszug (Feuerwehr).

Aufgaben der Fachdienste

Die Einheiten des Brandschutzdienstes bekämpften die durch die Flugzeugabstürze entstandenen Großbrände. Die realistische Darstellung der Schadenfeuer bereitete allerdings nach heftigen Regenfällen wegen der starken Durchnässung des anzuzündenden Schlagabraumes erhebliche Schwierigkeiten. Die Löschzüge verlegten zur Wasserversorgung mehrere Förder-

strecken mit Zwischendruckerhöhung von der Agger und einem kleinen Zufluß her in einer Länge von bis zu etwa 1,3 Kilometer.

Die Sanitätseinheiten kämpften sich bei dichtem Nebel mit Sichtweiten bis unter 50 Meter und stark aufgeweichtem Untergrund auf unbefestigten Wegen durch unbekanntes Gelände zu den insgesamt 250 Verletzten vor.

Unter diesen Bedingungen gestalteten sich die Bergung und der Abtransport der Schwerverletzten mit den Krankentransportfahrzeugen recht schwierig. Die Verletzten mußten teilweise über große Strecken getragen werden. Durch die Witterung und das Gelände traten gegenüber dem geplanten Übungsverlauf Verzögerungen ein.

Versorgung der Verletzten

Das Übungsdrehbuch sah vor, die geborgenen Verletzten zwei Verbandplätzen zuzuführen, die außerhalb des Gefahrenbereichs im Übungsgelände westlich der Agger, also vom Schadengebiet durch den Fluß getrennt, zu errichten waren. Da Brücken über die Agger nur in größerer Entfernung vorhanden sind, wurden die eingesetzten zwei THW-Bergungszüge aus Bad

Honnef und Siegburg, unterstützt durch die DRK-Wasserwacht, mit der Herstellung provisorischer Flußübergänge – Hängesteg und Treidelfähre – beauftragt.

Dem THW-Instandsetzungszug fielen mehrere Aufgaben zu: Die Elektro-Gruppe hatte die Stromversorgung, die Gas-Wasser-Gruppe die Trinkwasserversorgung eines der zu errichtenden Verbandplätze sicherzustellen. Zusätzlich wurde dem I-Zug der provisorische Aufstau eine Zulaufs zur Agger übertragen, um die Wasserversorgung für die Löschzüge des Brandschutzdienstes sicherzustellen. Der Abwasser-Öl-Gruppe schließlich fiel die Bekämpfung einer Gewässerverschmutzung durch wassergefährdende Stoffe zu. Sie installierte hierzu oberhalb der im Bau befindlichen Flußübergänge Ölsperren zum Zurückhalten von antreibendem Öl.

Führung am Ort

Der Fluß bildete zweifellos eine einsatztaktische Grenze innerhalb des ausgedehnten und verkehrstechnisch wenig erschlossenen Einsatzraumes. Auf der westlichen Aggerseite bemühte sich das THW mit der in ihrem Einsatzleitwagen untergebrachten Führungsgruppe „Bereitschaft“, Verbindung zur TEL und den Einheiten in ihrem Bereich zu halten.

Als auf Weisung der Übungsleitung um 10.22 Uhr die Katastrophenschutzleitung vollständig ausfiel, mußten ihre Funktionen allein von der durch Führungskräfte des Brandschutzdienstes gebildeten Technischen Einsatzleitung übernommen werden, die sich östlich der Agger am Rand des Schadengebietes etabliert hatte.

Abschluß der Übung

Um 13.00 Uhr endete die Übung. In seiner Ansprache dankte Kreisdirektor Dr. Kiwitt allen Mitwirkenden für ihren Einsatz, vor allem den Helfern der Katastrophenschutz-Einheiten. Er bekräftigte dabei die Richtigkeit der Entscheidung, das Wagnis einer Großübung mit vielen Helfern sowie das Risiko möglicher Fehler und Schwächen einzugehen.

Die Auswertung der Übung unter intensiver Mitwirkung der Beteiligten ist noch in vollem Gange. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die bei der Vorbereitung und dem Verlauf festgestellten Schwächen Auswirkungen auf Ausbildung, Einsatz und Führung der Einheiten des Katastrophenschutzes im Rhein-Sieg-Kreis haben werden. Hierzu gehören die Organisation und Arbeit der gebildeten Technischen Einsatzleitungen sowie die Ausstattung, der Einsatz und die Koordinierung der Fernmelde- und Funkmittel des Katastrophenschutzes im Rhein-Sieg-Kreis.

Lehrgangs- verzeichnis 1982 der Katastrophenschutzschule des Bundes

Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
---------------	----------------------	--------------

a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes

A 1	11. 1.–15. 1.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A
A 2	11. 1.–15. 1.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Düsseldorf)
A 3	11. 1.–15. 1.	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A (wurde geschlossen vergeben)
A 4	11. 1.–22. 1.	AL zum Leiter der ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST)
A 5	11. 1.–22. 1.	SL „Elektroschweißen Stufe III“ (Rohrschweißerprüfung E-RI m DIN 3560)
A 6	18. 1.–22. 1.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Miltenberg)
A 7	18. 1.–22. 1.	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 8	18. 1.–22. 1.	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil B (nur für Mitglieder des DFV)
A 9	25. 1.–29. 1.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Pinneberg)
A 10	25. 1.–29. 1.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Erfkreis)
A 11	25. 1.–29. 1.	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A
A 12	25. 1.–29. 1.	AL Netz-Kabel für Truppführer-Anwärter der E-Gruppe
A 13	25. 1.–5. 2.	AL zum Leiter des Fernmeldebetriebes (FmZt HVB/KatS-Abschnitt) und Fachberater Fm
A 14	1. 2.–5. 2.	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Hamm)
A 15	1. 2.–5. 2.	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil B
A 16	1. 2.–12. 2.	AL zum Leiter der ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST)

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 17	1. 2.–12. 2.	SL für Gerätewarte des Instandsetzungsdienstes
A 18	8. 2.–12. 2. (4. 1. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Erding)
A 19	8. 2.–12. 2. (4. 1. 82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 20	8. 2.–12. 2. (4. 1. 82)	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes
A 21	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Donnersbergkreis)
A 22	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Groß Gerau)
A 23	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	SL „Anlegen und Durchführen von Stabs- und Einsatzübungen auf Standortebene“
A 24	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil B (nur für Mitglieder des DFV)
A 25	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	SL II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes (Wiederholungslehrgang)
A 26	15. 2.–19. 2. (11. 1. 82)	AL Netz-Kabel für TF-Anwärter der E-Gruppe
A 27	23. 2.–26. 2. (18. 1. 82)	SL „Versorgung des KatS“
A 28	23. 2.–26. 2. (18. 1. 82)	FL für Gruppenführer der AÖ-Gruppe
A 29	1. 3.–5. 3. (25. 1. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stäbe HVB Lk. Aurich / Lk. Leer)
A 30	1. 3.–5. 3. (25. 1. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Hannover)
A 31	1. 3.–12. 3. (25. 1. 82)	AL zum Leiter der ABC-Melde- und -Auswertestelle (AMAST)
A 32	1. 3.–12. 3. (25. 1. 82)	SL „Gasschweißen Stufe I“
A 33	1. 3.–12. 3. (25. 1. 82)	AL für Zugführer-Anwärter der Fernmelde-Einheiten (FmZ)
A 34	8. 3.–12. 3. (1. 2. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Schweinfurt)
A 35	3. 3.–12. 3. (1. 2. 82)	AL für Führungskräfte des Veterinärdienstes
A 36	15. 3.–19. 3. (8. 2. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Siegen)
A 37	15. 3.–19. 3. (8. 2. 82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Uelzen)
A 38	15. 3.–19. 3. (8. 2. 82)	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A
A 39	15. 3.–19. 3. (8. 2. 82)	FL II für Führungskräfte des Veterinärdienstes

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 40	15. 3.–19. 3. (8. 2. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppe
A 41	22. 3.–26. 3. (15. 2. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Altenkirchen)
A 42	22. 3.–26. 3. (15. 2. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil B
A 43	22. 3.–26. 3. (15. 2. 82)	AL „Anlegen und Durchführen von Stabs- und Einsatzübungen auf Standortebene“
A 44	22. 3.–26. 3. (15. 2. 82)	FL für Zugführer der Fernmelde- Einheiten (FMZ)
A 45	22. 3.–26. 3. (15. 2. 82)	AL Netz-Kabel für Truppführer- Anwärter der E-Gruppe
A 46	22. 3.–2. 4. (15. 2. 82)	AL zum Leiter der ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST)
A 47	29. 3.–2. 4. (23. 2. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A
A 48	29. 3.–2. 4. (23. 2. 82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 49	29. 3.–2. 4. (23. 2. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppe
A 50	5. 4.–8. 4. (1. 3. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil B (gekürzt)
A 51	5. 4.–8. 4. (1. 3. 82)	SL „Anlegen und Durchführen von Übungen oberhalb der Standortebene“
A 52	5. 4.–8. 4. (1. 3. 82)	SL zur Umschulung von Maschini- sten der Dekontaminations- Mehrzweck-Fahrzeuge der 1. und 2. Bauserie auf den Stand DMF der 4. Bauserie
A 53	13. 4.–16. 4. (8. 3. 82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 54	13. 4.–16. 4. (8. 3. 82)	AL für Führer der Erkundungs- und Lotsengruppe
A 55	13. 4.–16. 4. (8. 3. 82)	SL zur Umschulung von Maschini- sten der Dekontaminations- Mehrzweck-Fahrzeuge der 1. und 2. Bauserie auf den Stand DMF der 4. Bauserie
A 56	13. 4.–16. 4. (8. 3. 82)	AL Netz-Freileitung für Truppführer- Anwärter der E-Gruppe
A 57	19. 4.–23. 4. (15. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. München)
A 58	19. 4.–23. 4. (15. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe B
A 59	19. 4.–23. 4. (15. 3. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil A
A 60	19. 4.–23. 4. (15. 3. 82)	AL für Unterführer-Anwärter des Veterinärdienstes
A 61	19. 4.–30. 4. (15. 3. 82)	SL für Maschinisten des Dekontaminations-Mehrzweck- Fahrzeuges (DMF)
A 62	19. 4.–30. 4. (15. 3. 82)	SL „Elektroschweißen Stufe I“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 63	26. 4.–30. 4. (22. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Waldeck- Frankenberg)
A 64	26. 4.–30. 4. (22. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Würzburg)
A 65	26. 4.–30. 4. (22. 3. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil B
A 66	26. 4.–30. 4. (22. 3. 82)	AL „Anlegen und Durchführen von Stabs- und Einsatzübungen auf Standortebene“
A 67	26. 4.–30. 4. (22. 3. 82)	SL II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes (Wiederholungslehrgang)
A 68	3. 5.–5. 5. (29. 3. 82)	SL HDA (Heißwasser- dekontaminationsanlage)
A 69	3. 5.–7. 5. (29. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Mönchen- gladbach)
A 70	3. 5.–7. 5. (29. 3. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Oberbergischer Kreis)
A 71	3. 5.–7. 5. (29. 3. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil A
A 72	3. 5.–14. 5. (29. 3. 82)	SL I für Sprengberechtigten- Anwärter des Bergungsdienstes
A 73	3. 5.–14. 5. (29. 3. 82)	AL für GF-Anwärter der GW-Gruppe
A 74	10. 5.–12. 5. (5. 4. 82)	SL HDA (Heißwasser- dekontaminationsanlage)
A 75	10. 5.–14. 5. (5. 4. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Soltau- Fallingb. ostel)
A 76	10. 5.–14. 5. (5. 4. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Speyer)
A 77	10. 5.–14. 5. (5. 4. 82)	SL „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten
A 78	10. 5.–14. 5. (5. 4. 82)	FL für Leiter des Fernmelde- betriebes (FmZt HVB/KatS- Abschnitt) und Fachberater Fm
A 79	24. 5.–28. 5. (19. 4. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A
A 80	24. 5.–28. 5. (19. 4. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Koblenz)
A 81	24. 5.–28. 5. (19. 4. 82)	FL für Führungskräfte des Veterinärdienstes
A 82	24. 5.–28. 5. (19. 4. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppe
A 83	1. 6.–4. 6. (26. 4. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppe

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 84	7. 6.–9. 6. (3. 5. 82)	SL HDA (Heißwasser- dekontaminationsanlage)
A 85	14. 6.–16. 6. (10. 5. 82)	SL HDA (Heißwasser- dekontaminationsanlage)
A 86	21. 6.–25. 6. (17. 5. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Amberg-Sulzbach)
A 87	21. 6.–25. 6. (17. 5. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Neuwied)
A 88	21. 6.–25. 6. (17. 5. 82)	AL für Führungskräfte des Veterinärdienstes
A 89	21. 6.–25. 6. (17. 5. 82)	AL „Elektroschweißen Stufe IV“ für geprüfte Rohrschweißer
A 90	21. 6.–2. 7. (17. 5. 82)	SL für Maschinisten des Dekonta- minations-Mehrzweck- Fahrzeuges (DMF)
A 91	21. 6.–2. 7. (17. 5. 82)	AL zum Leiter des Fernmelde- betriebes (FmZt HVB/KatS- Abschnitt) und Fachberater Fm
A 92	28. 6.–2. 7. (24. 5. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Fürth)
A 93	23. 6.–2. 7. (24. 5. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Fürth)
A 94	28. 6.–9. 7. (24. 5. 82)	SL I für Sprengberechtigten- Anwärter des Bergungsdienstes
A 95	28. 6.–9. 7. (24. 5. 82)	AL für Gruppenführer-Anwärter der AÖ-Gruppe
A 96	5. 7.–9. 7. (1. 6. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Ansbach)
A 97	5. 7.–9. 7. (1. 6. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Aschaffenburg)
A 98	5. 7.–9. 7. (1. 6. 82)	SL „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten
A 99	5. 7.–9. 7. (1. 6. 82)	AL für Unterführer-Anwärter des Veterinärdienstes
A 100	5. 7.–16. 7. (1. 6. 82)	SL für Maschinisten des Dekonta- minations-Mehrzweck- Fahrzeuges (DMF)
A 101	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A
A 102	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe B
A 103	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil B
A 104	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	FL I für Führungskräfte des Veterinärdienstes
A 105	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	AL Netz-Freileitung für Truppführer- Anwärter der E-Gruppe
A 106	12. 7.–16. 7. (7. 6. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppe

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 107	23. 8.–27. 8. (19. 7. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A
A 108	23. 8.–27. 8. (19. 7. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Holzminden)
A 109	23. 8.–27. 8. (19. 7. 82)	FL für Unterführer des Veterinärdienstes
A 110	23. 8.–27. 8. (19. 7. 82)	SL „Gasschweißen Stufe III“ für geprüfte Rohrschweißer
A 111	23. 8.–27. 8. (19. 7. 82)	AL Netz-Freileitung für Truppführer- Anwärter der E-Gruppe
A 112	23. 8.–3. 9. (19. 7. 82)	SL für Maschinisten des Dekonta- minations-Mehrzweck- Fahrzeuges (DMF)
A 113	23. 8.–3. 9. (19. 7. 82)	SL I für Sprengberechtigten- Anwärter des Bergungsdienstes
A 114	30. 8.–3. 9. (26. 7. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stäbe HVB Lk. Oldenburg/ Lk. Friesland)
A 115	30. 8.–3. 9. (26. 7. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe B
A 116	30. 8.–3. 9. (26. 7. 82)	SL „Trinkwasseraufbereitung“ (Berkefeld-Anlage)
A 117	30. 8.–3. 9. (26. 7. 82)	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes
A 118	6. 9.–10. 9. (2. 8. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Lörrach)
A 119	6. 9.–10. 9. (2. 8. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Zweibrücken)
A 120	6. 9.–10. 9. (2. 8. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil A
A 121	6. 9.–10. 9. (2. 8. 82)	AL für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Bergungs- dienstes
A 122	6. 9.–17. 9. (2. 8. 82)	AL für Zugführer-Anwärter des ABC-Dienstes
A 123	6. 9.–17. 9. (2. 8. 82)	AL für Zugführer-Anwärter der Fernmelde-Einheiten (FmZ)
A 124	13. 9.–17. 9. (9. 8. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stab HVB Werra-Meißner-Kreis)
A 125	13. 9.–17. 9. (9. 8. 82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 126	13. 9.–17. 9. (9. 8. 82)	AL für Truppführer-Anwärter der GW-Gruppe
A 127	20. 9.–24. 9. (16. 8. 82)	AL „Führen im Katastrophen- schutz“ – Stufe A (Stäbe HVB Stadt Wolfsburg/ Lk. Gifhorn)
A 128	20. 9.–24. 9. (16. 8. 82)	AL „Zusammenwirken der Fach- dienste im Einsatz“ – Teil B
A 129	20. 9.–24. 9. (16. 8. 82)	SL „Anlegen und Durchführen von Stabs- und Einsatzübungen auf Standortebene“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 130	20.9.–24.9. (16.8.82)	FL für Zugführer der Fernmelde-Einheiten (FmZ)
A 131	20.9.–24.9. (16.8.82)	SL II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes (Wiederholungslehrgang)
A 132	20.9.–1.10. (16.8.82)	AL für Gruppenführer-Anwärter der GW-Gruppe
A 133	27.9.–1.10. (23.8.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Recklinghausen)
A 134	27.9.–1.10. (23.8.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Ammerland)
A 135	27.9.–1.10. (23.8.82)	FL für Zugführer des ABC-Dienstes
A 136	27.9.–1.10. (23.8.82)	AL Netz-Freileitung für Truppführer-Anwärter der E-Gruppe
A 137	4.10.–8.10. (30.8.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Rhein-Lahn-Kreis)
A 138	4.10.–8.10. (30.8.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Hildesheim)
A 139	4.10.–8.10. (30.8.82)	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ - Teil A
A 140	4.10.–15.10. (30.8.82)	SL I für Sprengberechtigten-Anwärter des Bergungsdienstes
A 141	4.10.–15.10. (30.8.82)	SL „Aluminiumschweißen“
A 142	11.10.–15.10. (6.9.82)	SL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil B (nur für Mitglieder des DFV)
A 143	11.10.–15.10. (6.9.82)	FL für Zugführer des ABC-Dienstes
A 144	11.10.–15.10. (6.9.82)	AL für Truppführer-Anwärter der AÖ-Gruppe
A 145	11.10.–15.10. (6.9.82)	AL für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Sanitätsdienstes
A 146	18.10.–22.10. (13.9.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Kaiserslautern)
A 147	18.10.–22.10. (13.9.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Dillingen)
A 148	18.10.–22.10. (13.9.82)	AL für Führungskräfte des Veterinärdienstes
A 149	18.10.–29.10. (13.9.82)	SL „Gasschweißen Stufe II“ (Rohrschweißerprüfung G-RI m DIN 8560)
A 150	18.10.–29.10. (13.9.82)	AL zum Leiter des Fernmeldebetriebes (FmZt HVB/KatS-Abschnitt) und Fachberater Fm
A 151	25.10.–29.10. (20.9.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Forchheim)

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
A 152	25.10.–29.10. (20.9.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Stade)
A 153	25.10.–29.10. (20.9.82)	FL für Zugführer des ABC-Dienstes
A 154	2.11.–5.11. (27.9.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Bad Dürkheim)
A 155	2.11.–5.11. (27.9.82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen
A 156	2.11.–5.11. (27.9.82)	FL für das Lehrpersonal im Bergungsdienst (Katastrophenschutzschulen der Länder)
A 157	8.11.–12.11. (4.10.82)	FL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Trier-Saarburg)
A 158	8.11.–12.11. (4.10.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Osterode)
A 159	8.11.–12.11. (4.10.82)	SL „Anlegen und Durchführen von Stabs- und Einsatzübungen auf Standortebene“
A 160	8.11.–12.11. (4.10.82)	FL für Zugführer des ABC-Dienstes
A 161	8.11.–12.11. (4.10.82)	AL Netz-Kabel für Truppführer-Anwärter der E-Gruppe
A 162	8.11.–12.11. (4.10.82)	SL II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes (Wiederholungslehrgang)
A 163	22.11.–26.11. (18.10.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Ratingen)
A 164	22.11.–26.11. (18.10.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Dortmund)
A 165	22.11.–26.11. (18.10.82)	SL „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten
A 166	22.11.–26.11. (18.10.82)	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes
A 167	22.11.–3.12. (18.10.82)	SL „Elektroschweißen Stufe II“
A 168	29.11.–3.12. (25.10.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Bonn)
A 169	29.11.–3.12. (25.10.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe B
A 170	29.11.–3.12. (25.10.82)	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A
A 171	6.12.–10.12. (2.11.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Lk. Lippe)
A 172	6.12.–10.12. (2.11.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Stuttgart)
A 173	6.12.–10.12. (2.11.82)	AL für Führer in Technischen Einsatzleitungen

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschluß)	Lehrgangsart
A 174	6.12.–10.12. (2.11.82)	FL für Leiter des Fernmeldebetriebes (FmZt HVB/KatS-Abschnitt) und Fachberater Fm
A 175	6.12.–10.12. (2.11.82)	SL II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes (Wiederholungslehrgang)
A 176	6.12.–10.12. (2.11.82)	FL für Gruppenführer der GW-Gruppe
A 177	6.12.–17.12. (2.11.82)	SL „Elektroschweißen Stufe I“
A 178	13.12.–17.12. (8.11.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A
A 179	13.12.–17.12. (8.11.82)	AL „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe A (Stab HVB Stadt Oberhausen)
A 180	13.12.–17.12. (8.11.82)	AL „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A

b) THW-eigene Lehrgänge

THW-A 1	19.1.–22.1.	SL für Leiter und Sachbearbeiter HSGA bei den LB
THW-A 2	2.2.–5.2.	SL für Kreis- und Ortsbeauftragte – Grundlehrgang –
THW-A 3	9.2.–12.2. (4.1.82)	SL für Landesbeauftragte
THW-A 4	23.2.–26.2. (18.1.82)	SL für Leiter und Sachbearbeiter HSGE bei den LB
THW-A 5	23.2.–26.2. (18.1.82)	SL „Fortbildung für Leiter von Jugendgruppen“
THW-A 6	23.2.–26.2. (18.1.82)	SL „Vorbereitung des Truppführer-Anwärters zum Ausbilder im THW“
THW-A 7	16.3.–19.3. (8.2.82)	SL für Kreis- und Ortsbeauftragte – Aufbaulehrgang –
THW-A 8	30.3.–2.4. (23.2.82)	SL für Leiter und Sachbearbeiter HSG V bei den LB
THW-A 9	5.4.–8.4. (1.3.82)	SL „Vorbereitung des Truppführer-Anwärters zum Ausbilder im THW“
THW-A 10	13.4.–16.4. (8.3.82)	SL „Vorbereitung des Truppführer-Anwärters zum Ausbilder im THW“
THW-A 11	17.5.–19.5. (13.4.82)	SL für Geschäftsführer
THW-A 12	24.5.–28.5. (19.4.82)	SL für Geschäftsführer
THW-A 13	1.6.–4.6. (26.4.82)	SL für Geschäftsführer
THW-A 14	1.6.–4.6. (26.4.82)	SL für Sachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei den LB
THW-A 15	12.7.–16.7. (7.6.82)	SL „Vorbereitung des Truppführer-Anwärters zum Ausbilder im THW“
THW-A 16	6.9.–10.9. (2.8.82)	SL „Trinkwasseraufbereitung“ (Berkefeld-Anlage)
THW-A 17	12.10.–15.10. (6.9.82)	SL für Kreis- und Ortsbeauftragte – Grundlehrgang –

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschluß)	Lehrgangsart
THW-A 18	30.11.–3.12. (25.10.82)	SL für Geschäftsführer
THW-A 19	14.12.–17.12. (8.11.82)	SL für Kreis- und Ortsbeauftragte – Aufbaulehrgang –

Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya

a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes

H 1	11.1.–15.1.	SL „Bootsführer – Küste III“
H 2	11.1.–15.1.	SL „Behelfsbrückenbau – Leiter I“
H 3	12.1.–15.1.	FL für Fahrlehrer der KatS-Schulen
H 4	18.1.–22.1.	SL „Bootsführer – Küste I“
H 5	18.1.–22.1.	SL „Vermessungsgrundlagen I“
H 6	25.1.–29.1.	SL „Vermessungsgrundlagen II“
H 7	1.2.–5.2.	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 8	1.2.–5.2.	SL „Stegebau“
H 9	1.2.–5.2.	SL I für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen“
H 10	8.2.–12.2.	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 11	8.2.–12.2.	SL „Bootsführer – Binnen“
H 12	8.2.–12.2.	SL II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgastbeförderung“
H 13	15.2.–19.2. (4.1.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 14	15.2.–19.2. (4.1.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 15	15.2.–19.2. (4.1.82)	SL „Behelfsbrückenbau I“
H 16	22.2.–26.2. (11.1.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 17	22.2.–26.2. (11.1.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 18	22.2.–26.2. (11.1.82)	SL „Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser“
H 19	22.2.–26.2. (11.1.82)	SL „Vermessungsgrundlagen I“
H 20	1.3.–5.3. (18.1.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 21	1.3.–12.3. (18.1.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 22	1.3.–5.3. (18.1.82)	SL „Stegebau“
H 23	8.3.–12.3. (25.1.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschluß)	Lehrgangsart
H 24	8.3.-12.3. (25.1.82)	SL „Brunnenbau“
H 25	15.3.-19.3. (1.2.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 26	15.3.-19.3. (1.2.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 27	15.3.-19.3. (1.2.82)	SL „Behelfsbrückenbau I“
H 28	22.3.-26.3. (8.2.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 29	22.3.-2.4. (8.2.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 30	22.3.-26.3. (8.2.82)	SL „Behelfsbrückenbau II“
H 31	29.3.-2.4. (15.2.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 32	29.3.-2.4. (15.2.82)	SL „Stegebau“
H 33	13.4.-16.4. (1.3.82)	FL „Bootsführer – Binnen III“
H 34	19.4.-23.4. (8.3.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 35	19.4.-23.4. (8.3.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 36	19.4.-30.4. (8.3.82)	SL „Bootsführer – Küste II“
H 37	26.4.-30.4. (15.3.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 38	26.4.-30.4. (15.3.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 39	3.5.-7.5. (22.3.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 40	3.5.-14.5. (22.3.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 41	3.5.-7.5. (22.3.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 42	10.5.-14.5. (29.3.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 43	10.5.-14.5. (29.3.82)	SL „Behelfsbrückenbau III“ (Bailey)
H 44	24.5.-28.5. (12.4.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 45	24.5.-28.5. (12.4.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 46	24.5.-28.5. (12.4.82)	SL „Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser“
H 47	24.5.-28.5. (12.4.82)	SL „Vermessungsgrundlagen I“
H 48	1.6.-4.6. (19.4.82)	FL „Bootsführer – Binnen III“
H 49	7.6.-11.6. (26.4.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 50	7.6.-11.6. (26.4.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 51	7.6.-11.6. (26.4.82)	SL „Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschluß)	Lehrgangsart
H 52	7.6.-11.6. (26.4.82)	SL I für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen“
H 53	21.6.-25.6. (10.5.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 54	21.6.-2.7. (10.5.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 55	21.6.-25.6. (10.5.82)	SL „Behelfsbrückenbau I“
H 56	28.6.-2.7. (17.5.82)	SL „Behelfsbrückenbau II“
H 57	5.7.-9.7. (24.5.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 58	12.7.-23.7. (31.5.82)	SL „Bootsführer – Küste II“
H 59	26.7.-30.7. (14.6.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 60	2.8.-13.8. (21.6.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 61	2.8.-6.8. (21.6.82)	SL „Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser“
H 62	9.8.-13.8. (28.6.82)	SL „Stegebau“
H 63	23.8.-27.8. (12.7.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 64	30.8.-3.9. (19.7.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 65	30.8.-10.9. (19.7.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 66	30.8.-3.9. (19.7.82)	SL „Vermessungsgrundlagen I“
H 67	6.9.-10.9. (26.7.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 68	6.9.-10.9. (26.7.82)	SL „Vermessungsgrundlagen II“
H 69	6.9.-10.9. (26.7.82)	SL II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgastbeförderung“
H 70	13.9.-17.9. (2.8.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 71	13.9.-17.9. (2.8.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 72	13.9.-17.9. (2.8.82)	SL „Brunnenbau“
H 73	20.9.-24.9. (9.8.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 74	20.9.-24.9. (9.8.82)	SL „Stegebau“
H 75	27.9.-1.10. (16.8.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 76	27.9.-8.10. (16.8.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 77	27.9.-1.10. (26.8.82)	SL „Behelfsbrückenbau I“
H 78	4.10.-8.10. (23.8.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
H 79	4.10.–8.10. (23.8.82)	SL „Behelfsbrückenbau III“ (Bailey)
H 80	11.10.–15.10. (30.8.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 81	11.10.–15.10. (30.8.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 82	11.10.–15.10. (30.8.82)	SL „Stegebau“
H 83	18.10.–22.10. (6.9.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 84	18.10.–22.10. (6.9.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 85	18.10.–22.10. (6.9.82)	SL „Ölschadenbekämpfung auf dem Wasser“
H 86	18.10.–22.10. (6.9.82)	SL „Behelfsbrückenbau I“
H 87	25.10.–29.10. (13.9.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 88	25.10.–5.11. (13.9.82)	SL „Bootsführer – Binnen II“
H 89	25.10.–29.10. (13.9.82)	SL „Behelfsbrückenbau II“
H 90	1.11.–5.11. (20.9.82)	SL „Retten aus Wassergefahren“
H 91	1.11.–5.11. (20.9.82)	SL „Stegebau“
H 92	8.11.–12.11. (27.9.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 93	8.11.–12.11. (27.9.82)	SL „Bootsführer – Binnen I“
H 94	8.11.–12.11. (27.9.82)	SL „Behelfsmäßiger Wegebau“
H 95	22.11.–26.11. (11.10.82)	SL „Fahren auf dem Wasser“
H 96	29.11.–3.12. (18.10.82)	SL „Behelfsbrückenbau – Leiter I“
H 97	6.12.–10.12. (25.10.82)	SL „Bootsführer – Küste I“
H 98	6.12.–10.12. (25.10.82)	SL „Behelfsbrückenbau – Leiter II“

b) THW-eigene Lehrgänge

THW- H 1	11.1.–15.1.	SL „Feldköche I“
THW- H 2	12.1.–15.1.	SL für „ha. Kraftfahrer und Gerätewarte II“
THW- H 3	18.1.–22.1.	SL „Feldköche II“
THW- H 4	19.1.–22.1.	SL für „ha. Kraftfahrer und Gerätehandwerker I“
THW- H 5	25.1.–29.1.	SL „Holzbearbeitung“
THW- H 6	25.1.–29.1.	SL „Ausstattungssatz Pumpengruppe“
THW- H 7	25.1.–29.1.	SL „Prüfer Grundausbildung“

Lehrg. Nr.	Zeit (Meldeschuß)	Lehrgangsart
THW- H 8	1.2.–5.2.	SL „Feldköche I“
THW- H 9	8.2.–12.2.	SL „Feldköche II“
THW- H 10	9.2.–12.2.	SL für „ha. Kraftfahrer und Gerätehandwerker II“
THW- H 11	15.2.–19.2. (4.1.82)	SL II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgastbeförderung“
THW- H 12	1.3.–5.3. (18.1.82)	SL I für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen“
THW- H 13	16.3.–19.3. (1.2.82)	SL für „ha. Kraftfahrer und Geräte- handwerker II“
THW- H 14	22.3.–26.3. (8.2.82)	SL für Sicherheitsbeauftragte
THW- H 15	29.3.–2.4. (15.2.82)	SL II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgastbeförderung“
THW- H 16	19.4.–23.4. (8.3.82)	SL II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgastbeförderung“
THW- H 17	26.4.–30.4. (15.3.82)	SL „Holzbearbeitung“
THW- H 18	4.5.–7.5. (22.3.82)	SL für Sicherheitsbeauftragte
THW- H 19	21.6.–25.6. (10.5.82)	SL „Prüfer Grundausbildung“
THW- H 20	23.6.–2.7. (17.5.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 21	5.7.–9.7. (24.5.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 22	6.7.–9.7. (24.5.82)	SL „Der Ausbilder“ (nur LV V)
THW- H 23	12.7.–16.7. (31.5.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 24	19.7.–23.7. (7.6.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 25	26.7.–30.7. (14.6.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 26	2.8.–6.8. (21.6.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 27	9.8.–13.8. (28.6.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 28	16.8.–20.8. (5.7.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 29	16.8.–27.8. (5.7.82)	SL „Führenführer“
THW- H 30	16.8.–20.8. (5.7.82)	SL „Holzbearbeitung“
THW- H 31	23.8.–27.8. (12.7.82)	SL „Fahren auf dem Wasser für Junghelfer“
THW- H 32	30.8.–3.9. (19.7.82)	SL „Ausstattungssatz Pumpengruppe“
THW- H 33	13.9.–24.9. (2.8.82)	SL „Führenführer“

(Fortsetzung folgt)

Zwischen Nord- und Ostsee

Nortorf. „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ war das Thema einer Ausstellung, die der BVS im Rathaus Nortorf zeigte. Zu sehen waren 100 Exponate, ausgewählt aus 8500 Einsendungen aus der ganzen Bundesrepublik bei einem vorausgegangenen Malwettbewerb.

Itzehoe. Dieter Hoberg, bisher BVS-Dienststellenleiter in Itzehoe, übernahm mit Wirkung vom 1. Oktober 1981 die BVS-Dienststelle Neumünster. Als Nachfolger in Itzehoe führte BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender Ingram Bonny in sein Amt ein. Bei dieser Gelegenheit dankte Dr. Sahlender Hoberg für das große Engagement, mit dem er seine Aufgabe angepackt hat.

Bonny war bis 1958 ehrenamtlicher und ab 1962 hauptamtlicher BVS-Mitarbeiter und zuletzt Leiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven.

Zu dem Amtswechsel waren Vertreter der Bundeswehr, des DRK, von THW, Polizei und Feuerwehr sowie aus den Verwaltungen der drei Kreise erschienen.

Heide. Ein brennendes Haus, eine Schneekatastrophe, eine Sturmflut – diese drei Motive hatten sich vier Kinder für einen Malwettbewerb des Kreises Dithmarschen ausgesucht, der unter dem Motto stand: „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“. Mit ihren Bildern wurden die vier Grundschüler Sieger dieses Wettbewerbs und konnten

im Heider Kreishaus aus der Hand von Landrat Buhse ihre Preise entgegennehmen.

Gleichzeitig wurde im Kreishaus die BVS-Wanderausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ eröffnet. Die Bilderschau soll in der Bevölkerung das Bewußtsein wecken, selbst etwas zu tun, um Katastrophen wirksam zu begegnen.

Langenhorn. Über die Grundlagen des Selbstschutzes informierte der BVS-Beauftragte für den Kreis Nordfriesland, Hans Green, Langenhorn Landfrauen. Zum Selbstschutz gehört nach Worten von Green nicht allein die Fähigkeit zur Ersten Hilfe, sondern auch die Vorsorge für Katastrophenfälle.

Hamburg

Berichte aus Hamburg

Die BVS-Landesstelle Hamburg sowie die BVS-Dienststelle Hamburg-Nord bezogen neue gemeinsame Diensträume in der Hinschenfelder Straße 20. Anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft konnte BVS-Dienststellenleiter Bochert neben den Mitarbeitern der Dienststelle auch zahlreiche Vertreter von Behörden und Organisationen sowie BVS-Landesstellenleiter Beiter begrüßen. Beiter erläuterte die Notwendigkeit der Anmietung neuer Räume und nutzte die Gelegenheit, einigen Helferinnen und Helfern Urkunden für zehn- bzw. zwanzigjährige ehrenamtliche BVS-Mitarbeit zu verleihen.

Stellvertretend für die Repräsentanten der Behörden und Organisationen bedankte sich THW-Landesbeauftragter Trautvetter für die Einladung und hob die gute Zusammenarbeit mit dem BVS hervor.

Hamburg. Die Katastrophenschutz-Organisationen des Bereichs Hamburg-Mitte beteiligten sich in diesem Jahr wieder mit einem „Tag des Zivilschutzes“ an der „Billstedter und Horner Woche“. Durch Fahrzeug- und Geräteschauen, Informationsstände sowie praktische Vorführungen erhielten die Besucher einen Einblick in die vielfälti-

gen Aufgaben der einzelnen Organisationen.

Die BVS-Dienststelle Hamburg-Nord war mit einem Informationsstand und der Ausstellung „Zivilschutz“ vertreten.

Hamburg. Die BVS-Broschüre „Ihr Vorsorge-Paket“ hat bei der Hamburger Bevölkerung ein sehr starkes Echo gefunden. Zahlreiche Telefonate und persönliche Informationen haben zu neuen Kontakten geführt.

Beachtlich war die Aktivität in verschiedenen Hamburger Schulen. Die Gesamtschule Steilshoop hatte für 280 Schülerinnen und Schüler im Anschluß an die thematische Behandlung der Broschüre den Wunsch geäußert, öffentliche Schutzräume besichtigen zu wollen. Die Bezirksämter ermöglichten an einem Vormittag den Besuch von Schutzbauwerken. Bei insgesamt zehn Veranstaltungen haben Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord zum Thema „Zivilschutz“ gesprochen, während Vertreter der Bezirksämter die Führungen durch die Schutzbau-Anlagen übernommen hatten.

Hamburg. Die Wahl der Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Hamburg fand am 25. November 1981 statt. Zum Hel-

fervertreter wurde Winfried Reichelt (Dienststelle Hamburg-Nord), zum Stellvertreter Paul Mäurer (Dienststelle Hamburg-Süd) gewählt.

Hamburg. Zu den 155 Bürgern, die in Hamburg hundertmal und öfter Blut gespendet haben, zählen auch BVS-Beauftragter Karl-Heinz Schuhmacher mit 102 und BVS-Mitarbeiter Walter Nolte mit 103 Spenden. Sie wurden bei einem Senatsempfang im Kaisersaal des Rathauses geehrt. Dr. Friedel Gütt, Staatsrat in der Gesundheitsbehörde, überreichte den langjährigen Blutspendern als Dank und Anerkennung Ehrennadeln und kleine Geschenke.

Nachruf

Am 15. November 1981 verstarb der frühere Bezirksamtsstellenleiter

Erich Stein

im Alter von 77 Jahren.

Seit 1953 hatte Stein in Hamburg bis zu seiner Pensionierung verschiedene Funktionen inne. Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Organisation und beim Einsatz Tausender freiwilliger Helfer anlässlich der Flutkatastrophe 1962 in Hamburg.

Er wird uns allen unvergessen bleiben.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Die „Infa '81“ in Hannover, derzeit größte europäische Verbraucherausstellung, war wieder – wie seit über 28 Jahren – Anziehungspunkt für viele Besucher aus dem In- und Ausland.



Niedersachsens Wirtschaftsminister Birgit Breuel trägt sich in das Gästebuch des BVS-Standes ein; links die Vorsitzende des Niedersächsischen Hausfrauenbundes, Ruth Bock; rechts Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg.

Der BVS beteiligte sich mit einem Informationsstand zum Thema „Lebensmittelbevorratung“ sowie der Ausstellung „Schutzraumbau“. Durch einen Computer konnten sich die Besucher nach Einspeicherung ihrer persönlichen Daten den individuellen Lebensmittelvorrat errechnen lassen.

Niedersachsens Minister für Wirtschaft und Verkehr, Birgit Breuel, Oberbürgermeister Schmalstieg und CDU-Fraktions-Vorsitzender Dr. König besuchten den BVS-Stand und zeigten großes Interesse an den Aufgaben des Verbandes.

Hameln. Zur Vorbereitung auf eine Selbstschutzwoche in Hameln wurde in der Stadtparkasse vom 4. bis 19. August 1981 die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt. Oberstadtdirektor Dr. von Reden-Lütgen hob in seiner Eröffnungsansprache die Notwendigkeit des Selbstschutzes hervor. Der Leiter der BVS-Dienststelle Hildesheim, Jankowski, erläuterte die Aufgaben des BVS und dankte den Vertretern der Hilfsorganisationen für die Bereitwilligkeit, bei der Selbstschutzwoche mitzuwirken.

An zwölf Ausstellungstagen besuchten rund 2500 Bürger die Bilderschau. Dabei wurden über 200 Einzelberatungen von den BVS-Mitarbeitern durchgeführt. Die Ausstellung wurde übrigens durch Exponate der Feuerwehr ergänzt.

Hannover. Anlässlich der Sirenenprobe am 23. September 1981 forderte der niedersächsische Städte- und Gemeindebund seine Mitglieder auf, mehr für den Selbstschutz zu tun, denn „in der Stunde der Not“, die in jedem Fall viel mehr Kräfte erfordert als vorhanden sind, muß der Selbstschutz den Kern für Hilfsmaßnahmen im Gemeindegebiet bilden.

In Niedersachsen gibt es nur für rund 1,6 Prozent der 7,2 Millionen Einwohner Schutzraumplätze. Der Bundesdurchschnitt von ca. drei Prozent Schutzraum-

plätzen wird in Niedersachsen nicht erreicht.

„Wir müssen dazu beitragen“, erklärte der Städte- und Gemeindebund in Hannover, „daß eine Bewußtseinsänderung auch bei den Gemeinden eintritt, denn es kommt nicht darauf an, perfektionistische Anforderungen zu stellen, die nicht zu finanzieren sind, sondern daß der Selbstschutz, auch wenn er unvollständig ist, besser ist als gar kein Schutz der Zivilbevölkerung“.

„Trotz vorhandener gesetzlicher Bestimmungen haben seit über 20 Jahren nur wenige Gemeinden dem Selbstschutz die Bedeutung beigemessen, die er verdient hätte, weil durch ihn, auch ohne große Kosten, möglichst vielen Menschen die Chance zum Überleben gegeben werden kann.“ Es sei an der Zeit, daß ein Wandel eintrete. Für Katastrophen gerüstet zu sein, sei auch ohne Gesetz ein zwingendes Gebot.

Westoverledingen. Die Gemeinde Westoverledingen, Landkreis Leer, hatte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Oldenburg zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang in das Rathaus Ihrhove eingeladen. Neben Bediensteten der Gemeindeverwaltung und Mitarbeitern von Betrieben nahmen auch acht Hausfrauen daran teil. Nach Beendigung des Lehrgangs besichtigten die Teilnehmer den eingerichteten Schutzraum für 50 Personen im Rathausgebäude.

Nordrhein-Westfalen

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Bonn. „Eine ganze Stadt auf den Beinen“ war das Motto eines „Tages der offenen Tür“, den die Stadt Bonn an einem Wochenende durchführte. Das umfangreiche Programm bot neben der Selbstdarstellung der städtischen Einrichtungen viele attraktive Veranstaltungen.

In einer Halle der Hauptfeuerwache zeigte der BVS die Ausstellung „Schützen – Retten – Helfen“. Zusätzlich hatten die BVS-Mitarbeiter einen Informationsstand aufgebaut, zeigten Selbstschutzfilme sowie das Ablöschen einer Brandübungspuppe mit Hilfe einer Decke.

Münster. Die Stadt Münster hat ein Falblatt mit dem Titel „Öffentliche Schutz-

räume in Münster“ vorgelegt, das die Bürger über die vorhandenen Schutzbauten informiert. Es handelt sich um den Extrakt einer 90 Seiten umfassenden Studie „Öffentliche Schutzräume – Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtplanung“, in der das Thema des Schutzraumbedarfs und der -versorgung umfassend dargestellt wird. Das neue Falblatt gibt einen kurzen Überblick über die Schutzraumsituation in Münster. Die Bestandsaufnahme umfaßt alle vorhandenen Schutzplätze im Stadtgebiet. Dabei wurden auch die Schutzräume mit einbezogen, die noch instandgesetzt werden müssen. Unter diesen Voraussetzungen stehen für rund 18 Prozent der Bürger Schutzraumplätze zur Verfügung.

Mülheim. Auf dem Flughafen Mülheim fand eine Flugzeugschau statt, an der

DRK, THW, BVS und der Flugrettungsdienst an zwei Tagen mit einem gemeinsamen Informationsstand sowie einem Filmzelt beteiligt waren. Die Schau wurde von rund 100 000 Bürgern besucht. Der BVS demonstrierte das Ablöschen brennender Kleidung und zeigte Selbstschutzfilme.

Köln/Düsseldorf. Postoberamtsrat Josef Huppertz, seit 1972 Bezirks-Katastrophenschutzleiter bei der Oberpostdirektion Köln, wurde die BVS-Ehrennadel verliehen. Huppertz ist es mit Beharrlichkeit gelungen, viele Mitarbeiter der Postdienststellen für eine Selbstschutz-Fachausbildung zu motivieren. Gleichzeitig hat er durch die Planung von Selbstschutzübungen dazu beigetragen, das Fachwissen der ausgebildeten Mitarbeiter zu ergänzen und zu vertiefen. Mit seiner Arbeit leistete Huppertz einen



Die Postoberamtsräte Josef Huppertz und Friedrich Biering nach der Verleihung der BVS-Ehrendnadel im Kreise von Vertretern der Oberpostdirektionen und dem Leiter der BVS-Landesstelle, Eykmann (links).

wichtigen Beitrag zur Verbreitung des Selbstschutzgedankens.

Auch Postoberamtsrat Friedrich Biering wurde mit der BVS-Ehrendnadel ausgezeichnet. Biering ist, nachdem er schon in der Aufbauphase des Katastrophenschutzes der Bundespost längere Zeit mit Organisationsaufgaben betraut war, seit Anfang 1973 Bezirks-Katastrophenschutzleiter für den Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf. Er hat sich mit bemerkenswertem Einsatz dem Auf- und Ausbau der Katastrophenschutz-Einheiten in den zahlreichen Dienststellen im Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf gewidmet.

Münster. „Geschafft!“, mag der Oberstadtdirektor der Stadt Münster, Dr. Hermann Fehtrup, gedacht haben, nachdem er erfolgreich die brennende Kleidung einer Puppe abgelöscht hatte. Die Übung gehörte zu den Vorführungen, die am Informationsstand des BVS während der Selbstschutzwoche in Münster mit großem Erfolg dargeboten wurden. Die BVS-Mitarbeiter zeigten alle praktischen Übungsteile des Selbstschutz-Grundlehrgangs. Viele Zuschauer ließen sich dadurch spontan von der Notwendigkeit zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang überzeugen.

Bergheim. Nach der festlichen Eröffnung der Selbstschutzwoche in Bergheim durch den Schirmherrn, Bürgermeister Bernd Poulheim, in der Feuer- und Rettungswache der Stadt fanden eine Woche lang Schwerpunktveranstaltungen und Straßenaktionen statt. Große Resonanz verzeichnete ein Sicherheitswettbewerb für Fußgänger, der von BVS, Feuerwehr, DRK, MHD, Warn-dienst, DLRG, Verkehrswacht sowie Polizei und Rettungswache der Stadt Bergheim ausgerichtet wurde.

Bei 19 Veranstaltungen wurden insgesamt rund 6000 Besucher gezählt.

Münster. Auf eine 25jährige erfolgreiche Mitarbeit im BVS kann Wilhelm Lübke



BVS-Dienststellenleiter Klesper überreicht Wilhelm Lübke die Dankurkunde.

zurückblicken. 1956 kam Lübke zunächst als ehrenamtlicher Mitarbeiter zur damaligen BLSV-Ortsstelle Haltern, wurde dann Ausbildungsleiter in den Dienststellen Marl, Coesfeld und Lüdenscheid und später hauptamtlicher Dienststellenleiter in Oberhausen. Nach seinem Ausscheiden wurde Lübke ehrenamtlicher Redner und Ausbilder der BVS-Dienststelle Münster und übernahm zusätzlich die Aufgaben eines Selbstschutz-Beraters in seinem Wohnbereich.

Gelsenkirchen. Erwin Ingendoh, ehrenamtlicher Fachbearbeiter für Schutzraumbau der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen, wurde für 25jährige Mitarbeit im BVS eine Urkunde verliehen. Ingendoh steht im Dienststellenbereich und auf



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Eykmann (Bildmitte) nimmt Erwin Ingendoh (Vierter v. l.) die Dankurkunde entgegen.

Landesebene als Referent bei BVS-Informationstagungen „Schutzraumbau“ zur Verfügung. Er hat sich in den 25 Jahren seiner BVS-Mitarbeit ein großes Fachwissen angeeignet.

Olpe. In der Nacht zum 14. September 1981 wurden im Kreis Olpe zahlreiche Bürger in Angst und Schrecken versetzt: Eine Stunde lang wiederholten die Sirenen ständig das Signal „Rundfunkgerät einschalten“. Die Telefone bei der Polizei und den Rettungsdiensten liefen heiß; viele Bürger wollten sich Gewißheit über den Alarm verschaffen.

Ursache des Fehlalarms war ein Defekt im Leitungsnetz der Bundespost. Zwei Lötspritzer, die vermutlich schon bei der Fabrikation entstanden und bei der End-

abnahme übersehen worden waren, lösten in einem Gestell beim Knotenamt Olpe einen Kurzschluß aus. Die alarmierten Techniker des Fernmeldeamtes brachten die Sirenen gegen 4.10 Uhr zum Schweigen.

Bei der Bevölkerung blieb Ratlosigkeit zurück, wie man sich in einem Ernstfall zu verhalten hat. Oberkreisdirektor Dr. Grünwald kündigte an, zusammen mit dem BVS die Öffentlichkeit zu informieren.

Wuppertal. Einen neuen Weg beschritt Siegfried Knop, BVS-Beauftragter in Mettmann, um den Selbstschutz der Bevölkerung näherzubringen: Die im Kreisgebiet Mettmann erscheinende Wochenzeitung „Schaufenster“ brachte einen fünfspaltigen Artikel, in dem ein Gespräch Knops mit der Redaktion wiedergegeben wurde. Knop sprach einen möglichen Verteidigungsfall an und betonte die Eigenverantwortung des Bürgers, sich selbst zu schützen und nicht ständig auf staatliche Initiativen zu warten. Mit interessanten Beispielen erläuterte Knop die Problematik des Selbst- und Zivilschutzes und gab nützliche Hinweise.

Die Zeitung druckte zusätzlich Coupons ab, auf dem die Leser ihre Terminwünsche zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang des BVS mitteilen konnten. Zahlreiche Rücksendungen bewiesen, daß Knops Argumente von der Bevölkerung stark beachtet wurden.

Coesfeld. Ein Informationsvortrag zum Thema „Sicherheit durch Selbstschutz“ im Jugenddorf Steinfurt erwies sich als überaus erfolgreich. Die Leitung des Jugenddorfes vereinbarte mit der BVS-Dienststelle Coesfeld 34 Selbstschutz-Grundlehrgänge für die 15–18jährigen Dorfbewohner.

In Abstimmung mit dem Leiter des Ordnungsamtes der Kreisverwaltung Borken startete die BVS-Dienststelle ferner eine Vortragsreihe in den Hauptschulen des Kreises Borken. Das Motto „Hilfe darf im Ernstfall kein Zufall sein“ fand bei den Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrerschaft ein gutes Echo. In bisher acht Hauptschulen wurden Vorträge in den Klassen 9 und 10 durchgeführt. Anlässlich dieser Veranstaltungen wurden Listen ausgelegt, in die sich Interessenten für einen Selbstschutz-Grundlehrgang eintragen konnten.

Die Lehrerschaft zeigte sich aufgeschlossen und unterstützte die Bemühungen um die Verbreitung des Selbstschutzgedankens. In einigen Schulen wurden anschließend Diskussionen angesetzt, die als Grundlage für eine Klausurarbeit dienten.

Hessenspiegel

Bad Wildungen. Die BVS-Dienststelle Kassel zeigte in Bad Wildungen im Schalteraum der Kreissparkasse die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“. Die Bankkunden konnten sich über die Aufgaben des Selbstschutzes informieren und ließen sich von BVS-Mitarbeitern über die Möglichkeiten der Selbsthilfe beraten.

Birkenfeld. Jeweils 35 Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank nahmen im September und Oktober an Fortbildungslehrgängen für Behördenselbstschutzkräfte an der BVS-Schule Birkenfeld teil. Wie gewohnt waren auch bei diesen Lehrgängen Schwerpunkte gesetzt. Alle Selbstschutzkräfte erhielten eine gründliche Einweisung in der Hand-

habung von Handfeuerlöschern und üben den Gebrauch von Leinen.

Danach teilten sich die Gruppen in ihre Fachbereiche. Die Brandschutzstaffel trug einen Löschangriff vor, dabei wurde das Wasser für die TS 2/5 einem Überflurhydranten und einer Zisterne entnommen. Inzwischen sind Mitarbeiter der Bank zu Staffelführern ausgebildet, die jetzt ihre Erfahrung aus der Theorie in die Praxis umsetzen können.

Die Sanitätsstaffel richtete behelfsmäßige Verband- und Transportmittel her. Es galt, ein „verletztes“ Bein zu schienen, „Knochenbrüche“ provisorisch zu polstern und „blutende Wunden“ zu stillen.

Die Bergungsstaffel hatte ihre Geräte mitgebracht und übte mit Kettensäge, Trennschleifer und Schlagbohrer. Neu war der Gebrauch eines Greifzugs zum

Bewegen, Ziehen und Heben schwerer Lasten. Auf dem Übungsgelände der Schule wurde vom Übungshaus aus eine schiefe Ebene mit Hilfe eines Drahtseils gebildet und als Gegenzug ein Erdanker aus Holzpfählen erstellt. Der Greifzug diente zum Spannen des Seils. Danach wurde ein „Verletzter“ – auf einer Trage eingebunden – sicher abgelassen.

Bei der Abschlußübung wurden alle drei Einheiten eingesetzt. Eine Gasexplosion, die im Übungshaus angenommen wurde, hatte Verletzte gefordert, im Haus brannte es, Qualm drang aus den Fenstern, vor dem Haus loderte ein Flüssigkeitsbrand. Die Brandschutzstaffel wurde eingesetzt, die Bergungsstaffel ging nach der „Fünfphasentechnik“ vor, die Sanitätsstaffel versorgte die „Verletzten“.

Rheinland-Pfalz

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz. Die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ wurde auf Wunsch der Stadtverwaltung Mainz in einer gemeinsamen Ausstellung zum 75jährigen Bestehen der Berufsfeuerwehr Mainz der Bevölkerung vorgestellt. Oberbürgermeister Jockel Fuchs eröffnete beide Ausstellungen und konnte namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen, u. a. den rheinland-pfälzischen Innenminister, Kurt Böckmann, sowie Landtagspräsidenten Dr. Martin.

Germersheim. In der Schalterhalle der Sparkasse Germersheim führte BVS-Landesstellenleiter Awiszus anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ aus, der Bürger soll in der Lage sein, in Notfällen Menschenleben retten zu können. Landrat Joachim Stöckle nannte den Selbstschutz eine wichtige und schwierige staatspolitische Aufgabe, die in den letzten Jahren vernachlässigt worden sei. Über Selbstschutz im Verteidigungsfall müsse ebenso informiert werden wie über die Gefahren des Alltags.

Koblenz. Die Berufsfeuerwehr der Stadt Koblenz führte am 19. September 1981 einen „Tag der offenen Tür“ durch, an dem die BVS-Dienststelle Koblenz mit einem Informationsstand teilnahm. Rund 850 Bürger besuchten die Veranstaltung. Viele Besucher ließen sich am BVS-Stand über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus informieren.

Ferner beteiligte sich die BVS-Dienststelle mit einem Stand und Ausstellungstafeln an einem „Tag der offenen Tür“ der Feuerwehr Weißenthurm.

Saarland

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Die in enger Zusammenarbeit mit dem saarländischen Innenministerium eingeleitete Aktion zur Intensivierung des Behördenselbstschutzes zeigt bereits gute Ergebnisse: Zahlreiche Behörden haben mittlerweile die personellen Voraussetzungen geschaffen und auch die Vorplanung der erforderlichen Lehrgänge mit dem BVS abgestimmt.

Dank der guten Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und BVS-Landesstelle wurden aus den Geschäftsreichen der einzelnen Ministerien über

die BVS-Fachlehrgänge auf Dienststellenebene hinaus schon 230 Staffelführer des Behördenselbstschutzes gemeldet, die demnächst an der BVS-Schule in Birkenfeld ihre Abschlusausbildung erhalten. Erfreulicherweise sind inzwischen auch Kommunalverwaltungen dazu übergegangen, den Aufbau des Behördenselbstschutzes in ihren Rathäusern durchzuführen.

Bosen. Ein Informationsseminar „Zivilschutz“ führte die BVS-Landesstelle Saarland in Bosen (Kreis St. Wendel) durch. An der Veranstaltung nahm die gesamte Feuerwehrführung des Kreises

Merzig-Wadern mit Kreisbrandinspekteur Bühler teil. Dem Verantwortlichen der Freiwilligen Feuerwehren gab BVS-Landesstellenleiter Koch einen Überblick über die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland, wobei die Aufgaben des Zivilschutzes im Vordergrund standen.

Ministerialrat Grundmann referierte über die Bedeutung des Katastrophenschutzes und stellte die Notwendigkeit des Selbstschutzes sowie die Aufgabenstellung des BVS heraus. Die Ausführungen von Ministerialrat Dipl.-Ing. Klein über die Errichtung von Hausschutzräumen und Behelfsschutzanlagen fanden bei den Teilnehmern großen Anklang.

Südwest aktuell

Heilbronn. Um vorrangig den Ausbildungsbedarf, der durch die Zielvorgabe der Landesregierung Baden-Württemberg zur Aktivierung des Selbstschutzes in den Städten und Gemeinden entsteht, zu erfassen, hat die BVS-Dienststelle Heilbronn einen neuen Weg beschritten. Vertreter der Landratsämter und größerer Städte trafen sich zu einem Gespräch in der BVS-Dienststelle. Es ging dabei um die Bedarfsermittlung und Terminierung von Veranstaltungen sowie Bereitstellung von Unterrichtsräumen und -plätzen.

Schwerpunkte waren die Aus- und Weiterbildung der Selbstschutz-Berater sowie der Warnstelleninhaber, die Ausbildung im Behördenselbstschutz und betrieblichen Katastrophenschutz (BKO), das Ausbildungsangebot für die Bevölkerung und Planung der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vertreter der vier zum Bereich der BVS-Dienststelle gehörenden Landkreise planten und koordinierten das Ausbildungsangebot des BVS für die ca. 90 kleineren Gemeinden. Die Besprechung wurde von allen Teilnehmern positiv bewertet, denn nur mit einer langfristigen Planung kann die Ausbildungskapazität der BVS-Dienststelle voll genutzt werden.

Ludwigsburg. Bei einer Arbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen Helfer der BVS-Dienststelle Ludwigsburg waren 20 amerikanische Pfadfinder zu Gast. Die jungen Gäste wurden von BVS-Fachlehrer Kurt Spinnler zunächst über die Aufgabe des BVS informiert. An den sich anschließenden praktischen Löschübungen mit Kleinlöschgeräten beteiligten sich die Pfadfinder aktiv.

Mosbach. Eine Ausbildung im Selbstschutz ist auch für Körperbehinderte sinnvoll. Den Beweis dafür trat ein Rollstuhlfahrer in Mosbach an. Im Rahmen einer Veranstaltung der BVS-Dienststelle Heilbronn löschte der Behinderte eine brennende Person mit Hilfe einer Decke sachgerecht in Sekunden.

Die BVS-Dienststelle Heilbronn führte in der Zeit vom 26. bis 28. Oktober im Berufsbildungswerk Mosbach 24 Veranstaltungen durch. Dabei wurden zahlreiche lerngehemmte, körperbehinderte Jugendliche ausgebildet. Die Gruppen wurden kleingehalten und beide Fahrba-

re Aufklärungs- und Ausbildungsstellen eingesetzt. Vor allem bei den praktischen Übungen, wie Handhabung der Feuerlöscher, Einstellspritze und Ablöschen einer brennenden Person, zeigten die Jugendlichen großen Einsatzwillen. Es zeigte sich, daß Körperbehinderte durchaus in der Lage sind, gewisse Selbstschutzmaßnahmen auszuführen.

Die Veranstaltungen waren nur möglich durch die hervorragende Zusammenarbeit des Berufsbildungswerks Mosbach mit der BVS-Dienststelle Heilbronn.

Pforzheim. Anlässlich des Marktplatzfestes in Pforzheim informierten Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe die Bevölkerung über Selbstschutzmaßnahmen. Demonstriert wurde u.a. das Ablöschen brennender Personen, die Handhabung der Einstellspritze sowie der Umgang mit Handfeuerlöschern. In einem von der Stadt Pforzheim zur Verfügung gestellten Zelt wurden Filme über den Selbstschutz gezeigt.

Schorndorf. Die Stadt Schorndorf führte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Schwäbisch Hall eine Selbstschutzwoche durch, mit dem Ziel, das Interesse des Bürgers für den Selbstschutz zu wecken. Viele Geschäfte gestalteten dabei ihre Schaufenster zu den Themen „Hausapotheke“, „Lebensmittelbevorratung“, „Dokumentensicherung“, „Notstromaggregate“, „Feuerlöscher“ u.ä. Die Veranstaltung wurde von Oberbürgermeister Bayler eröffnet.

An den einzelnen Veranstaltungen beteiligten sich viele Bürger. Auch eine Leserbriefaktion zeigte eine starke Resonanz.

Während der Selbstschutzwoche war die BVS-Ausstellung „Schutzraumbau“ im Rathaus zu sehen. Außer verschiedenen Veranstaltungen in den sieben Ortsteilen Schorndorfs fanden zusätzlich Vorträge für Behördenvertreter, Architekten, Statiker, Bauherren, Schulleiter und Lehrer, für Vertreter der Katastrophenschutz-Organisationen sowie für den Gemeinderat statt.

Freiburg. 14.30 Uhr – mehrere heftige Explosionen im Wasser- und Schifffahrtsamt Freiburg schrecken Nachbarn und Straßenpassanten auf. Während an verschiedenen Stellen starke Rauchschwaden aus dem zehnstöckigen Gebäude

dringen, heult im Innern des Hochhauses eine Sirene. Die Beschäftigten räumen das Haus und drängen zum Sammelplatz; die Behördenselbstschutzkräfte des Amtes eilen zu ihren Rettungsgeräten. Zwölf Mitarbeiter werden vermißt.

Dies war der Beginn einer großen Selbstschutzübung des Wasser- und Schifffahrtsamtes Freiburg. Viele Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden sowie Amts- und Behördenselbstschutzleiter hatten sich als Beobachter eingefunden. Sie konnten sich überzeugen, wie schnell und mit Sicherheit die „Verletzten“ auch aus schwierigen Situationen geborgen und an der Verletzten-sammelstelle versorgt wurden. Während die Brandschutzstaffel mit einer TS 8/8 wirkungsvoll die Brände bekämpfte, wurde über Notruf Unterstützung angefordert.

Die Bergwacht brachte Menschen vom Dach des Hochhauses in Sicherheit, die Feuerwehr holte „Verletzte“ mit dem Rettungskorb von Balkonen, THW-Helfer borgen auf der Nordseite des Gebäudes „Verletzte“ mit Leitern, die Sanitätsorganisationen übernahmen Transport und Reanimation.

Freiburg. Ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Freiburg besuchten zusammen mit den Selbstschutz-Beratern der Gemeinde Bad Krozingen die neueste und größte „Geschützte Operationsstelle“ (GOPS) in Basel.

Die „GOPS“ liegt mitten in der Stadt. Im 5. Untergeschoß des City-Parkhauses, 16 Meter unter der Rasenfläche zwischen den Gebäuden eines Spitals, können auf 6500 qm 1044 Liegestellen für Patienten, acht Operationstische und alle anderen Einrichtungen installiert werden. Das zum Betrieb notwendige Personal wird zum großen Teil von dem darüberliegenden Krankenhaus gestellt. Die Vorräte und Einrichtungen des Spitals können im Ernstfall sofort benutzt werden. Die gefahrlose Verlegung von Patienten in die unterirdischen Schutzräume ist gesichert.

Im 4. Untergeschoß des Parkhauses ist ein öffentlicher Schutzraum mit 3008 Schutzplätzen vorhanden, davon sind 534 für das Personal der „GOPS“ reserviert. Im 3. Untergeschoß stehen Räume für den Kulturgüterschutz zur Verfügung. Die Energie- und Wasserversorgung ist vom Stadtnetz unabhängig. Treibstoffvorräte für 14 Tage sind eingelagert.

Bayern heute

Kitzingen. Am Samstag, dem 19. September 1981, fand in Kitzingen ein Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ statt. Beteiligt waren neben den BVS BRK, FFW, THW, Kriminalpolizei – Landpolizei, Verkehrswacht und die Selbstschutz-Berater der Stadt.

Die organisatorischen Vorbereitungen wurden vom Selbstschutzbeauftragten der Stadt, Amtmann Lindörfer, getroffen.

Die ganze Marktstraße – das Einkaufszentrum der Stadt Kitzingen – war an diesem Tage für den Fahrverkehr gesperrt. An den Zufahrtsstraßen leuchteten die orangeblauen Transparente schon Tage vorher und wiesen die Bevölkerung auf das Ereignis hin.



Gekonnt löschte Oberbürgermeister Rudolf Schardt eine brennende Puppe mit Hilfe einer Decke.

Unter den Klängen des Kolping-Musikkorps eröffnete Oberbürgermeister Rudolf Schardt die Veranstaltung. 78 Personen beteiligten sich am Wettbewerb, erfreulicherweise aus allen Altersklassen; 69 Jahre war der älteste Teilnehmer, 64 Jahre die älteste Teilnehmerin.



Ein Blick in die Marktstraße. Hier hatten die Organisationen ihre Stände aufgebaut.

Zur Siegerehrung konnte Oberbürgermeister Schardt viele Sachpreise verteilen, die von der Kitzinger Geschäftswelt gestiftet worden waren. Den Ehrenpreis des BVS erhielt Margot Keil aus Mainstockheim, Manfred Döppert und Regina Müller, beide aus Kitzingen, kamen auf die nächsten Plätze.

GZS Berlin

Brandschutzstaffeln ausgebildet

Ein renommiertes Zigaretten-Unternehmen mit einer Produktionsstätte in Berlin wurde im vergangenen Jahr durch ein Rundschreiben der GZS über die Ausbildungsmöglichkeiten im betrieblichen Katastrophenschutz informiert. Die für die Sicherheit der Berliner Produktionsstätte verantwortlichen Mitarbeiter des Betriebes, Dr. Weiland und Donovang, vereinbarten für ihre Brandschutzkräfte entsprechende Ausbildungsveranstaltungen.

Der erste von insgesamt vier Teilen einer BKO-Brandschutz-Staffelausbildung fand am 13. Januar dieses Jahres statt. In einem 14-Tage-Rhythmus wurden in den Nachmittagsstunden die Brandschutzkräfte der Firma an dem vorhandenen Gerät ausgebildet. Die zwei Staffelausstattungen sind auf fahrbaren Karren untergebracht, die neben Tragkraftspritze und Schlauchmaterial auch Geräte des schweren Atemschutzes enthalten.

Da das Unternehmen von vornherein erkannt hatte, daß in einer zwölfstündigen Unterrichtung und Ausbildung keine perfekten Fachkräfte herangebildet werden können, wurden bereits während der laufenden Ausbildung weitere Termine abgesprochen, um im Rahmen von

mehrständigen Übungen das Erlernte zu wiederholen und neues Fachwissen, insbesondere im Bereich der Bergung und Rettung, zu erwerben.

Schon während der Ausbildung, aber auch während der inzwischen wiederholt durchgeführten Übungen, zeigten sich Schwachstellen in der Ausstattung. So sah sich die Firmenleitung veranlaßt, unter anderem eine Tragkraftspritze 2/5 sowie Schlauchmaterial zu erwerben.

Die erwähnte Firma ist ein Beispiel für andere Firmen. Man ist sich hier bewußt, daß im Gefahrenfalle betriebliche Brandschutzkräfte die Zeit bis zum Eintreffen der Feuerwehr überbrücken können.

Bei Basar der Sonderschule dabei

Die Elisabeth-Rotten-Schule, Sonderschule für Lernbehinderte, wandte sich vor kurzem an die GZS und bat, sich mit einem Ausstellungsstand am Basar anläßlich des Sommerfestes der Schule zu beteiligen. Diese Bitte traf bei der Gesellschaft auf offene Ohren: Am 12. September 1981 stand die fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle auf dem Schulgelände und wurde als Filmwagen eingesetzt.



Von jung und alt war der Filmwagen der GZS stets umlagert.

Das Fahrzeug war stets von jung und alt umlagert. Die Filme, die in Ausschnitten über die tägliche Arbeit der Gesellschaft berichteten, waren in nicht wenigen Fällen Anlaß für lebhaftes Diskussions mit den Lehrkräften, aber auch mit Eltern und Schülern. Das Informationsmaterial fand reißenden Absatz. Rege Beteiligung war auch beim Ablöschen brennender Bekleidung an Personen und beim Bekämpfen eines Flüssigkeitsbrandes zu verzeichnen.

Der Leiter der Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der GZS, Krapf, die eingesetzten ehrenamtlichen Mitarbeiter und Schulleiter Peter Hübner waren sich einig: eine gelungene Ergänzung des Schulfestes, die auch beim nächsten Male wieder in das Programm aufgenommen werden sollte.

Jahrestagung der THW-Orts- und -Kreisbeauftragten

An der diesjährigen Tagung der THW-Orts- und -Kreisbeauftragten des THW-Landesverbandes Schleswig-Holstein, die am 30. und 31. Oktober 1981 in Bad Segeberg stattfand, nahmen 51 ehren- und hauptamtliche THW-Mitarbeiter aus allen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes teil.

Zu dem THW-internen Teil am ersten Tag begrüßte Landesbeauftragter Helmut Meier THW-Bundessprecher Peter Merck sowie Regierungsdirektor Ferdinand Ständer vom Bundesamt für Zivilschutz als Gäste.

Im Mittelpunkt der fünfstündigen Arbeitssitzung am Freitag standen Referate und Diskussionen, in denen es insbesondere um die Intensivierung der Ausbildung, eine schnellere und effektivere Weiterbildung der THW-Führer und -Unterführer sowie um organisatorische Angelegenheiten und Fragen der Finanzierung ging.

Der offizielle Teil der Tagung wurde am Sonnabendvormittag eröffnet. Viele namhafte Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Vertreter der im Zivil- und Katastrophenschutz mitarbeitenden Organisationen hatten sich eingefunden, darunter Bundestagsabgeordneter Peter-Kurt Würzbach, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul-Wilhelm Kolb, der Leiter des Instituts für Soziologie an der Universität Kiel, Professor Dr. Lars Clausen, und Ministerialdirigent Baltzer vom Landesinnenministerium.

THW-Landesbeauftragter Meier gab einen umfassenden Bericht über die Ausstattung und Arbeit des THW in Schleswig-Holstein. Er wies vor allem darauf hin, daß der Bedarf an Ersatzbeschaffungen von Geräte- und Mannschaftskraftfahrzeugen der Bergungsdienstleistungen gegenüber dem Vorjahr noch größer geworden sei. So gebe es zum Beispiel Bergungszüge, die zur Zeit nur ein Einsatzfahrzeug zur Verfügung hätten, da die anderen ausgesondert worden seien.

Die Selbstbewirtschaftungsmittel, aus denen nicht nur sämtliche Fix-Kosten auf den Organisationsstufen Ortsverband und Einsatzeinheiten, sondern vor allem auch die Kosten der Ausbildung auf örtlicher Ebene zu bestreiten sind, seien bei gleichzeitiger Kostensteigerung in allen Bereichen die gleichen wie

seit 1972 geblieben. Dies gehe eindeutig zu Lasten der Ausbildung der Helfer und müsse schließlich zur Verminderung der Einsatzqualität führen.

Eine recht positive Entwicklung, hob Meier hervor, habe es hingegen in den letzten beiden Jahren im Bereich des Instandsetzungsdienstes gegeben. Hier sei ein beachtenswerter Zugang an Fahrzeugen und hochwertigen technischen Geräten zu verzeichnen. Gerade auf dem Gebiet des Instandsetzungsdienstes mit den Gruppen „Elektrizität“, „Gas/Wasser“, „Abwasser und Ölschadensbeseitigung“, die lange Jahre stiefmütterlich behandelt wurden, sei diese Entwicklung besonders erfreulich. Sie habe auch bei Helfern und Führungskräften ihre motivierende Wirkung nicht verfehlt.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen dankte Meier all denjenigen Kreisen, Städten und Gemeinden des Landes, die zum Teil schon seit vielen Jahren das THW in hervorragender Weise unterstützen. Sein besonderer Dank galt den THW-Ortsbeauftragten, die als verantwortliche Leiter der Organisation vor Ort mit allen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten fertigwerden müssen.

Bundestagsabgeordneter Würzbach stellte fest, von allen bisherigen Bundesregierungen sei auf dem Gebiet der Zivilverteidigung nicht das getan worden, was nötig wäre. Unbequeme und unpopuläre Dinge müßten angepackt werden. Alle Politiker sollten dafür sorgen, daß im Bereich Zivilschutz mehr Beweglichkeit erreicht und er insgesamt effektiver werde.

Präsident Dr. Kolb verglich den in der Schweiz geschaffenen Zivilschutz mit dem der Bundesrepublik. In beiden Staaten sei man aus moralischen und humanitären Gründen für Zivilschutz. Auch gehe man in beiden Ländern davon aus, daß eine glaubwürdige Verteidigung nur möglich sei, wenn die Zivilbevölkerung in ausreichendem Maße geschützt werde. Wo der Selbstschutz nicht ausreiche – auch das gelte für beide Länder – solle der Staat für entsprechenden Schutz sorgen.

Dr. Kolb zeigte dann auf, wie sich der Zivilschutz in der Schweiz im Hinblick auf Gesetzgebung und Aufbauzustand von dem in der Bundesrepublik unterscheidet. Während in der Schweiz Zivilschutz ein Verfassungsgebot und jeder Bürger von 20 bis 60 Jahren zivilschutzpflichtig sei, gebe es in der Bundesrepublik bis heute keine zivilschutzspezifischen Lei-

stungspflichten der Bürger. In der Schweiz gebe es für 80 % der 6,3 Millionen Einwohner bereits Schutzplätze. In der Bundesrepublik fänden nur drei Prozent der Bevölkerung Schutz.

Folgende Gründe für die Fehlentwicklung in der Bundesrepublik nannte Dr. Kolb:

1. Die NATO sehe die Zivilverteidigung als nationale Angelegenheit an.
2. Die Realisierung des Zivilschutzes (Beispiel Schutzraumbau) sei zu kostspielig.
3. Dem Zivilschutz werde in der praktischen Politik kein hoher Stellenwert eingeräumt.

Im nachfolgenden Vortrag „Katastrophenabläufe – soziologische Lehren aus Schleswig-Holstein und Nordamerika“ legte Professor Clausen dar, was der Sozialwissenschaftler über den Ablauf von Katastrophen auszusagen vermag. Katastrophen brächen weder plötzlich herein noch gebe es im strengen Sinne „Natur“-Katastrophen, „technische“ oder „Kriegs“-Katastrophen. Alle Katastrophen seien „Kultur-Katastrophen“, d.h. sie seien in Ketten und Netzen von Ursachen und Folgen eingefügt.

Wenn z.B. ein sozialer Wandel zu schnell vor sich gehe, zu unvorhergesehenen Eintritten, käme es zu Desorientierungen. Die zuverlässige Art, sich nach Signalen zu orientieren, entfielen dann. Professor Clausen trug anschließend vor, wie im Verlauf einer Katastrophe eine Phase auf die andere folgt und wie die Menschen in jeder einzelnen Phase reagieren bzw. handeln.

Kurzfristig – so Professor Clausen – seien bei einer Katastrophe gut voneinander abgrenzbare Phasen feststellbar. Sie könnten Stunden bis Wochen umfassen und seien durch soziales Handeln charakterisiert. Langfristig seien Katastrophen in soziale (historische) Stadien einbezogen, die man gleichfalls sinnvoll voneinander abgrenzen könne. Diese umfaßten jedoch Monate bis Jahrzehnte, manchmal noch längere Zeitabschnitte.

Die volkstümliche Konzentration auf die „Plötzlichkeit“ von Katastrophen und das Absehen von ihrer gesellschaftlichen Dimension bringe besondere Fehlerquellen und Kurzsichtigkeiten in den Alltag der Katastrophenschutz-Organisationen, der Verwaltung und der Politik.

Mit einem Empfang, den der THW-Landesbeauftragte aus Anlaß seines 25jährigen Dienstjubiläums gab, endete die Veranstaltung. V.

Großveranstaltung technisch betreut

Nach dem THW-Bundeswettkampf 1981 stand Hamburg-Finkenwerder wieder im Mittelpunkt des Interesses: Unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters, Dr. Klaus von Dohnanyi, fand ein internationales Folklore-Festival statt. Bei diesem Fest der Nationen feierte die weit über Hamburgs Grenzen hinaus bekannte „Finkenwerder Speeldeel“ ihren 75jährigen Geburtstag.

Auf einer Pressekonferenz wurde der Einsatz des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Mitte besonders gewürdigt, der die Großveranstaltung technisch betreut hatte. Auch der Chef der „Finkenwerder Speeldeel“, Adi Albershardt, bedankte sich beim THW-Landesbeauftragten für die reibungslose Zusammenarbeit. A. K.

Wettbewerb für Kraftfahrer in Hamburg

Erstmals führte der THW-Landesverband Hamburg einen Kraftfahrer-Pokalwettbewerb für Einsatzfahrzeuge durch. Getrennt nach Führerschein-Klasse II und III mußten neben theoretischen Fragen ein Geschicklichkeitsparcours und eine Orientierungsfahrt bewältigt werden.



Auf dem Geschicklichkeitsparcours konnten die Fahrer ihr Können beweisen.

Der Geschicklichkeitsparcours, der durch den örtlichen Automobil-Club ausgerichtet wurde, verlangte von den Kraftfahrern hohes fahrerisches Können und sichere Beherrschung der Fahrzeuge. Die anschließende Orientierungsfahrt forderte von den Beifahrern einen sicheren Umgang mit Karte und Koordinaten und die Lösung verschiedener Einsatzaufgaben. Mit in die Bewertung wurde die Kilometerleistung bei Anlaufen aller Stationen aufgenommen.

Nach gut viereinhalb Stunden hatten alle Fahrzeuge den Ausgangspunkt wieder erreicht. Fast alle Besatzungen hatten

die Aufgaben im wesentlichen gelöst. Sieger in der Führerschein-Klasse II wurde der THW-Bezirksverband Hamburg-Wandsbek, in der Führerschein-Klasse III der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona. Strahlend nahmen Sieger und Plazierte die Ehrenpreise von Landesbeauftragtem Günter Trautvetter entgegen. A. K.

Feierstunde beim THW-BV Harburg

Der Beauftragte des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Harburg hatte zu einer Feierstunde anlässlich mehrerer Ehrungen eingeladen. Zahlreiche Gäste aus Verwaltung, Behörden sowie aus der Wirtschaft waren erschienen. In seiner Ansprache ging THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter besonders auf die Stellung des ehrenamtlichen Helfers in der Gesellschaft ein. Die Bereitschaft junger Menschen, im THW für die Allgemeinheit freiwillig tätig zu sein, dürfe nicht durch Bürokratismus erstickt werden. Junge Menschen zu fordern, setze voraus, sie zu verstehen, ihnen das Gefühl der Gleichberechtigung zu geben und sie richtig anzusprechen.

Trautvetter nahm in seinen Ausführungen auch Bezug auf die neu geschaffene THW-Helfervereinigung. Diese sei notwendig, da das THW als Bundesanstalt nicht alle Aufgaben wahrnehmen könne, wie zum Beispiel die Jugendarbeit. Nur eine starke Helfervereinigung mit selbstbewußten und einflußreichen Mitgliedern werde in der Lage sein, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Die Mitgliedschaft jedes einzelnen Helfers sei daher von außerordentlicher Bedeutung. Trautvetter bekannte sich eindeutig zu der THW-Helfervereinigung und warb für eine Mitgliedschaft.

Die anschließenden Auszeichnungen zeigten erneut, daß es im Hamburger THW keine Generationsprobleme gibt, gleichberechtigt steht jung neben alt. Detlef Böhm, Führer eines Bergungs-



THW-Zugführer Böhm (rechts) erhält aus der Hand von Landesbeauftragtem Trautvetter das THW-Helferzeichen in Gold.

zugs, wurde mit dem THW-Helferzeichen in Gold für seine stete Einsatzbereitschaft und sein Engagement ausgezeichnet. Hans Findorff, seit über 28 Jahren in der Organisation, erhielt das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz für seine treuen Dienste im THW. Den Helfern Michael Harms und Jürgen Sell wurde die Urkunde für zehnjährige Mitarbeit im THW überreicht. G. T.

Weiterbildung von THW-Schirrmeistern

Ende Oktober erfolgte im Rahmen eines Lehrgangs die Weiterbildung der Schirrmeister und Materialerhaltungstruppführer des THW-Landesverbandes Hamburg. 21 Helfer aus sieben THW-Bezirksverbänden wurden über Aufgaben und Durchführung der Materialerhaltungsstufen I/II unterrichtet. Schwerpunkt der Ausbildung war die Störungssuche und die Beseitigung der Fehler an Kraftfahrzeugen und Gerät.

Fachkräfte namhafter Gerätehersteller gaben wertvolle Tips und Hinweise. Mitarbeiter einer Fahrschule und Polizeibeamte informierten über das Fahren bei Schnee- und Eisglätte sowie die gesetzlichen Bestimmungen bei der Inanspruchnahme von Sonderrechten. E. L.

Ein Mann der „ersten Stunde“

Vor 28 Jahren trat Hans Findorff in den damaligen THW-OV Harburg ein. Eine schwere Krankheit unterbrach sein aktives Wirken in der Bergungseinheit für längere Zeit. Später nahm Findorff seinen Dienst wieder auf, seine angegriffene Gesundheit ließ jedoch eine Mitarbeit im Bergungsdienst nicht mehr zu. Findorff stellte daher sein berufliches Können als Schneider in den Dienst des THW. Die zentrale Kleiderkammer ist ein Teil seines „Arbeitsplatzes“ geworden. Für seine Leistungen und seinen Idealismus wurde ihm nun das THW-Helferzeichen in Gold durch Landesbeauftragten Trautvetter überreicht. G. T.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter (links) überreicht Hans Findorff die Auszeichnung.

„Fest der Nationen“

Beim „Fest der Nationen“ in Hamburg-Finkenwerder sorgte der Hamburger THW-Bezirksverband II/1 für den reibungslosen technischen Ablauf der Veranstaltung. In Finkenwerder mußten zuerst ca. 30 Flaggenmasten gesetzt werden. Hinzu kam der Aufbau diverser Bühnen und Tanzflächen sowie die Versorgung mehrerer Bühnen mit Strom und Beleuchtung. Zur Vorbereitung gehörte ebenfalls die Beschaffung und der Aufbau von Stühlen, Bänken und anderer Geräte.

An den Veranstaltungstagen leuchteten die Helfer der Elektro-Gruppe die Bühnen aus, und THW-Kraftfahrer waren verantwortlich dafür, daß die einzelnen Gruppen rechtzeitig die jeweiligen Veranstaltungsorte zu den Auftritten erreichten. Sie brachten auch die aktiven

Teilnehmer an diesem Fest, oft spät in der Nacht, wieder sicher in ihre Unterkünfte zurück.

Bei der Veranstaltung im Freilichtmuseum Kiekeberg hatte die Elektro-Gruppe in Zusammenarbeit mit der „Finkwerder Speeldeel“ für die Beleuchtung und Beschallung zu sorgen.

Durch den Ausflug der Festteilnehmer nach Grömitz und einer anschließenden Veranstaltung in Bad Segeberg bot sich die Möglichkeit einer Mot-Marsch- und Funkübung, da das THW zusammen mit einer Polizei-Eskorte die Begleitung des Fahrzeug-Konvois übernommen hatte.

Doch nicht nur technisches Verständnis, auch „guter Geschmack“ und sprachliche Kenntnisse wurden bei diesem „Fest der Nationen“ gefordert. Zum einen hatten die THW-Helfer alle Hände voll zu tun, um für genügend Nachschub der traditionellen Erbsensuppe aus der

Feldküche zu sorgen; zum anderen waren einige Helfer durch ihre Sprachkenntnisse den ausländischen Freunden eine große Hilfe. Um Interviews zu ermöglichen, fand eine Hamburger Tageszeitung unter den THW-Helfern sogar einen Dolmetscher.

In die Festwoche fiel außerdem noch das Barkassenrennen um „das Blaue Band der Elbe“. Somit hatte auch der Wasserdienst eine gute Übungsmöglichkeit.

Für die Helfer des THW-Bezirksverbandes hieß es nach der Abschlußveranstaltung allerdings noch lange nicht „Einsatz beendet“, denn an den folgenden Tagen wurde der Rückbau des gesamten Geräts durchgeführt.

Die Aufgaben in Finkenwerder waren für alle Helfer interessant und lehrreich. Sie dienten nicht nur der Übung, sondern auch der Völkerverständigung. F. W. B.

Bremen



Zehn Huchtinger Helfer bestanden die Prüfung

Zehn Helfer des THW-Ortsverbandes Huchting schlossen an der Katastrophenschutzschule des Landes Bremen in Lesum erfolgreich ihre Grundausbildung ab, sie bestanden die vorgeschriebene Abschlußprüfung. THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel äußerte sich sehr zufrieden über den hohen Stand der Ausbildung, den die Helfer bei der Lö-

sung der gestellten Aufgaben eindrucksvoll bewiesen hätten.

Zunächst war von den Helfern der theoretische Teil zu absolvieren, bei dem sie 40 Fragen aus dem Bereich des Katastrophenschutzes zu beantworten hatten. Danach galt es, die praktischen Aufgaben zu bewältigen. Dazu gehörten unter anderem das Arbeiten mit der Motorsäge, die fachgerechte Bearbeitung von Holz, der Umgang mit der Hydro-Presse und die Gesteinsbearbeitung. Die 24 praktischen Aufgaben wurden von den

zehn Helfern zur vollsten Zufriedenheit der Prüfer gelöst.

Das THW hatte sechs Helfer, die seit vielen Jahren im Katastrophenschutz tätig sind, als neutrale Prüfer ausgewählt. Sie gehören anderen Ortsverbänden an und konnten ihre Beurteilung somit unvoreingenommen abgeben. Die zehn Helfer, die jetzt die Abschlußprüfung bestanden, sind seit anderthalb Jahren im Ortsverband Huchting. Der Ortsverband hat insgesamt 160 Helfer in einer Bergungsbereitschaft.

Berlin



Exakte Pfeilersprengung

Nach der erfolgreichen ersten Pfeilersprengung an der Lessingbrücke in Berlin wurde dem THW auch die Sprengung des Südpfeilers und des Unterwasseranteils des Nordpfeilers übertragen. Beide Sprengungen sollten an einem Tag stattfinden. Das machte präzise Vorbereitungen erforderlich. Es war der Einsatz von 50 THW-Helfern aus verschiedenen Bezirksverbänden sowie von Polizei und Wasserschutzpolizei zu koordinieren. Wesentlich war die Unterstützung durch den Fernmeldezug.

Ein wichtiger Teil der Vorbereitungen war die Anfertigung der „Ladespieße“: Die benötigten Patronen AG 3 wurden zusammen mit einer Sprengschnur in

halbierte PVC-Rohre mit Kunststoffband festgeklebt. Durch diese – bis auf die Zünder fix und fertigen – Ladungen war es möglich, 61 Bohrlöcher von 3,5 Metern Tiefe in 50 Minuten zu laden. Auch diesmal wurde der bewährte Wasserbesatz verwendet.

Die erste Zündung erfolgte um 12.02 Uhr und hinterließ – neben einer beachtlichen Welle – einen gründlich zerkleinerten Unterwasserpfeiler. Ab 13.00 Uhr wurde der Südpfeiler geladen und besetzt. Es blieb noch Zeit für das Ansehen der Video-Aufzeichnung der ersten Zündung, bevor um 17.00 Uhr nochmals gezündet wurde.

Es zeigte sich, daß auch geringe Sprengstoffmengen (120g/m^3) bei gutem Besatz ausgezeichnet wirken. Der

Pfeiler war praktisch ohne Schleuderwirkung exakt im Bohrlochraster zerlegt.

L. P.



Deutlich ist das Abfließen der Zündstufen von links nach rechts zu erkennen.

Gemeinsame Übung mit THW-BV Berlin-Steglitz

„Unsere Freundschaft muß vertieft werden. Nächstes Jahr kommt Ihr nach Berlin.“ Mit dieser von den Berliner THW-Helfern und Führungskräften ausgesprochenen Einladung ging ein gemeinsamer Übungstag am Sonnabend, dem 17. Oktober 1981, in gemütlicher Runde in den Räumen der Berufsfeuerwehr Hildesheim zu Ende.

Zufrieden waren auch die Initiatoren des Treffens, die THW-Gruppenführer Wolfgang Belling, Berlin-Steglitz, und Karl-Heinz Mädler, Hildesheim, die anlässlich eines Zugführerlehrgangs beschlossen hatten, ihre persönliche Freundschaft auch auf die von ihnen repräsentierten Einheiten auszudehnen. Mädler war es aufgrund seiner guten Verbindungen als Mitarbeiter im Tiefbauamt der Stadt Hildesheim gelungen, nicht nur ausreichend Quartiere zu besorgen, sondern neben einem attraktiven Rahmenprogramm auch eine gemeinsame Großübung an der Innerste vorzubereiten.

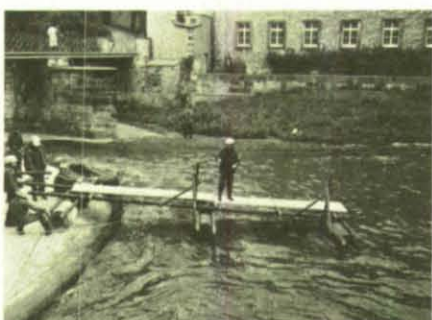
Mit 29 Helfern und sechs Fahrzeugen waren die Steglitzer am Abend zuvor in Peine von THW-Zugführer Gerhard Heckerott empfangen worden. Am Samstag standen um 9.00 Uhr ein Empfang im Rathaus sowie eine Stadtrundfahrt auf dem Programm. Bürgermeister Lore Auerbach hieß die Berliner THW-Helfer im Namen des Rates und der Bürger der Stadt herzlich willkommen.

Um 13.00 Uhr wurde per Funk Marschbefehl erteilt und als Übungsort die „Bischofsmühle“ in Hildesheim, ein Wehr, das den Lauf der durch Hildesheim fließenden Innerste reguliert, angegeben. Hier wurde die Lage bekanntgegeben, die von Überschwemmungen der Innerste und der Bergung vom Wasser eingeschlossener Personen ausging.

Der Bau eines fast 40 Meter langen Hängestegs fiel laut Übungsplan den Berliner Kameraden zu, die, wie THW-Bezirksbeauftragter Ulrich Vogel ausführte, in der Großstadt kaum Gelegenheit haben, so realistisch zu üben. Den Hängesteg, dies betonte Zugführer Bernd Sommermeier, hatte man vor sieben Jahren das letzte Mal gebaut. Da es bei der Übung nicht auf Schnelligkeit ankam, wurde mit dem Bau des Hängesteges speziell für die jüngeren Berliner THW-Helfer ein beträchtliches Stück Ausbildungsarbeit geleistet. Erschwert wurde der Einsatz durch einen schlammigen Untergrund, der den Helfern beinahe die „Stiefel auszog“. Aber es



40 Meter lang sollte der Hängesteg werden, den die Berliner THW-Helfer zu bauen hatten.



Die Hildesheimer THW-Helfer errichteten einen Faßschwimmsteg.

klappte trotzdem gut! Gegen 18.00 Uhr war das letzte Teilstück festgezurrnt, und die Helfer hatten die Möglichkeit, über „ihr“ Bauwerk – wenn auch schwankend – das andere Ufer zu erreichen.

Kurz zuvor waren auch die Hildesheimer THW-Helfer mit ihrem Faßschwimmsteg fertig geworden. Da der Steg für längere Zeit installiert bleibt, hatte man nicht mit Leinen, sondern mit Rödeldraht gearbeitet, der etwas zu dick war und daher mit viel Kraftaufwand und Geschick verarbeitet werden mußte. Sämtliches Material war vorher mehrere Meter tief auf eine Pfeilerplattform abgeseilt worden. Unter den Augen vieler Spaziergänger wurde der Tonnensteg an seinen endgültigen Standort gezogen und verankert. Er dient nun den am Wehr mit Tiefbauarbeiten beschäftigten Arbeitern für längere Zeit als Behelfsübergang – dafür hatte die Stadt Hildesheim das Material zur Verfügung gestellt.

Wie Übungsleiter Gerhard Heckerott, Zugführer des THW-Bergungszuges Hildesheim, in einem Erfahrungsbericht mitteilte, hatte sich das Fehlen von Handfunksprechgeräten (FuG 10b) als nachteilig erwiesen. Kommandos wurden wegen des rauschenden Wassers nicht richtig verstanden; es mußten mehrere Melder eingesetzt werden. Ansonsten aber war sein Fazit nach beendeter Übung: „Die Zusammenarbeit aller Einheiten während der Übung war gut.“

R. B.

„Florian '81“ – Fernmelde- und Stabsrahmenübung

Unter Beteiligung von Helfern aus neun niedersächsischen THW-Ortsverbänden, der THW-Fernmeldezüge Niedersachsen und Berlin, der Ortsfeuerwehr Lehrte, der Feuerwehr-Bereitschaft des Landkreises Hannover, der DRK-Ortsvereine Burgdorf und Peine sowie des ASB Lehrte lief vom 23. bis 25. Oktober 1981 unter der Bezeichnung „Florian '81“ die größte Fernmeldeübung dieses Jahres in Niedersachsen ab. Ausgearbeitet und vorbereitet hatten die Übung die Zugführer Dietrich und Plate vom THW-OV Lehrte; technischer Übungsleiter war der Bereitschaftsführer der Freiwilligen Feuerwehr des Landkreises, Sundmacher.

Phase I und II der Übung umfaßten Sprechfunkbetrieb, Fernsprechbetrieb und Fernsprechbau, die Phase III beinhaltete eine Stabsrahmenübung und die eigentliche Fernmeldeübung. In der Phase I, die als Lehr- und Einstiegsphase deklariert war, waren absichtlich eingebaute Anlaufschwierigkeiten zu überwinden, die durch widriges Wetter in der Phase II beim Bau von Fernsprechleitungen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verstärkt wurden. Zur Schulung sollte jeder Helfer in der Phase I innerhalb von drei Stunden 30 Nachrichten aufgeben und aufnehmen, in der Phase II dann mit dreimaliger Unterbrechung noch jeweils 25 Nachrichten. Das Ziel war, eine klare Abwicklung des Funksprechverkehrs auch unter extremen Belastungen zu erreichen. Hierbei wurden den Helfern von THW-Zugführer Dietrich gute Leistungen bescheinigt.

Am Samstag wurde in der Phase III dann die Stabsrahmenübung gestartet. Die Lage ging von einem größeren Unfall auf dem Bundesbahngelände in Lehrte aus, ein Ereignis, das eine Woche zuvor bei einem Großunglück in Wunstorf bittere Realität geworden war. Während in Lehrte von einem sinnvollen Einsatz örtlicher und überörtlicher Katastrophenschutz-Einheiten – also auch der Einbeziehung des THW – ausgegangen wurde, war der THW-OV Wunstorf, vor dessen Haustür sich das Unglück ereignet hatte, trotz mehrfachen Hilfeangebots nicht in das Einsatzgeschehen mit einbezogen worden.

Leiter der Technischen Einsatzleitung (TEL) bei der Stabsrahmenübung war Zugführer Franz Ligowski vom THW-OV

Ronnenberg. Weiter übten mit einer Führungsgruppe „Brandschutz“, einer Führungsgruppe „Bergung“, einer Führungsgruppe „Sanitätsdienst“ und als Zugtrupp die eingangs erwähnten Einheiten der verschiedenen Organisationen. Einige übungsbedingte Abweichungen von der Realität sowie ein zeitversetzter Ablauf bereiteten den beteiligten Zugtrupp zuerst Schwierigkeiten, aber im Laufe der Übung gewannen die Helfer eine gewisse Routine – vor allem der Funksprechverkehr entwickelte sich gut.

Als Repräsentant der Stadt Lehrte informierte sich Stadtdirektor Dr. Saipa ausführlich über den Verlauf der Übung und regte eine weitere Veranstaltung an, bei der im Rathaus das Zusammenspiel der örtlichen Ämter sowie der Einheiten des Katastrophenschutzes erprobt werden soll.

Die 24-Stunden-Übung in Lehrte ging offiziell am Samstag gegen 18.00 Uhr zu Ende – der Abbau der Einrichtungen der Fernmeldezüge erfolgte am Sonntag. Am Samstagabend gab es in gemütlicher Runde eine erste Möglichkeit zur Manöverkritik. Fazit: Der Einsatz von 251 Helfern mit 67 Fahrzeugen, die Verlegung von 30 km Feld- und Fernfeldkabel durch sechs Fernsprechttrupps, die Einrichtung von fünf Fernsprechvermittlungen, sieben Fernmeldezentralen und sieben Funkverkehrskreisen mit 47 Sprechfunkstellen hat sich gelohnt. Über 2000 Meldungen per Funk und über 600 Meldungen per Draht haben dazu beigetragen, die im Fernmeldeverkehr unbedingt notwendige Routine zu erreichen. Die Zusammenarbeit der Katastrophenschutz-Organisationen konnte erheblich verbessert werden. R. B.

THW-OV Aurich ging in die Luft

Am 25. September 1981 begann für einige Helfer des THW-OV Aurich ein erlebnisreiches Wochenende: Es galt, eine Verladeübung zu absolvieren, die in Zusammenarbeit mit dem Lufttransportgeschwader (LTG 62) der Luftwaffe bereits seit längerem geplant war. Ziel dieser Übung war die Vorbereitung auf einen eventuellen Katastropheneinsatz im In- und Ausland. Außerdem sollte die Zusammenarbeit zwischen dem THW und dem Lufttransportgeschwader geübt, wie auch die Verladefähigkeit der Einsatzfahrzeuge überprüft werden.

In die Wege geleitet wurde diese Aktion in Zusammenarbeit mit Oberstleutnant Hürter vom Verteidigungskreiskommando 243 Aurich. Nach anfänglichen organisatorischen Schwierigkeiten wurde der Ortsverband dann kurzfristig zu einem „Tag der offenen Tür“ im Fliegerhorst Wunstorf durch den Kommandeur des LTG 62, Oberst Holinka, eingeladen, wobei An- und Abtransport von Mannschaft und Fahrzeugen vom Lufttransportgeschwader übernommen wurden.

So fuhren am Freitag um 15.30 Uhr unter Leitung von THW-Zugführer Hummerich neun Helfer der verschiedenen Facheinheiten mit einem GWK, einem VW-Kombi und dem Führungsfahrzeug der TEL zum Flugplatz Upjever. Als Transporter nach Wunstorf standen hier zwei Transall C 160 zur Verfügung. Die Verladung von Fahrzeugen und Mannschaft lief unter der Regie der Lademeister dieser Großraumtransporter. Hier hatten auch das erste Mal die Fahrer ihr ganzes Können unter Beweis zu stellen.

Teilweise waren auf beiden Seiten nur drei bis vier Zentimeter Platz zwischen Fahrzeug und Laderaum!

Der Flug nach Wunstorf war dann für alle ein Erlebnis. Die Wetterlage erlaubte einen Tiefflug, so daß es viel zu sehen gab. Um 17.45 Uhr setzten die Maschinen im Fliegerhorst auf, die Entladung war bis 18.15 Uhr durchgeführt.

Die eigentliche Verladeübung wurde dann am nächsten Tag mehrfach im Rahmen des „Tages der offenen Tür“ der Öffentlichkeit demonstriert. Dabei zeigte sich, daß es möglich ist, alle drei THW-Fahrzeuge mit der Besatzung in eine Maschine zu verladen. Der Laderaum wurde bis auf das Äußerste ausgenutzt.

Gezeigt wurde auch, daß eine solche Verladung recht zügig abgewickelt werden kann. Das Beladen der Flugzeuge ist bei einer gewissen Übung und Erfahrung nur noch eine Sache von Minuten. Geht man davon aus, daß in einem Katastrophenfall die Vorbereitung der Flugzeuge in der Zeit stattfinden kann, in der sich die THW-Einheit auf dem Marsch zum Flugplatz befindet, spielt die Verladezeit keine entscheidende Rolle, wenn es um einen schnellstmöglichen Einsatz in einem Schadensgebiet geht.

Demonstriert wurde im gleichen Rahmen auch die Verladung von palettierten Hilfsgütern durch die Mannschaften des Luftumschlagzuges der Luftwaffe. Durch die Verwendung von Systempaletten kann auch diese Verladung sehr schnell durchgeführt werden.

Alle Beteiligten waren sich einig, daß diese Übung sehr viel dazu beigetragen hat, auf diesem speziellen Gebiet wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Es hat sich gezeigt, wie sinnvoll eine Zusammenarbeit sein kann und daß man diese Zusammenarbeit im Hinblick auf etwaige Katastropheneinsätze in jeder Weise fördern sollte. F. M.



Zusammen mit dem Lufttransportgeschwader 62 übte der THW-OV Aurich das Verladen von Einsatzfahrzeugen des THW.

Nachruf

Völlig unerwartet verstarb am 26. Oktober 1981 im 55. Lebensjahr unser Kamerad

Horst Zinkmann

Er hat 18 Jahre lang selbstlos seine Kraft in den Dienst einer guten Sache gestellt und wurde dafür mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz ausgezeichnet. Den Helfern war er stets ein Vorbild.

Wir werden ihn nicht vergessen.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Sarstedt



Ausbildungsgruppen bauten Fähre

In diesem Jahr führte der THW-OV Paderborn mit zwei Ausbildungsgruppen eine verlagerte Standortausbildung an einem See auf dem Truppenübungsplatz Sennelager durch. Die Helfer bauten aus vorbereitetem Gerät eine Fähre, mit der Einsatzfahrzeuge übergesetzt werden sollten. Als Schwimmkörper dienten vier Schlauchboote sowie zwei Halbpontons. Das Gerät und die Außenbordmotoren für den Antrieb der Fähre stellte der THW-OV Höxter.

Vor Beginn der Arbeit mußte der Vermessungstrupp die Breite des Sees ermitteln und ein Uferprofil von der Anlegestelle erstellen. Unter sachkundiger Anleitung der Ausbilder wurde dann die Fähre zusammengebaut und danach nacheinander der MKW, ein Fukow und ein Lkw übergesetzt. Für die Kraftfahrer war dies eine nicht alltägliche Übung. Während des gesamten Tages waren zwei Rettungsschwimmer mit Boot der DLRG Paderborn anwesend. F. J. H.

Nacheinander wurden ein MKW, ein Fukow und ein Lkw übergesetzt.



THW-Ehrenzeichen für Helmut Mette

Nach 14jähriger Mitarbeit im THW trat THW-Geschäftsführer Helmut Mette (Bonn) in den Ruhestand. Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz, des Regierungspräsidenten in Köln, der Stadt Bonn, des THW-Landesverbandes und viele Kollegen aus ganz Nordrhein-Westfalen nahmen an seiner Verabschiedung teil.



THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Siegfried Drogies würdigte die Verdienste des Scheidenden. THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens zeichnete Mette anschließend mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus. E. G.

Die Jubiläumsansprache hielt Verwaltungsdirektor Ewe, Gründungsmitglied und erster ehrenamtlicher Geschäftsführer des Ortsverbandes. THW-Landesbeauftragter Drogies würdigte die Aufbauarbeit des Ortsverbandes und appellierte an die Vertreter der Kommunen und Parteien, das große Potential gut ausgebildeter Helfer stärker in Anspruch zu nehmen. Anschließend zeichnete Drogies THW-Helfer Schwaiger mit dem Helferzeichen in Gold, THW-Helfer Ewe mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz sowie Zugführer Kraus und Ortsbeauftragten Ziese mit der Ehrenplakette aus. Die Helfer Ewe und Schulz wurden außerdem mit einer Urkunde des THW für ihre 25jährige Mitarbeit geehrt. P. Sch.

25 Jahre THW-OV Warburg

Ein großer Tag für die Helferschaft des THW-OV Warburg! In die am äußersten Ostzipfel des Landes NRW liegende Stadt waren neben THW-Landesbeauftragtem Dipl.-Ing. Siegfried Drogies auch Bundes- und Landtagsabgeordnete, Vertreter des Regierungspräsidenten, des Kreises Höxter und der Stadt Warburg gekommen, um ihre Glückwünsche zum 25jährigen Bestehen des Ortsverbandes Warburg zu überbringen. Gekommen waren auch Vertreter der zum Geschäftsführerbereich gehörenden Ortsverbände und die THW-Kameraden aus den anliegenden hessischen Gebieten sowie Angehörige aller im Kreisgebiet tätigen Katastrophenschutz-Organisationen und Repräsentanten von Polizei und Bundeswehr.

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Siegfried Drogies würdigte die Verdienste des Scheidenden. THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens zeichnete Mette anschließend mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus. E. G.

Hessen



Neue Fahrzeuge für THW-OV Biedenkopf

Neue Fahrzeuge, ein Feldkochherd und die Auszeichnung des 80jährigen THW-Helfers Karl Jäger waren der Anlaß, daß THW-Ortsbeauftragter Bernd Jürgen Weide Gäste in den Feuerwehrstützpunkt Biedenkopf einlud. Weide begrüßte besonders den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, den

Referenten der Abteilung THW 4 im Bundesamt für Zivilschutz, Regierungsdirektor Gerd Henkel, den Kreisbeigeordneten Rossbach als Vertreter des Landrates sowie Bürgermeister Martin Müller.

Der Ortsbeauftragte umriß kurz die 17jährige Geschichte des THW-OV Biedenkopf.

Fünf Helfer, einige Räumgeräte, ein VW-Bus sowie eine behelfsmäßige Unterkunft waren der Anfang. Mit viel Fleiß

und einem festumrissenen Ziel wurde der Aufbau der Organisation betrieben. Gerade in den Anfangsjahren mußte sich der Ortsverband immer wieder bewähren und einen Platz in den Reihen der Hilfsorganisationen „erkämpfen“.

Als herausragendes Ereignis in der Ortsverbandsgeschichte ist die „THW-Brücke“ zu erwähnen, die in mühevoller Handarbeit an mehreren Wochenenden erbaut wurde. Diese hochwasserfeste Brücke wurde überall als gute Leistung



THW-Helfer Karl Jäger (Bildmitte) wird mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.



Staatssekretär von Schoeler (links) besichtigt die neuen Fahrzeuge.

anerkannt und war sozusagen der Anfang für das gute Verhältnis zur Stadt und deren Dienststellen. In den zurückliegenden Jahren verbesserte sich die Situation im Ortsverband erheblich.

Die junge Helferschaft in ihrer jetzigen Unterkunft, in der ungezählte Stunden an Eigenleistung stecken, hat mit den vom Bund gestellten Fahrzeugen und Geräten bewiesen, daß das THW aus dem Hilfeleistungssystem der Stadt und des Kreises nicht mehr wegzudenken ist. Qualität vor Quantität ist die Devise der Führungskräfte, denn nur so ist es möglich, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Karl Jäger hat in den zurückliegenden Jahren maßgeblich am Aufbau mitgewirkt. Als Ausbilder und stv. Ortsbeauftragter erbrachte er seit 1967 viele „Überstunden“, wie Regierungsdirektor Henkel in der Laudatio zur Verleihung des silbernen THW-Ehrenzeichens an Jäger zum Ausdruck brachte.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen würdigte die Leistungsbilanz des Ortsverbandes und ging kurz auf den „Beschaffungsvorgang Feldkochherd“ ein. Dank glücklicher Umstände und einer großzügigen Spende von Landrat Dr. Sorge erhielt der Ortsverband einen Feldkochherd M 37.

Beim abschließenden Rundgang durch die Fahrzeug- und Geräteschau konnte der Ortsverband seine neue Ausstattung vorzeigen und auf die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten hinweisen.

Führungsausbildung nach dem „Frankfurter Modell“

42 Führungskräfte des THW-OV Frankfurt erhielten zum Abschluß einer 60 Stunden umfassenden Sonderausbildung ihre Lehrgangsbescheinigungen überreicht. In Anwesenheit des Landtagsabgeordneten Ludwig Seibold, des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, des Stadtverordneten Oskar Pfreundschuh, des Dezernenten für Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Frankfurt, Stadtrat Prof. Dr. Peter Rhein, überreichten Dipl.-Ing. Hellmuth Daniel, Ortsbeauftragter des THW-OV Frankfurt, und sein Stellvertreter Jürgen Maier die Zertifikate.

Ausschlaggebend für diese Führer- und Unterführerausbildung auf Ortsebene war, daß die Katastrophenschutzschulen einer größeren Anzahl von Führungskräften eines Ortsverbandes nicht kurzfristig das nötige Rüstzeug vermitteln können und daß es einem großen Teil der Helfer aus beruflichen Gründen nicht möglich ist, mehrmals über einen längeren Zeitraum Fachlehrgänge zu besuchen. Um dieses seit langem bekannte Problem lösen zu können, wurde auf Initiative der Ortsverbandsführung in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsleiter des Landesverbandes, Dieter Höhn, ein vierstufiges Ausbildungsprogramm entworfen und vom Oktober vergangenen Jahres bis Mai 1981 ein Sonderlehrgang mit Modellcharakter durchgeführt.

Der Lehrplan umfaßte:

- Führung und Ausbildung im Katastrophenschutz,
- Einsatzgrundlagen des Bergungsdienstes,
- Einsatz des Bergungszuges,
- praktische Durchführung von Bergungsarbeiten.

Die Veranstaltungen fanden an Wochenenden statt. Ausbildungsorte waren das Warnamt VI in Usingen, die Katastrophenschutzschule des Landes und des Bundes sowie die Unterkunft des Ortsverbandes. Daß diese Ausbildung gut und die dafür aufgewendeten Stunden sinnvoll waren, zeigten die Erfolge anläßlich der Unwettereinsätze in den vergangenen Monaten. In enger Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen leisteten THW-Helfer des Rhein-Main-Gebietes Bergungs- und Räumdienste und wirkten mit bei der Hochwasserbekämpfung.

Die Ehrengäste würdigten diese Leistungen besonders. Präsident Dr. Kolb hob hervor, daß er die Entwicklung des Großstadt-Ortsverbandes Frankfurt mit besonderer Freude verfolge und auch entsprechend unterstütze. Glücklicherweise sei im Laufe der letzten Jahre aus der „Vernunftsehe“ Feuerwehr – THW eine „Neigungsehe“ entstanden. Mit dazu beigetragen habe die modernisierte Ausrüstung, das bessere Umfeld des Helfers sowie die Präsenz und das Engagement der Führungskräfte und Helfer. Das „Frankfurter Modell“ habe gezeigt, daß die übernommenen Aufgaben sehr ernstgenommen werden.

Stadtrat Prof. Dr. Rhein würdigte die hervorragende Ausbildung im THW-OV Frankfurt, vor der er großen Respekt habe. Er sei beeindruckt von der „Präzision“ und dem „didaktischen Können“, die er bei der Vorbereitung dieses Modells selbst habe feststellen können. Diese Ausbildung, so betonte Prof. Dr. Rhein, müsse ein Modell für alle Organisationen im Katastrophenschutz werden. Ebenso unterstrich Landtagsabgeordneter Ludwig Seibold die guten Leistungen des Ortsverbandes.

Zum Abschluß des offiziellen Teils zeichnete THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen verdiente Helfer des Ortsverbandes aus und würdigte die Leistungen der Helferschaft. J. Sch.



Präsident Dr. Kolb (4. v. r.) im Kreis der Lehrgangsteilnehmer.



Erste Geschäftsführerin im THW



Der Geschäftsführerbereich Kaiserslautern ist zumindest in einer Hinsicht einmalig: Seit einigen Monaten hat eine Frau die Leitung. Geschäftsführerin Hildegard Lames, die im THW nur männliche Kollegen hat, betreut seit dem 1. April 1981 die Ortsverbände Kaiserslautern, Hauenstein, Pirmasens und Zweibrücken.

Vor ihrer Einstellung als Geschäftsführerin war Frau Lames fast vier Jahre Bürokräft im Geschäftsführerbereich Trier. Dort hat sie sich sehr engagiert und in Abwesenheit des Geschäftsführers auch viele seiner Aufgaben miterledigt. Auf diese Weise konnte sie wertvolle Erfahrungen sammeln, die ihr bei ihrer derzeitigen Tätigkeit sehr zugute kommen.

Zum THW kam Frau Lames durch Zufall: Als Angestellte beim Arbeitsamt in Trier war sie gut über den Arbeitsmarkt informiert und erfuhr auf diese Weise auch, daß der THW-Geschäftsführerbereich Trier eine Bürokräft suchte. Von einer Tätigkeit im THW, über das Frau Lames damals nicht mehr Informationen hatte als der Durchschnitt der Bevölkerung, versprach sie sich vielseitige und abwechslungsreiche Aufgaben. Ihre Erwartungen wurden voll erfüllt. Von stumpfsinniger Büroarbeit war ihre neue Tätigkeit weit entfernt. Öfter hatte sie die Gelegenheit, zu den Ortsverbänden hinauszufahren und mit THW-Helfern zusammenzutreffen.

Die Vielfalt der Aufgaben hat für sie als Geschäftsführerin natürlich noch zugenommen. Auch der Zeitaufwand ist erheblich größer geworden. Da Frau Lames keine Familie hat, kann sie die nötige Zeit aufbringen, um sich voll ihren Aufgaben zu widmen. In der Bindung an die Familie sieht Hildegard Lames auch die einzige Schwierigkeit für eine Frau in ihrer Position. Ansonsten sei eine Frau „durchaus in der Lage, diese Tätigkeit auszuüben“. Allerdings – ein bißchen „technisches Verständnis“ sollte sie schon haben.

Aus eigener Erfahrung kann Frau Lames die Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden im Geschäftsführerbereich Kaiserslautern als sehr gut bezeichnen.

Zwar sei man am Anfang etwas skeptisch gewesen, als bekannt wurde, daß eine Frau die Geschäftsführerrolle übernehmen würde. Doch mit der Zeit habe sie diese Vorurteile abbauen können.

Gemeinsame Einsatzübung in Kordel

Angenommene Lage: Gegen 14.00 Uhr stürzt über der Ortsmitte von Kordel ein Passagierflugzeug ab und zerschellt vor der Kyllbrücke. Mehrere Flugzeuginsassen werden herausgeschleudert und liegen teils schwerverletzt im Ufergelände der Kyll. Brennende Wrackteile liegen verstreut im Wasser. Gleichzeitig dringt Flugbenzin und Öl, das vom Flugzeugwrack ausläuft, in eine beschädigte Trinkwasserversorgungsleitung ein.

Die Anwohner an der Absturzstelle alarmieren die Freiwillige Feuerwehr Kordel und die Schutzpolizei-Inspektion Ruwer. Über die Rettungsleitstelle Trier werden zwei Rettungsfahrzeuge der Rettungswache Ehrang zum Unfallort beordert. Weiter wird die Kreisbereitschaftsärztin, Dr. Flad, verständigt, die kurze Zeit später an der Unfallstelle eintrifft und die ärztliche Versorgung der „Verletzten“ sicherstellt. Die inzwischen eingetroffene Feuerwehr Kordel beginnt unverzüglich mit der Brandbekämpfung. Wegen des auslaufenden Öls und Benzins wird Schwertschaum eingesetzt.

Der ebenfalls verständigte Verbandplatzzug Zerf trifft mit dem Großraumkranwagen und dem Krankentransportwagen, einem Operations- und einem Pflegezelt am Unfallort ein. Außerdem wird der 2. Sanitätszug Schweich/Ehrang zur Unterstützung angefordert. Schließlich wird der THW-Instandsetzungszug Hermeskeil alarmiert. Er erhält den Auftrag, die auf der rechten Seite der Kyll liegenden „Verletzten“ mit Schlauchbooten zum anderen Ufer zu verlegen.

Die Kyll ist durch auslaufendes Öl und Benzin bereits so stark verunreinigt, daß es dringend erforderlich ist, eine Ölsperre aufzubauen. Die THW-Helfer der Abwasser/Öl-Gruppe übernehmen diese Aufgabe. Da die Bevölkerung links der Kyll seit Stunden ohne Trinkwasser ist, wird zur Sicherung der Versorgung eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage eingesetzt. Die Bergungsgruppe des THW-OV Hermeskeil baut über die Kyll eine Seilbahn und übernimmt den Transport der „Verletzten“ zum Verbandplatz.

Zahlreiche Zuschauer beobachteten die gemeinsame Übung des THW, der Feuerwehr und des DRK. Sie konnten sich von der guten Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen überzeugen. F. F.

THW-OV Bingen baute Schwimmsteg

Den Stausee in Niedernhausen bei Bad Kreuznach hatte sich der THW-OV Bingen ausgesucht, um den Bau eines Fußschwimmsteges zu üben. In einem Abstand von drei Metern wurden die Fässer durch Rundhölzer verbunden. Etwa acht Stunden benötigten die 38 Helfer des Bergungszugs, um den an dieser Stelle etwa 80 Meter breiten Stausee zu überbrücken.

THW-OV Worms beschreitet neuen Weg in der Grundausbildung

Um den Lehrstoff der Grundausbildung den THW-Helfern in interessanter und einprägsamer Form näherzubringen und das Erlernte unter Einsatzbedingungen anzuwenden, beschritt der THW-OV Worms einen neuen Weg. Dabei sollte auch die Aktivität und Unternehmungslust der meist noch jungen Helfer genutzt und mit den Erfordernissen der Ausbildung in Einklang gebracht werden. Hierzu bot sich ein Ausbildungslager in fremder Umgebung mit festumrissenem Programm als gute Möglichkeit an. Ein geeignetes Gelände mit ausgedehnten Wiesen, Wald und einem Weiher fand man bald in der Nähe von Kirchheimbollen, 40 Kilometer von Worms entfernt.

Ausbildungsleiter Klaus Voegtle erteilte zu Beginn der Übung folgenden Auftrag an die Helfer: Anfahrt zum angenommenen Einsatzort, Errichtung eines Lagerplatzes sowie eines Uferstegs am Weiher. Nach Erfüllung dieser Aufgaben Fußmarsch nach Koordinaten zu einem unbekanntem Ziel.

Der Anmarsch zum Übungsort verlief planmäßig. Während der Trupp I der Ausbildungsgruppe mit dem Lageraufbau begann, beschaffte der Trupp II im nahegelegenen Wald das Bauholz, Handbeil, Holzaxt und Motorsäge wurden eingesetzt. Das geschlagene Holz wurde mit dem Kipper zum Bauplatz transportiert. Der Stegebau, bei dem die Helfer ihre Fertigkeiten im Anspitzen

von Pfählen, Verzapfung, Handhabung der Motorsäge sowie im Beherrschen von Stichen und Bündeln vertiefen konnten, ging zügig voran, so daß die Arbeiten einschließlich der Beschaffung von Bauholz nach vier Stunden beendet waren.

Gegen 18.00 Uhr begann der zweite Teil der Übung: das Anlaufen eines unbekanntes Punktes nach Koordinaten. Hierzu wurde die Gruppe in drei Trupps aufgeteilt und mit Landkarten und schriftlichen Instruktionen versehen. Die Trupps mußten vier Stationen durchlaufen, an denen ihr Wissen aus der Grundausbildung theoretisch und praktisch überprüft wurde.

Die Helfer meisterten auch diesen Übungsteil mit Geschick, so daß Zugführer Laforsch abends am Lagerfeuer seine Zufriedenheit über den Ausbildungsstand zum Ausdruck brachte. Am Sonntagmorgen kehrte die Gruppe etwas müde, aber in guter Stimmung nach Worms zurück. K. V.

Stegebau geübt

Die Kreuzbachklamm unterhalb des Forsthauses Heiligkreuz im Binger Stadtwald hatte sich der Bergungszug des THW-OV Bingen ausgesucht, um

mit einer Übung die Ausbildung im Stegebau abzurunden. Es wurden ein Hänegesteg und ein sogenannter Beselersteg errichtet. Diese Stege dienen zum Übergang über Flüsse, Gräben und Schluchten, wenn der Einbau von Stegen mit festen oder schwimmenden Stützen zu beschwerlich, gefährlich oder unmöglich ist.

In Absprache mit Forstdirektor Müller vom Forstamt Bingen setzte die Gerätegruppe des Bergungszuges noch die teilweise beschädigten sechs Fußstege in der Klamm instand, die vor längerer Zeit von einer Pioniereinheit der Bundeswehr errichtet worden waren.

Saarland



„Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Illingen

Unter reger Anteilnahme der Bevölkerung veranstaltete der THW-OV Illingen seinen diesjährigen „Tag der offenen Tür“, Fahrzeuge und Geräte wurden den interessierten Besuchern an einem sonnigen Sonntagmorgen fachkundig erläutert. Auch Repräsentanten des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes und der Freiwilligen Feuerwehr waren erschienen.

In Vertretung des THW-Landesbeauftragten zeichnete Hauptsachgebietsleiter Jochum die Helfer Mebs und Schuh für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft mit dem THW-Helferzeichen in Gold aus. W. G.

Erfolgreiche Übung des Bergungszuges Blieskastel

Eine „Übung für den Ernstfall“ absolvierte der Bergungszug des THW-OV Blieskastel. Folgende Lage wurde angenommen: Ein Hubschrauber mit mehreren Passagieren an Bord ist zwischen den Ortschaften Mimbach und Breitfurt abgestürzt und hat ein Gebäude beschädigt.

Gegen 19.20 Uhr, während einer Ausbildungsveranstaltung des Ortsverbandes, löste stv. Landrat Albert Martini den Alarm aus. Nach einer halben Stunde traf der THW-Bergungszug an der Absturzstelle ein. Für die Helfer der 2. Bergungsgruppe galt es zuerst, „Verletzte“ zu bergen und sie zu einem Sammelplatz zu transportieren. Die 3. Bergungsgruppe drang unter Atemschutz in das stark verqualmte Gebäude ein und suchte nach weiteren „Verletzten“. Die Flutlichtstrahler des GKW und

MKW wurden montiert, um die Schadensstelle auszuleuchten.

Der Suchtrupp fand zwei „Verletzte“ in dem Gebäude. Eine Bergung war aber nur nach vorheriger Abstützung des Hauses möglich. Als erstes wurden die Fenstersimse und der Türeingang abgesichert. Anschließend wurde die gesamte Hauswand mit einer „Bohlentreiblade“ abgestützt. Anschließend konnten die „Verletzten“ aus dem ersten Stockwerk geborgen werden. U. T.

Dauerregen war „Schirmherr“

Tradition hat nicht nur ihre guten Seiten, besonders wenn sie sich auf das Wetter bezieht. Die Erfahrung wurde den Veranstalter des 6. Elversberger Weihnachtsmarkts beschert, der unter den gleichen Voraussetzungen begann wie im letzten Jahr – mit Dauerregen. Der Regen konnte den Erfolg des Weihnachtsmarkts aus der Sicht der Besucher und der THW-Helfer aber zu keiner Zeit gefährden.

Der THW-OV Spiesen-Elversberg unter der Leitung von Ortsbeauftragtem Hans Müller und seines Vertreters Werner Kaufmann sorgte nicht nur für den technischen Aufbau der Stromanschlüsse aller Stände – mit Unterstützung des THW-OV Illingen –, sondern auch für das leibliche Wohl der Besucher.

Außerdem wurde eine Tombola veranstaltet; Bastelartikel, Fadenbilder, Reliefbilder, Spielautos, Kerzenständer und sonstige selbstgebastelte Spielsachen – die sehr gefragt waren – wurden von den Frauen der THW-Helfer verkauft. Auch ein Glücksrad mit schönen Gewinnen und ein unterhaltsames Groschenpiel für jung und alt war von den THW-Helfern aufgestellt worden.

Der gesamte Weihnachtsmarkt wurde von Mitgliedern der einzelnen Vereine und Organisationen gestaltet. Der Erlös wird ausschließlich für caritative Zwecke verwandt. H. M.

Teamarbeit der THW-Helfer überprüft

Im Rahmen einer Nachtübung des THW-OV Spiesen-Elversberg galt es, bei einem angenommenen Unglück am Galgenbergturm Hilfe zu leisten. Als Lage wurde vorgegeben: Einige Personen sind beim unvorsichtigen Besteigen des baufälligen Galgenbergturms verletzt worden und müssen mit Hilfe einer Seilbahn geborgen werden.

Schon bald nach der Alarmierung über Funkalarmempfänger rückte die 1. Bergungsgruppe unter der Leitung von Gruppenführer Helmut Ganz aus und erkundete die Schadenslage. Nachdem das erforderliche Gerät verlastet worden war, folgte die 2. Bergungsgruppe unter Leitung von Gruppenführer Gerd Urschel und die Gerätegruppe unter Leitung von Truppführer Manfred Schommer nach.

Da zusätzlich ABC-Alarm ausgelöst worden war, mußten die Helfer den Weg zum Turm unter leichtem Atemschutz zurücklegen und auch die erforderlichen Geräte zur Ausleuchtung der Schadensstelle mit angelegter Maske aufbauen. Während die Beleuchtung die Nacht zum Tag machte, gingen die einzelnen Gruppen an die Arbeit. Die erste Gruppe hatte mit Hilfe eines Dreibocks Lasten anzuheben, während die zweite Gruppe die Seilbahn erstellen mußte. Die Gerätegruppe stützte Teile der baufälligen Außenmauer ab. Höhepunkt der Übung war das Ablassen eines „Verletzten“ mit dem Leiterhebel; diese Maß-

nahme wurde schnell und sicher durchgeführt.

Sinn der Nachtübung war es, die Zuverlässigkeit der Ausrüstung sowie die Teamarbeit der Helfer zu prüfen. Zugführer Werner Kaufmann war mit der Leistung seiner Helfer zufrieden. Ein besonderes Wort des Dankes richtete Ortsbeauftragter Hans Müller an den Malteser-Hilfsdienst, der den Sanitätsdienst übernommen hatte. H. M.

THW-OV St. Ingbert bezog neue Unterkunft

Der THW-OV St. Ingbert hatte seinen großen Tag: In Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurde dem Ortsverband seine neue Unterkunft an der Reinhold-Becker-Straße übergeben.

Nach langen Jahren unzulänglicher Unterbringung, so THW-Landesbeauftragter Günter Faß, sind dem Ortsverband St. Ingbert nun optimale Voraussetzungen gegeben. Mit einem erheblichen finanziellen Aufwand ist der älteste Ortsverband des Saarlandes vorbildlich ausgestattet worden, wofür Faß allen Beteiligten seinen Dank aussprach.

Ortsbeauftragter Hans-Georg Wunn hielt einen kurzen Rückblick auf die seit 1958 geleistete Arbeit. Sprengungen, der Bau von Brücken, Türmen, Trimm-Pfaden und Spielplätzen sowie Hochwassereinsätze waren einige der zahlreichen Akti-

vitäten der THW-Helfer. Heute ist der Ortsverband ausgerüstet für Einsätze im Elektro-, Gas-, Wasser- und Abwasser-Öl-Bereich. Im Jahre 1973 begann die Jugendarbeit mit einer Gruppe von 40 THW-Helfern. Zehn dieser Jugendlichen haben heute Führungsaufgaben übernommen.

Oberbürgermeister Dr. Hellenthal gratulierte dem Ortsverband zur Übernahme der neuen Räume, zu deren Erstellung auch die Stadt einen erheblichen Anteil geleistet hat. Er hoffe, daß das THW seine Aufgabe in der Zukunft mit gleichem Elan angehe wie in der Vergangenheit.

Landrat Schwarz hob in seinem Grußwort hervor, daß der THW-OV St. Ingbert auch in Zukunft mit der Unterstützung durch den Saar-Pfalz-Kreis rechnen kann.

Bei einem Rundgang durch die neue Unterkunft konnten sich die Gäste von der guten Ausrüstung des Ortsverbandes überzeugen. R. B.

Grabensprengung im Allerswald

Zur Schulung der Sprengberechtigten und Sprenghelfer des THW-OV Nonnweiler war die Gerätegruppe des Bergungszuges nach Primstal in den Distrikt „Allerswald“ ausgerückt.

Hier sollte in möglichst kurzer Zeit und mit wenig Aufwand im unwegsamen, für Baumaschinen nur schwer zugängli-

chen Gelände ein 80 cm tiefer und zehn Meter langer Graben für Versorgungsleitungen freigelegt werden.

THW-Gruppenführer und Sprengberechtigter Gerd Feis hatte sich für eine Grabensprengung entschieden und den Gerätekraftwagen mit seinem umfangreichen Bergungs- und Sprenggerät mitgeführt.

Nach Festlegung der Mittelachse des Grabens wurde mit dem Schlageisen das erste Loch, die Grabentiefe, geschlagen. Weitere Löcher wurden im 45-Grad-Winkel zur Mittelachse eingetrieben und mit Sprengstoff mit Momentzündern besetzt, wobei der Zündboden immer zum Bohrlochmund zeigen mußte, um die Erdmassen auszuschleudern. Nach erfolgter Warnung wurde elektrisch gezündet, der Graben sauber ausgeworfen.

Auf dem Vorplatz der Schutzhütte des Wandervereins Primstal ersparte man durch eine Stubbensprengung das mühevoll Wurzel ausgraben. Auch hier trieben die Helfer mit Schlageisen die Löcher in einem 30- bis 45-Grad-Winkel unter die Wurzeln. Auf die Sprengschnur wurde Sprengstoff aufgefädelt, mit Elektrozündern verbunden, besetzt und zum gleichmäßigen Krafteinsatz verdämmt. Um die Splitterwirkung einzuschränken, wurde das Sprengobjekt mit Stroh abgedeckt. Die Zündung konnte erfolgen: Das Hindernis war schnell und ohne viel Mühe beseitigt. E. M.

Baden-Württemberg



Großübung in Essingen

Der THW-OV Aalen führte jetzt eine Übung durch, für die der THW-Landesverband folgende Aufgaben gestellt hatte:

- Aufbereitung von Oberflächenwasser,
- Wasserverteilung mit Hilfe von Kraftfahrzeugen,
- Versorgung der Einsatzeinheiten,
- Führen von Einsatzeinheiten.

Die Koordinationsgruppe aus Stuttgart, je eine Trinkwasser-Aufbereitungsgruppe aus Blaubeuren und Tübingen und der Materialerhaltungstrupp aus Ellwangen beteiligten sich an der Übung.

Um 6.00 Uhr wurden die Helfer des Bergungs- und Instandsetzungszuges des THW-OV Aalen alarmiert. Ab 6.30 Uhr errichtete der Bergungszug ein 1,50 Meter hohes Stauwehr in der Rems bei

Essingen. Bis 9.30 Uhr hatten die TWA-Gruppe aus Tübingen sowie die TWA-Gruppe aus Blaubeuren ihre Anlagen auf dem Übungsgelände an der Rems in Essingen betriebsbereit aufgebaut. Der Instandsetzungszug installierte in der Zwischenzeit eine Tauchpumpe am Wehr in der Rems und verband diese über Schlauchleitungen mit den beiden TWA-Anlagen. Mit Schlauchleitungen und geeigneten Kupplungen half die Freiwillige Feuerwehr aus. Die Koordinationsgruppe hatte ihren Funkwagen ab 7.30 Uhr auf einer Anhöhe oberhalb des Übungsgeländes postiert. In ihrer Funktion als technische Einsatzleitung unterstützte sie Einsatzleiter Karl Mühlberger und stellte die Funkverbindung zwischen den einzelnen Einheiten her. Der Materialerhaltungstrupp aus Ellwangen hatte sich zur gleichen Zeit neben der Koordinationsgruppe aufgebaut. Lkw des Bergungszuges standen bereit, um das auf-

bereitete Trinkwasser in Kanistern und Spezialbehältern abzutransportieren.

Die Wasserqualität überraschte auch die zahlreichen Gäste, die den Verlauf der Übung beobachteten – unter ihnen Landtagsvizepräsident Dr. Geisler und Staatssekretär Dr. Volz. S. M.

Unwetter brachte Hochwasser

Stundenlange, sintflutartige Regenfälle hielten die Feuerwehren und den THW-OV Waghäusel auf Trab: Fast in jeder Gemeinde des Landkreises gingen Anrufe wegen überfluteter Keller und Wohnungen ein. Auf den Straßen kam es wegen des Hochwassers und weggespülter Erdwalle teilweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. In Kronau hatte das Unwetter verheerende Folgen, der ganze Ort stand unter Wasser.

120 Helfer der Feuerwehr und des THW waren in Kronau eingesetzt. Kanalarbeiten hatten dort zu Wasserstaus und erheblichen Überflutungen geführt. Im Stadtbereich von Bruchsal, auf der Landstraße 559 bei Blankenloch und auf der Bundesstraße 3 bei Weingarten verschlammten Erdwallabspülungen die Fahrbahnen und legten für längere Zeit den Verkehr lahm.

Auch in Stutensee hatten die Regengüsse fatale Folgen. Allein in dieser Gemeinde gingen 50 Anrufe wegen überschwemmter Keller und Wohnungen bei der Feuerwehr ein.

Mit allen verfügbaren Pumpen waren die Helfer von Feuerwehr und THW im Einsatz und verhinderten größere Schäden. Sch.

Junghelfer-Ausbildung in einer Höhle

In der Löhrewaldhöhle bei Bösingern hat die Jugendgruppe des THW-OV Rottweil ein nahezu ideales Übungs- und Ausbildungsobjekt gefunden. Bei einer ersten Erkundung mußten sich die Junghelfer zuerst im Umgang mit Stromerzeuger und Beleuchtungssatz vertraut machen. Mit Handleuchten suchten sie dann den Eingang zur Höhle, der etwas versteckt in einer Doline im Wald liegt. Die Steckleiter ermöglichte den Einstieg. Mit zwei Halogenstrahlern wurde die Höhle ausgeleuchtet.

Mit Begeisterung erkundeten die Junghelfer auch den letzten Winkel der überraschend geräumigen Höhle.

Unter Anleitung eines Höhlenforschers wird sich in der nächsten Zeit ein Teil



Mit Begeisterung erkundeten die Junghelfer die Höhle.

der Ausbildung um und in dieser Höhle abspielen.

Als erstes baute die Gruppe eine Seilbahn, die aus der Grotte in Richtung Ausgang führte. Danach versetzten die Helfer mit Brechstangen einen Steinbrocken von ca. drei Zentner Gewicht.

R. W.

130 THW-Helfer legten Prüfung ab

Es war die letzte große Übung in diesem Jahr, zu der sich die THW-Ortsverbände des Rhein- und Neckarraumes in

Wiesloch versammelt hatten. Aus Sinsheim, Eberbach, Neckargemünd, Ladenburg und Wiesloch waren 130 THW-Helfer und Helferinnen zusammengekommen, um ihre Grundausbildung mit einer Prüfung abzuschließen.

Fünf Aufgaben mußten von den einzelnen Gruppen gemeistert werden: Heben von Lasten, Holzbearbeitung, Stiche und Bunde, Beleuchtung und der Umgang mit den Kraftfahrzeugen.

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Rolf Schneider und Gäste der Freiwilligen Feuerwehr waren Beobachter der Übung. R. F.

Eine der Prüfungsarbeiten war das Binden eines Dreibecks.



Tuttlinger THW-Junghelfer in Bonn

Bei den diesjährigen Junghelferwettkämpfen innerhalb des THW-Landesverbandes Baden-Württemberg konnte die Junghelfergruppe des THW-OV Tuttlingen den ersten Platz erringen. Als Anerkennung für diese Leistung hatte Staatssekretär Dr. Fröhlich die Gruppe zu einem Besuch in das Bundesministerium des Innern nach Bonn eingeladen.

In Begleitung von Ortsbeauftragten Zeeb und Jugendgruppenleiter Klaus Hamma reisten die Junghelfer zunächst zum Landesverband nach Stuttgart, wo sie von THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Rolf Schneider herzlich empfangen wurden.

Von dort aus fuhr die Gruppe zusammen mit dem Landesbeauftragten nach Bad Neuenahr-Ahrweiler, wo sie am nächsten Tag die Katastrophenschutzschule des Bundes besichtigte. Am Nachmittag brach man auf zu einem Besuch im Bundesamt für Zivildienst. Dort wurden die Junghelfer von THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens empfangen.

Anschließend ging die Fahrt weiter zum Bundesministerium des Innern. Der Glücksfall wollte es, daß gerade an die-



Bundesinnenminister Baum (Bildmitte) empfing die Tuttlinger Junghelfergruppe in Bonn.



Staatssekretär Fröhlich (3. v. l.) im Kreis der Tuttlinger Junghelfer.

sem Tage Bundesinnenminister Gerhart R. Baum seinen Geburtstag feierte; die THW-Junghelfergruppe reihte sich in die Schar der Gratulanten ein. Ortsbeauftragter Zeeb gratulierte Minister Baum zu seinem Ehrentag und überreichte ihm

ein Erinnerungsgeschenk sowie im Auftrag des Oberbürgermeisters der Stadt Tuttlingen einen Zinnteller.

Dann wurden die Junghelfer von Staatssekretär Dr. Fröhlich empfangen, der die hervorragenden Leistungen der Tuttlinger beim THW-Landesjugendwettkampf 1981 würdigte. In aufgelockerter Atmosphäre unterhielt sich Dr. Fröhlich mit den Helfern und Führungskräften. Dabei wurden auch Sorgen und Probleme des THW, vor allem die finanzielle Lage und Fragen der Ausstattung, angesprochen. Mit einer Besichtigung des Lagezentrums im Bundesinnenministerium fand für die Junghelfer ein erlebnisreicher und interessanter Tag seinen Abschluß.

Am nächsten Tag fuhr die Gruppe am Rhein entlang – mit Zwischenstation an der Marksburg, der Loreley und in Rüdesheim – nach Tuttlingen zurück. Alle Teilnehmer waren der Meinung, daß sich die Anstrengungen für den THW-Landeswettbewerb wirklich gelohnt hatten. G. Z.

Gasexplosion zerstörte Wohnhaus in Mannheim

Ein fünfstöckiges Wohnhaus in Mannheim wurde durch eine Gasexplosion und Brandeinwirkung so stark zerstört, daß es weitgehend abgerissen werden muß. Drei der Hausbewohner waren mit zum Teil schweren Hautverbrennungen in eine Ludwigshafener Spezialklinik zu bringen, zwei Feuerwehrleute verletzt. Zwei bei den Rettungs- und Löscharbeiten.

Nachdem die Feuerwehr mit Drehleitern mehrere Kinder und Erwachsene retten konnte und das Feuer bekämpft war, konnte das THW mit den Bergungsarbeiten beginnen. Vorher mußten jedoch akut einsturzgefährdete Gebäudeteile abgetragen und eingerissen werden, um die Bergungsmannschaften nicht zu gefährden.

Die Suche nach vermißten Personen wurde durch eine Rettungshundestaffel unterstützt, die von einer Übung in Frankental abberufen wurde. Gleichzeitig wurden in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei die persönlichen Wertgegenstände der Hausbewohner sichergestellt. Sch.

Stromversorgung für Pumpwerk getestet

Der THW-OV Waldshut-Tiengen unternahm im Pumpwerk Au/Waldshut den Versuch, mit dem 58-kVA-Notstromaggregat diesen Versorgungsbetrieb zu „fahren“. Zuerst wurde die Maschine in

Betrieb genommen, um den Anlaufstrom festzustellen. Der Anlaufstrom im Sternbetrieb liegt bei etwa 140 Ampere. Bei der Umschaltung auf Dreieckbetrieb erhöht sich die Belastung kurzzeitig bis weit über den Endanschlag des Gerätes von 200 Ampere hinaus.

Die Daten des Pumpenmotors sind: Nennleistung 50 KW, 3×380 V im Dreieckbetrieb, Leistungsfaktor $\cos. p^{hi} = 0.89$, Nennstrom 96 Ampere, Drehzahl 1460 U/min.

Versuch Nr. 1:

Die Netzspannung wurde wieder eingeschaltet, damit das Notstromaggregat gegenüber der Netzspannung synchronisiert werden konnte. Dieser Versuch erwies sich als problemlos.

Versuch Nr. 2:

Das Notstromaggregat wurde angefahren, die Pumpe im regulären Betrieb eingeschaltet. Bei der Umschaltung auf Dreieckbetrieb fiel das Notstromaggregat infolge Überlastung des Überschutzrelais aus.

Daraufhin wurde der Überstromschutz auf maximal, d. h. 475 Ampere, eingestellt und gleichzeitig gegen den vorerst geschlossenen Wasserschieber angefahren. Nachdem der Schieber im laufenden Zustand geöffnet wurde, arbeitete der Pumpenmotor, jedoch mit verringerter Leistung, da das Dieselaggregat nicht die volle Drehzahl von 50 Hertz erbringen konnte. Die Pumpenleistung ging somit zwangsläufig von $80 \text{ m}^3/\text{Std.}$ auf etwa $60 \text{ m}^3/\text{Std.}$ zurück, was der Frequenzänderung von 50 auf 45 bis 46 Hertz entspricht.

Abschließendes Ergebnis:

Das THW-Aggregat reicht für den Pumpbetrieb im städtischen Pumpwerk Au aus, wenn anfangs auf den geschlossenen Schieber angefahren wird. Gegen den geöffneten Schieber kann nicht angefahren werden, da der Laststoß (ca. 140 m Wassersäule) vom Aggregat nicht bewältigt wird.

Die Versuche waren für alle Beteiligten aufschlußreich, es konnten wertvolle Erfahrungen gewonnen werden. Sch.

Gemeinsame Informationsschau

Eine gelungene Ausstellung von Fahrzeugen und Geräten boten die Katastrophenschutz-Organisationen des Bereichs Zell am Harmersbach der Bevölkerung. THW, Feuerwehr und Deutsches Rotes Kreuz hatten die Bürger zu einer Informationsschau eingeladen.

15 Fahrzeuge waren auf dem Kanzleiplatz ausgestellt. Die Feuerwehr zeigte unter anderem eine Drehleiter, von der man einen Blick über die Dächer der Stadt werfen konnte. Die Funktion und Handhabung der Rettungsschere und des Force-Gerätes wurde von den THW-Helfern an einem Pkw demonstriert. Beim DRK konnten sich die Besucher den Blutdruck messen lassen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Alarmübung: In Höhe des Gasthauses „Zur Linde“ geriet ein Pkw von der Fahrbahn ab und stürzte in den Harmersbach. Fahrer und Beifahrer wurden aus dem Fahrzeug geschleudert, das beim Aufschlag im Bachbett Feuer fing. Die Alarmierung der Rettungsdienste erfolgte über die Leitstelle Lahr. DRK-Helfer versorgten die „Schwerverletzten“ an Ort und Stelle.

Für die Helfer war es nicht leicht, die „Verletzten“ über die Böschung und die hohe Bachmauer zu den Krankenwagen zu transportieren. Die Feuerwehr löschte das brennende Fahrzeug mit Schaum. Zum Schluß der Übung bargen THW-Helfer das verunglückte Fahrzeug mit der Seilwinde des GWK. K. P.

THW-OV Konstanz stützte Mauer ab

Aus bisher noch ungeklärter Ursache geriet in Konstanz eine Mauer in Bewegung, die im nördlichen Teil der Stifterstraße die Bebauung zur Schwaketenstraße hin abstützt. Die dreieinhalb Meter hohe und 25 Meter lange Mauer wurde vom THW-OV Konstanz gesichert, um ein Abrutschen zu verhindern. Am späten Freitagabend brachten 20 THW-Helfer in mehr als vierstündiger Arbeit elf Stützen an, durch die die Mauer jetzt provisorisch gesichert ist.

THW-OV Ellwangen barg Freiballon

200 Meter nördlich des Behindertenheim Ellwangen-Rabenhof ereignete sich ein Unfall, als ein Freiballon, der vom Ballonfluggelände Gersthofen bei Augsburg aufgestiegen war, beim Landeanflug auf ein freies Feld durch eine senkrechte Windböe nach unten gedrückt wurde. Dabei wurde der mit fünf Insassen besetzte Passagierkorb rund 40 Meter durch ein Maisfeld geschleift und blieb in einem angrenzenden Laubwald hängen. Personen wurden nicht verletzt.

Der Freiballon wurde von Helfern des THW-OV Ellwangen geborgen. Mehrere Bäume mußten vorher gefällt werden. Der Ballon blieb durch die fachgerechte Bergung unbeschädigt.

Bohneneintopf für den Bundespräsidenten

Auf seiner Wanderung durch den südlichen Landkreis Weilheim-Schongau, zwischen Steingaden und Unternogg, erlebte Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens mit seiner Gattin eines der schönsten Gebiete in Oberbayern.

Das Landratsamt Weilheim-Schongau hatte den Küchentrupp des THW-OV Weilheim gebeten, die Versorgung der prominenten Gäste sowie der ca. 1000 Mitwanderer zu übernehmen. Die Ankunft der Wanderer war für 11.30 Uhr angekündigt, jedoch marschierte der

Bundespräsident eine halbe Stunde früher als es der Zeitplan auswies von Schildschweig ab und ließ die THW-Küche dadurch ganz schön ins Schwitzen kommen. Es gelang dem Küchentrupp jedoch, den Bohneneintopf noch rechtzeitig fertig zu bekommen.

Um die Mittagszeit gesellte sich auch THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Reiner Vorholz zu der gemütlichen Runde und konnte sich davon überzeugen, daß der THW-Küchentrupp aus Weilheim diese Bewährungsprobe bestanden hatte.

K. V.



Bundespräsident Karl Carstens mit Gattin im Gespräch mit dem 1. Bürgermeister von Wildsteig (links). Rechts: Finanzminister Max Streibl.

THW-Helfer bauten zwei Bailey-Brücken

Wegen Sanierungsarbeiten an der stark frequentierten Naab-Brücke im oberpfälzischen Nabburg mußte diese für längere Zeit für den Verkehr gesperrt werden.

Eine Umleitung während der Bautätigkeiten war nicht möglich. Das THW wurde daher gebeten, zwei Brücken von je 75 Metern Länge zu erstellen, die zumindest den Durchgangsverkehr sicherstellen sollten.



Der Brückenschlag über die Naab ist gelungen.

Die Brückenlager und Stützpfeiler wurden von einer Firma aufgebaut, so daß die THW-Helfer aus Nabburg, Neunburg, Oberviechtach, Schwandorf und Weiden an zwei Wochenenden die Bailey-Brücken montieren konnten. Bei strömendem Regen und bis in die Nacht hinein leisteten die THW-Helfer Schwerstarbeit. Nach einer gesamten Bauzeit von 15 Stunden waren beide Brücken fertig.

Das Bayerische Fernsehen berichtete in einer aktuellen Sendung über den Brückenschlag. Dabei wurde auch erwähnt, daß diese Helferleistungen dem Steuerzahler 50000 DM erspart hätten. J. D.

Großeinsatz des THW-OV Dachau

Nur Minuten dauerte das schwere Unwetter, das in Haimhausen, Rothbach und Amperpettenbach schwere Sturmschäden verursachte. Für den THW-OV Dachau wurde Großalarm ausgelöst. Bis in die frühen Morgenstunden räumten die Helfer in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr Haimhausen Ortsstraßen, zersägten an Ort und Stelle

umgestürzte Bäume, säuberten Kanalschächte von Kies und Sand und pumpen Wasser aus Kellern. Umgestürzte Bäume hatten die ganze Giebelwand eines Schweinestalls eingedrückt und die Tiere darunter verschüttet. Da die Stromleitung zerstört worden war, leuchteten die Helfer den Stall aus, damit Notschlachtungen durchgeführt werden konnten. H. T.

THW-Helfer fast als Cowboys

Gegen Mitternacht wurden die Helfer des THW-OV Nabburg angefordert, um im wahrsten Sinne des Wortes Cowboy zu spielen: In Nabburg waren Pferde ausgerissen und gefährdeten den Straßenverkehr. Mit drei funkbestückten Fahrzeugen suchten die Helfer nach den Ausreißern, die nach ca. 20 Minuten gesichtet wurden.

Die Helfer kamen jedoch nicht zum Einsatz, da zwischenzeitlich der Besitzer der Tiere eintraf und sie einfing. M. R.

THW-Einsatz nach Sturm

„Verkehrsbehinderungen durch umgestürzte Bäume im ganzen Einsatzgebiet des THW-OV Nabburg“, lautete die Durchsage, die die Helfer aus ihren Betten holte. In dieser Nacht waren die THW-Helfer mit drei Fahrzeugen insgesamt sechs Stunden unterwegs, um die Straßen wieder freizumachen. Zeitweise wurde auch der sich ebenfalls im Einsatz befindliche THW-OV Amberg unterstützt.

Gegen 5.30 Uhr war die Hilfeleistung beendet. Eine Stunde später wurde der Ortsverband aber erneut alarmiert: Ein Pkw war bei Glatteis von der Straße abgekommen und in einen abgelassenen Weiher gestürzt. Innerhalb weniger Minuten waren die Helfer zur Stelle und borgen mit Hilfe der Seilwinde des THW-OV Oberviechtach den Pkw. M. R.

THW-OV Amberg baute Eissteg

Die „schnelle und ausgezeichnete Arbeit“ des THW lobte Oberbürgermeister Franz Prechtel, als er am 10. Oktober 1981 das blau-weiße Band auf dem Eissteg durchschnitt, der vom THW-OV Amberg in einer zweitägigen Übung errichtet worden war. Trotz der Kälte und

des immer wieder einsetzenden Regens hatten die Helfer termingerecht den 67 Meter langen und zwei Meter breiten in Holzbauweise errichteten Steg fertiggestellt. Als Anerkennung überreichte Oberbürgermeister Prechtl dem Ortsverband den Ehrenteller der Stadt.

Durch die Verlegung des Eislaufzentrums in das Gebiet „Am Schanzl“ wurde schon 1964 ein Brückenschlag über die Vils notwendig. Damals errichtete das THW gemeinsam mit der Panzerpionierkompanie 120 einen Holzsteg in Behelfsbauweise, der rund zehn Jahre später erste Verfällerscheinungen zeigte. Der Zustand der Nadelholzpfeiler verschlechterte sich zusehends, weshalb 1978 Stahlkorsette zur Verstärkung angelegt wurden. Zwei Jahre später, im Herbst 1980, ergab eine Prüfung, daß der Zustand der Joche eine Sperrung des Steges und eine Sanierung dringender erforderlich machte.



Mit der Überreichung des Ehrentellers der Stadt an THW-Ortsbeauftragten Brandler würdigte Oberbürgermeister Prechtl die Leistung der THW-Helfer.

Es wurde empfohlen, hierfür wiederum das THW einzuschalten. So galt es zunächst, den alten Brückenbelag zu entfernen und dann die zum Teil morschen Pfeiler zu ziehen. 25 THW-Helfer beteiligten sich daran in einer Ganztagsausbildung. Die Rammarbeiten für die neuen Eichenpfähle erfolgten durch eine Amberger Baufirma. Bei der genauen

Justierung der Pfähle unterstützte sie der THW-Ortsverband.

Der Unterbau des Steges besteht aus acht Eichenpfeilern, davon drei Flußjoche mit neun Metern Pfeillänge und fünf Vorlandjoche mit fünf Metern Pfeillänge, der Überbau aus 36 Längsträgern aus Kantholz in neun Feldern mit je vier Längsträgern. 30 Helfer errichteten diese Brückenkonstruktion in etwa 750 Arbeitsstunden. Schwierig wurde es vor allem, als man von einer vom THW erstellten Fähre aus die Tragbalken auf die Joche verbringen mußte.

Ein nasser und eiskalter Abschluß wurde es für THW-Zugführer Alfred Heiß, der trotz heftigen Sträubens nach altem Brauch über das Gelände hinweg in die trüben Vils-Fluten befördert wurde und mit kräftigen Schwimmstößen und vorwurfsvollen Blicken nach oben zu den lachenden Helfern das Ufer ansteuerte.

W. Sch.

Das THW sprengte in Grabing bei Taufkirchen eine Stahlbetonbrücke. 81 Bohrlöcher bis zu 1,50 Meter Tiefe wurden in den Auflagern eingebracht. Für Sprengberechtigte und -helfer ein hartes Stück Arbeit.



1500 Sandsäcke gefüllt

Ein gemauerter Pfeiler der Vilsbrücke mitten im Herzen der Altstadt Ambergs war von den nach Dauerregen reißenden Vils-Fluten teilweise unterspült und in seiner Standfestigkeit untergraben worden. Rund 1500 Sandsäcke wurden von den Helfern des Amberger THW-Bergungszuges gefüllt und zur Schadensstelle gefahren. In Taucheranzügen, die vom DLRG-Ortsverband zur Verfügung gestellt worden waren, stiegen THW-Helfer in die Vils und brachten zunächst einen Bretterverhau um den Pfeiler herum an. Mit den Sandsäcken wurde der „Verschlag“ abgesteift. Eine Baufirma bohrte danach den Brückenträger an und füllte sein „morsches“ Innenleben mit Beton aus.

In Taucheranzügen stiegen die Helfer in die Vils und stützten mit Sandsäcken den Pfeiler ab.



Nationale Warndienstübung „NATEX II“ im Warngebiet VII

Nach der Übung „Wetterleuchten '81“ des Wehrbereichskommandos IV, die in Zusammenarbeit mit der ABC-Melde- und Warnorganisation der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland und den Warnämtern VI und VII im Frühjahr 1981 durchgeführt wurde, nahm das Warnamt VII mit seinen Warndienst-Leitmeßstellen 71, 72, 73, 74 und 75 an der 26stündigen nationalen Übung „NATEX II“ am 6. und 7. November 1981 teil. Weitere Übungsteilnehmer am ersten Tag waren bei Einschaltung des Warnstellennetzes alle BAMSten und AMASSten im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz und die AMZ des Wehrbereichskommandos IV als Meldekopf.

Übungsziele waren die Festigung des Ausbildungsstandes, die Präzisierung des Melde- und Informationsaustausches sowie die Erprobung der örtlichen Warnung bzw. Entwarnung nach möglichen Einsätzen von chemischen Kampfmitteln und Kernwaffen.

Der Übung „NATEX II“ waren im Oktober 1981 Lehrveranstaltungen für die Beauftragten zur Auslösung von Fern-tasteinrichtungen des Warndienstes vorausgegangen, die aus dem Kreis der Bediensteten der HVB-Stäbe der Kreisverwaltungen, der Verwaltungen kreisfreier Städte bzw. Gemeindeverwaltung zu beschicken waren. Zusätzlich zu der Unterrichtung dieses Personenkreises über die Aufgaben, Organisation und Funktion des bundeseigenen Warndienstes war Zweck dieser Lehrveranstaltungen, die Beauftragten zur Auslösung von Fern-tasteinrichtungen mit dem notwendigen Wissen über

- den Netzaufbau des Warndienstes,
- die Auslösemöglichkeiten der Sirenen bei den verschiedenen Ebenen der Verwaltungen im Bundesland Rheinland-Pfalz,
- den jeweiligen Auslösebereichen selbst,
- die Neufassung der Warndienst-VwV mit den entsprechenden Erläuterungen zur praktischen Handhabung der §§ 7–10 im Einsatzfall und
- die Bedienung der vorhandenen Fern-tasteinrichtungen vertraut zu machen.

Den im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz teilnehmenden Beauftragten zur Auslösung der Fern-tasteinrichtungen war bei der Übung „NATEX II“ somit unmittelbar die Gelegenheit gegeben,

erworbenes Wissen in die Praxis einzubringen. Die Übung, die im Warndienst VII, aber auch bei den Warndienst-Leitmeßstellen, mit allen hauptberuflichen Kräften und Helfern im Zwei-Schichten-Betrieb durchgeführt wurde, diente der Überprüfung des Leistungsstandes als Ergebnis der diesjährigen jeweils zwölfstündigen monatlichen Ausbildungsveranstaltungen. Die gestellten Aufgaben

- das Üben der Zusammenarbeit der Dienststellen des Warndienstes untereinander,
- das Üben der Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Katastrophenschutzes auf Kreis- und Ortsebene als Verfahrensübung,
- das Üben der zentralen Auslösung der Warngeräte nach den derzeit bestehenden Auslösemöglichkeiten,
- das Üben von Übergangsvorhersagen und Niederschlagsankündigungen,
- das Üben von Entwarnungen nach ABC-Angriffen und
- das Üben der Verfahren bei Ausfall von Warndienst-Verbindungsstellen wurden zufriedenstellend gelöst.

K. E. U.

Warnamt V unter neuer Führung

Regierungsrat Hans-Walter Roth wurde durch den Leiter der Abteilung „Warndienst“ im Bundesamt für Zivildschutz, Dr. August-Jürgen Maske, in sein neues Amt als Warnamtsleiter eingeführt. In den letzten eineinhalb Jahren war das Warnamt V kommissarisch von Heinz Becker, stv. Amtsleiter, geführt worden. Zur Amtseinführung Roths begrüßte Becker unter anderem Vertreter des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, der Regierungspräsidenten Köln und Düsseldorf, des Wehrbereichskommandos III, des Verteidigungskreiskommandos, des THW und BVS sowie Oberkreisdirektor Hüttemann, Stadtdirektor Uebber und Ortsvorsteher Hecker als Gäste.

Roth war nach dem zweiten juristischen Staatsexamen sechs Jahre lang in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, bevor er am 1. Januar 1981 Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivildschutz wurde. Im Bundesamt und im Warnamt II (Bassum) wurde Roth auf seine Aufgaben als Leiter des Warnamtes V in Welz vorbereitet.

Anlässlich der Amtseinführung hob Dr. Maske die Bedeutung des Warndienstes für den Schutz der Zivilbevöl-

kerung hervor. Das Bundesamt für Zivildschutz mit seinen über das Bundesgebiet verteilten zehn Warnämtern verfüge mit einem Netz von Meßstellen, Sirenen und Warnstellen über ein technisches System, das im westlichen Ausland starke Beachtung finde.

Oberkreisdirektor Hüttemann unterstrich in seinen Begrüßungsworten den besonderen Wert des Warndienstes im Zusammenhang mit allen Organisationen und Institutionen, die zum Zivildschutz gehören. H. B.

Bedeutung des Warndienstes unterstrichen

Die große Bedeutung des Warndienstes unterstrich Dr. August-Jürgen Maske, Leiter der Abteilung „Warndienst“ im Bundesamt für Zivildschutz, in einem Interview, das er der örtlichen Presse anlässlich der Tagung der Leiter der Warnämter und Warndienstverbindungsstellen im Warnamt III (Rodenberg) gab. Wie eng die Bewältigung der Aufgaben und auch die Weiterentwicklung des Warndienstes mit der angespannten finanziellen Lage des Bundes verknüpft ist, hatte Dr. Maske bereits zu Beginn der Arbeitstagung aufgezeigt.



Die Leiter der Warnämter und Warndienst-Verbindungsstellen tagten im Warnamt III.

Regierungsdirektor Heinz Albert erläuterte die Planungen der Abteilung Warndienst. Die Teilnehmer bildeten Arbeitsgruppen, deren Aufgabe es war, anhand bestimmter Themen Vorschläge zur Realisierung der Planung darzulegen. Diskutiert wurde ferner die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der ca. 2000 Helfer im Warndienst. Erarbeitet wurde auch eine Empfehlung zur Verwirklichung der in Teilbereichen bereits eingeführten Rahmenpläne im Zusammenhang mit der Ausbildungsreform im Warndienst. Um die Ausbildung dynamischer und effektiver zu gestalten, soll diese primär nach methodisch-didaktischen Grundsätzen ausgerichtet werden.

Das Bemühen des Warndienstes, Verbesserungen bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags – Warnung vor Gefahren im Verteidigungsfall – zu erreichen, trat auch bei der Behandlung des Komplexes Zivil-militärische Zusammenarbeit deutlich hervor. Den Tagungsteilnehmern wurde bewußt, daß der Wunsch nach erweiterter Zusammenarbeit und der Erschließung neuer Informationsquellen nur begrenzt zu erfüllen sein wird, da sich die Zivil-militärische Zusammenarbeit nur unter Berücksichtigung der Bestimmungen der IV. Genfer Konvention vollziehen kann.

Die Anpassung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe und Arbeitsverfahren beim Erfassen, Auswerten und Umsetzen von Gefahreninformationen an neue Techniken sowie die Koordinierung aller Maßnahmen in den über das gesamte Bundesgebiet verteilten Dienststellen des Warndienstes war ein weiteres wichtiges Thema der Tagung.

Das Angebot des Leiters des Warnamtes III, Regierungsrat Wolfgang Bisokupek, die Heeresfliegerwaffenschule in Bückeburg zu besuchen, nahmen die Teilnehmer gern an. Die Besichtigung der verschiedenen Hubschraubertypen sowie der umfangreichen Einrichtungen der Waffenschule fand lebhaften Anklang. Manchem Teilnehmer wird der „Hubschrauberflug“ in einer Simultananlage in Erinnerung bleiben.

In seiner Schlußansprache dankte Dr. Maske dem Leiter des Warnamtes III für die gute Organisation der Tagung. An die Teilnehmer richtete er die Bitte, dazu beizutragen, die gesteckten Ziele zu erreichen. H. W. H.

Welf König

Warnamt VIII seit 20 Jahren einsatzbereit

Zwölf Jahre in Rottenburg –
Überblick über die generelle
Entwicklung des Warndienstes

(Fortsetzung aus Heft 11/81)

Im Vergleich dazu gab es im Jahre 1942 folgende Alarmierungsunterschiede und -arten:

- Luftgefahr – nur durch Fernsprecher an die Warnstellen als „Vorwarnung“; L 30 – Luftgefahr 30, in 30 Minuten mutmaßliches Eintreffen des Gegners im Warngebiet bzw. Angriff im Warngebiet; L 25 – (wie vor); L 15 – (wie vor).
- Fliegeralarm – gleichbedeutend mit L 10, auf- und abschwellendes Sirenen-signal Dauer 2 Minuten; später Dauer nur noch 1 Minute.

- Luftgefahr vorbei – Entwarnung mit Sirenen (Dauerton), 2 Minuten.
- Öffentliche Luftwarnung – dreimalige Wiederholung eines hohen Dauertones von etwa 15 Sekunden Länge, Bombenangriff nicht ausgeschlossen.
- Verdunkelung ab L 30 – fernmündlich oder durch Melder an die Warnstellen durchzugebende Verdunkelungsbefehle.
- Verdunkelung aufgehoben.

1961 wurde gemäß Erlaß des Bundesministers des Innern vom 6. April mit dem Aufbau von LSWD-Leitmeßstellen als Außenstellen der LSWaÄ begonnen. Die LSWD-Leitmeßstellen waren in ihren Provisorien technisch einsatzbereit untergebracht. In jedem Regierungsbezirk wurde hiernach mindestens eine Leitmeßstelle errichtet. Diese wurden in Provisorien untergebracht, bis zur Fertigstellung endgültiger Anlagen. Hierzu sollte es in der Folgezeit nicht mehr kommen. Stattdessen wird seit Ende der 70er Jahre versucht, die inzwischen als Warndienst-Leitmeßstellen (WDLmSt) bezeichneten Außenstellen in verbesserte Provisorien zu verlegen (Fachd. Wsg. WD Nr. 6/78, vgl. auch 1978).

Anfang der 60er Jahre waren die LSWaÄ gemeinsam mit der Bundespost hauptsächlich mit Planungsarbeiten wegen Anzahl und Aufstellungsorten von Warnstellen befaßt. Zugleich erfolgten die Planungsarbeiten im Alarmdienst durch die Gemeinden und zur Einrichtung von Fernastgeräten (FtaGten) durch die LSWaÄ, während die Vorarbeiten zur Verpflichtung von lebens- und verteidigungswichtigen Betrieben zum Anschluß an das Warnnetz vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) und den einschlägigen Länderministerien in Angriff genommen wurden.

1963 wurde die seitdem bestehende ständige Besetzung der LSWaÄ zum 1. Oktober angeordnet. Nach verschiedenen Formen der Durchführung besteht diese bis heute fort.

1967 waren im gesamten Bundesgebiet 41 500 Sirenen und 11 000 Warnstellen an das Warnnetz angeschlossen.

1968 hatten alle LSWaÄ ihre eigenen Anlagen bezogen, als letztes das LSWaÄ VIII in Rottenburg. Gleichzeitig mit den endgültigen Anlagen der LSWaÄ wurde ein Richtfunknetz aufgebaut, wobei der Warndienst sich teilweise abstützte auf Richtfunkverbindungsstürme der Deutschen Bundespost und etwa die halbe Zahl der benötigten RV-Stellen baulich selbst erstellte. Nach Fertigstellung des gesamten Netzes stellte sich heraus, daß die Wartung der das Bundesgebiet umfassenden Anlage (bundesweites RV-Netz) durch die Deutsche Bundespost die vorgesehenen Mittel überstieg. Durch Anbringen von UKW-Rundumstrahlern sollte dieses Netz

nach der ursprünglichen Planung auch funküberlagernd das drahtgebundene Netz der angeschlossenen Warnstellenteilnehmer überlagern. Zur Ausrüstung mit dem hierfür erforderlichen Gerät kam es weder auf der Seite des Warndienstes, noch auf der Seite der Warnstellenteilnehmer.

Aus dem erstgenannten Grund wurde das gesamte Netz an die Deutsche Bundespost (DBP) als Eigentum übertragen mit der Maßgabe, bestimmte Kapazitäten dem Warndienst vorzuhalten. Änderungen als Folge der schnell vorantreibenden technischen Entwicklung führten hier nicht zur Vervollständigung und Vervollkommnung der Anlagensysteme, sondern zu deren Abbau (Verwaltungsvereinbarung über die Übernahme des Richtfunk- und UKW-Rundspruchnetzes des Warndienstes durch die DBP vom 2. Januar 1969).

Neuerdings scheinen wieder Überlegungen in Gang zu kommen, ob und wie die RV-Türme mit neuer technischer Ausrüstung auch für den WD ggf. erneut genutzt werden können. Im Bundesgebiet waren inzwischen 48 000 Sirenen und 12 000 Warnstellen angeschlossen. 1969 wurden aufgrund der allgemeinen Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (VwV Alarmdienst) vom 23. Dezember folgende Alarmsignale eingeführt:

- Luftalarm (Alarm bei Luftangriffen – Heulton, eine Minute)
- ABC-Alarm (Alarm bei radioaktiven Niederschlägen oder Gefährdung durch biologische Kampfmittel oder Gefährdung durch chemische Kampfstoffe – zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute, nach einer Pause von 30 Sekunden Wiederholung des Signals)
- Entwarnung (Beendigung der jeweiligen Gefahr – Dauerton, eine Minute).

1970 In der DDR wurde am 16. September das Gesetz über die Zivilverteidigung (GBI. I, Nr. 20) erlassen gem. der Artikel 7 und 23 der Verfassung. Die Zivilverteidigung (ZV) umfaßt auch die bisher unter „Luftschutz“ firmierenden Einrichtungen, damit auch den Warndienst.

Das folgende Jahrzehnt war gekennzeichnet durch die im ganzen Bundesgebiet durchgeführte Verwaltungs- und Kreisreform, die auch nicht unerhebliche Auswirkungen auf den Aufbau und die Durchführung des Warndienstes hatte und weiter hat (vgl. 1976). Am 30. November wurde die sofortige Änderung der Bezeichnung „LS-Warnamt“ in „Warnamt“ (WaA) verfügt. Die Nummern I bis X wurden zur Unterscheidung und Bezeichnung beibehalten (Fachd. Wsg. WD Nr. 8/70 vom 30. 11.).

Zum Jahresende waren 11 815 Warnstellen an das Warnnetz angeschlossen.

(Fortsetzung folgt)



24. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Manila:

Alarmierende Zeichen zunehmender Gewaltanwendung

121 Rotkreuz-Gesellschaften und 70 Regierungen beteiligten sich an der Konferenz – Resolutionen gegen Piraterie und Folter – Eindringlicher Appell zur Abrüstung

Zum 24. Male tagte Anfang November 1981 das höchste Organ des Internationalen Roten Kreuzes, die Internationale Rotkreuz-Konferenz, die alle vier Jahre die Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften, die Unterzeichnerstaaten der Genfer Rotkreuz-Abkommen sowie die Liga und das IKRK zusammenführt.

An der Konferenz, die diesmal auf Einladung der Rotkreuz-Gesellschaft und der Regierung der Philippinen in Manila stattfand, beteiligten sich diesmal 121 Nationale Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond sowie 70 Regierungen, eine Rekordbeteiligung.

In ihren Eröffnungsansprachen beschworen der scheidende Präsident der Ständigen Kommission des Internationalen Roten Kreuzes, der Briten Sir Evelyn Shuckburgh, IKRK-Präsident Alexandre Hay, der neugewählte Liga-Präsident und frühere Präsident des Spanischen Roten Kreuzes, Enrique de la Mata, sowie der Staatspräsident der Philippinen, Ferdinand Marcos, die Grundsätze des Roten Kreuzes in einer Welt zunehmender Leiden und Konflikte. Marcos, politisch stark für die Belange der Länder der Dritten Welt engagiert, stellte heraus, daß es darauf ankomme, Armut, Hunger und Krankheit in der Welt zu überwinden. IKRK-Präsident Hay verwies auf die alarmierenden Anzeichen steigender Gewaltanwendungen in ideologischen und rassistischen Konflikten in allen Teilen der Welt. Vielfach seien die Symptome des totalen Krieges vorhanden. Eindringlich appellierte er an die verantwortlichen Mächte, den Rüstungswettlauf zu beenden und bot jede Hilfe an, die der Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen nützlich sein könnten.

Zugleich Tagung der obersten Liga-Organe

Die weiteren obersten Organe des Internationalen Roten Kreuzes, die traditionell vor Beginn der Internationalen Rotkreuz-Konferenz tagen, sind der Delegiertenrat, der IKRK und Liga zusammenfaßt, die Generalversammlung der

Liga, bestehend aus allen Mitgliedern der Liga (jetzt 128 Nationale Rotkreuz-Gesellschaften) und der Exekutivrat der Liga, dem sozusagen als Vorstand Präsident, Vizepräsident und 16 gewählte Rotkreuz-Gesellschaften angehören.

Liga-Präsident und Liga-Generalsekretär neu gewählt

Zentrale Tagesordnungspunkte der Generalversammlung waren neben vielen wichtigen Sachpunkten die diesmal turnusmäßig anstehenden Wahlen. Der Spanier de la Mata, langjähriger Präsident seiner Rotkreuz-Gesellschaft, wurde Nachfolger des Nigerianers Adefarasin, der vier Jahre das Amt des Liga-Präsidenten ausübte. Die Entscheidung fiel in einer „Kampfabstimmung“, da auch Adefarasin, ausgestattet mit den Sympathien einer großen Zahl von Rotkreuz-Gesellschaften, für eine zweite Amtsperiode kandidierte. Die Mehrheit aber wünschte offenbar den Wechsel, so daß die Wahl schließlich klar zugunsten von de la Mata ausfiel.

Der langjährige Liga-Generalsekretär, Henrik Beer (Schweden), hatte sich entschlossen, aus Alters- und Gesundheitsgründen nach 21 Jahren nicht erneut für sein Amt zu kandidieren. Für seine Nachfolge schlug der Exekutivrat den früheren Präsidenten des Norwegischen Roten Kreuzes, Hans Hoegh, vor, der ebenfalls mit klarer Mehrheit gewählt wurde.

Ohne Gegenstimmen beschloß die Generalversammlung ferner für die Wahlen der Vizepräsidenten der Liga und die Mitglieder des Exekutivrates ein neues Wahlsystem nach geografischen Listen. Erfreuliches Ergebnis für das Deutsche Rote Kreuz war dabei seine Wahl in den Exekutivrat als eine der vier Gesellschaften aus der „Europaliste“ mit zweithöchster Stimmenzahl. Ein Vertrauensbeweis, der sicherlich dem hohen Niveau der Leistungen – zahlenmäßig sogar am höchsten aller Gesellschaften – des Deutschen Roten Kreuzes im Be-

reich der Auslandshilfen entspricht. Gemäß dieser Priorität kandidierte das DRK auch mit Erfolg für einen Sitz im Liga-Ausschuß für Katastrophenhilfe.

Nachdem trotz des neuen Systems gerechter geografischer Verteilung damit zwei Europäer an die Spitze der Liga gewählt wurden, fand eine „geografische“ Verschiebung im Amt des Vorsitzenden der Ständigen Kommission statt. Dieses höchste gemeinsame Gremium von IKRK und Liga neben der Internationalen Rotkreuz-Konferenz wird zukünftig vom Präsidenten des Jordanischen Roten Halbmonds, Abou Goura, geleitet, der Sir Evelyn Shuckburgh ablöst. Diese Wahl war die letzte Handlung der Internationalen Rotkreuz-Konferenz.

Nicht ohne Spannung warten nun die Rotkreuz-Gesellschaften auf die neuen Impulse, die die neugewählten Persönlichkeiten der Bewegung zu verleihen versprochen.

Wichtige Entscheidungen im Delegiertenrat

Zwei wichtige Beschlüsse des Delegiertenrates betreffen die Friedenskommission und die Arbeitsgruppe für das Schutzzeichen. Die Frage des Schutzzeichens ist so alt wie das Rote Kreuz und sehr komplex. Der Delegiertenrat beschloß, daß die Arbeitsgruppe für das Schutzzeichen aufgelöst werden soll. Innerhalb der Rotkreuz-Bewegung wird also die Frage des Schutzzeichens zunächst nicht mehr erörtert werden. Dieser Entscheidung kam entgegen, daß der Iran in Manila erneut und endgültig erklärte, daß auch im Iran das Zeichen des Roten Halbmonds verwendet würde. Diesem Wechsel des Zeichens stimmten Liga und IKRK zu.

Der Delegiertenrat beschäftigte sich ferner mit dem Mandat seiner Kommission für das Thema „Rotes Kreuz und Frieden“. Der Rat verlängerte das Mandat bis zur nächsten Sitzung im Jahre 1983. Die 15köpfige Kommission war 1977 eingesetzt worden, um die Durchführung des Aktionsprogramms des Roten

Kreuzes als Friedensfaktor zu überwachen. Sie soll bis 1983 einen einstimmigen Bericht dem Delegiertenrat vorlegen.

Resolutionen der Internationalen Rotkreuz-Konferenz zu den brennenden Themen

Die Resolutionen der Internationalen Rotkreuz-Konferenz spiegeln die tragischen Entwicklungen der heutigen Welt wider. Eine der weitreichendsten Resolutionen betrifft die humanitäre Tätigkeit des IKRK zugunsten von Opfern bewaffneter Konflikte. Dieser Resolution lag der Bericht des IKRK zugrunde, wonach es keinen Zugang zu den gefangenen Kämpfern und Zivilpersonen in den bewaffneten Konflikten in der West-Sahara, Ogaden und Afghanistan habe. Die Konferenz rief die verantwortlichen Parteien auf, dem IKRK die Möglichkeit zu geben, in allen diesen Konflikten gefangenen, festgehaltenen, verwundeten oder kranken Kämpfern und Zivilpersonen Schutz und Hilfe zu bringen. Diese Entscheidung ist deshalb bedeutsam, weil das IKRK nie zuvor einer derartigen Hilflosigkeit, bedingt durch das Verhalten der betreffenden Parteien, ausgesetzt war.

Eine weitere wichtige Resolution betraf das tragische Schicksal der Flüchtlinge in der Chinesischen See und im Golf von Thailand. Die Konferenz beschloß eine Resolution gegen die dort stattfindende Piraterie. IKRK, UNHCR und alle Staaten wurden aufgerufen, so eng wie möglich zusammenzuarbeiten, um das Seeräubertum auf hoher See und in Hoheitsgewässern auszurotten.

Eine Resolution betrifft die Anwendung des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 in den besetzten Gebieten des Nahen Ostens. Auch diese Resolution fußt auf Berichten des IKRK.

Erneut setzte sich die Konferenz mit einer Resolution gegen die Anwendung der Folter ein und gegen eine neues grausames Phänomen unserer Tage, nämlich dem Verschwinden von Personen. Terror und Gegenterror bedienen sich in einigen Ländern immer mehr dieser Methode, bei der es sich um einen schwerwiegenden Rückfall in die Barbarei handelt.

Andere wichtige Resolutionen betreffen die Annahme der Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen und die Annahme des Waffenabkommens der Vereinten Nationen vom 10. Oktober 1980 durch die Staatengemeinschaft.

In der aktuellen Berichterstattung wurde schon auf eine zentrale Resolution der Konferenz zum Thema Abrüstung ver-

wiesen. Der Appell des IKRK ist an die Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung gerichtet.

Dies sind nicht alle Empfehlungen, Resolutionen und Beschlüsse, die sich auf die Tätigkeit des IKRK, und wie zu hoffen ist, auf die Entscheidungen der Regierungen auswirken. Die Drucker-

schwärze der Resolutionen ist noch frisch, und Voraussagen über ihre Wirksamkeit lassen sich noch nicht machen.

Es bleibt zu hoffen, daß der Tätigkeitsbericht des IKRK, der bei der nächsten Internationalen Rotkreuz-Konferenz in Genf 1986 vorgelegt werden wird, positiver ausfällt als der IKRK-Bericht von Manila 1981.

Axel Brower-Rabinowitsch

Weiterhin auf „Kreuzfahrt der Menschlichkeit“:

MS „Flora“ brachte Hilfe für die Ärmsten

Einsatz am „Horn von Afrika“: Das Flüchtlings- und Dürreproblem in Dschibuti – Es fehlt an fast allem

Fast zwei Jahre lang hat das Hilfsschiff „Flora“ des Deutschen Roten Kreuzes still, aber erfolgreich gegen das Elend in südostasiatischen Flüchtlingslagern angekämpft. Seit einem halben Jahr hilft der „humanitäre Tramper“ der deutschen Flotte im von Hunger, Dürre, Krisen und Kriegen gebeutelten Afrika. „Wir wollen die ‚Flora‘ langfristig zur Stabilisierung der afrikanischen Krisen einsetzen“, erklärt DRK-Generalsekretär Dr. Hans-Jürgen Schilling. Erste Station war jetzt die kleine ehemalige französische Kolonie Dschibuti am „Horn von Afrika“.

Das nur 23000 km² große Dschibuti in Stichworten: 400000 Einwohner, davon 33000 Flüchtlinge aus den angrenzenden Krisen- und Dürregebieten Äthiopiens, 130000 Dürreopfer, von denen allein 48000 in Camps leben. Temperaturen bis weit über 40 Grad, Wüste soweit das Auge blickt, Armut, Hunger Krankheiten – vor allem in den riesigen Lagern für Flüchtlinge und Hungeropfer. Dschibuti kann sich nicht selbst helfen. Eine Getränke- und eine Mineralwasserabfüllstation sind die einzigen Fabriken im ganzen Land. Das strategisch wichtige Land ist finanziell vom Ausland abhängig – vor allem von arabischen Bruderstaaten und von Frankreich, das seine Fremdenlegionäre immer noch dort stationiert hat. Selbst Landwirtschaft gibt es nicht: Die sengende Sonne, fehlendes Wasser, aber auch der unfruchtbare Boden verhindern, daß Kulturpflanzen angebaut werden können.

„Dieses Land hat Gott im Zorn geschaffen. Und als er fertig war, hat er noch eine große Handvoll Steine obendrauf geworfen,“ erkannte Kapitän und Einsatzleiter Günther Reinwald von der MS „Flora“ schon wenige Tage nach der Ankunft des DRK-Schiffes Anfang August 1980. Und dann machten sich die 13 Seeleute, zwei Ärzte, drei Pfleger und der Verwalter an die Arbeit: Neben



Der „humanitäre Tramper“ des DRK, MS „Flora“, machte Anfang August in Dschibuti, der nur 23000 km² großen ehemaligen französischen Kolonie am „Horn von Afrika“, fest.

ihrer eigenen Arbeitskraft hatten sie 500 Tonnen Reis aus Bangkok mitgebracht, und natürlich die Hilfsausrüstung des Schiffes, Bord-Krankenstation, OP, Röntgenraum, Labor, Lastwagen, Ambulanzwagen und Jeeps, Zelte, Wolldecken und Medikamente.

Balbala – das geballte Elend

Schwerpunkt der Arbeit wurde sehr bald das Lager Balbala vor den Toren der Hauptstadt Dschibuti. Hier leben 20000 bis 30000 Menschen unter unvorstellbaren Bedingungen. Ihre Unterkünfte haben sie sich aus Abfall, Wellblech, alten Stoffen und Holzresten selbst „gebaut“. Wasser wird aus einigen verschmutzten Brunnen geschöpft, die eine ständige Infektionsquelle darstellen. In diesem Elendsquartier, in dem vor allem Flücht-

In solchen Camps, unter der sengenden Wüstensonne, leben 48 000 Flüchtlinge und Dürreopfer – in einem kleinen Land, das selbst nur 400 000 Einwohner zählt.



linge, Dürreopfer und Obdachlose leben, gibt es nicht eine einzige Toilette. Die Bedürfnisse müssen im wahrsten Sinne des Wortes vor der Tür erledigt werden. Diese unmöglichen hygienischen Bedingungen sind Hauptquelle der endlosen Zahl von Krankheiten. Daß es dennoch nicht zu katastrophalen Epidemien kommt, liegt an der sengenden Hitze, die alles in kürzester Zeit zersetzt.

Als die „Flora“ in Dschibuti eintraf, gab es keinen einzigen Arzt in Balbala. In die kleine Krankenstation, die der französische Entwicklungsdienst gebaut hatte, zog Dr. Pierre Magdeleinat vom DRK-Team ein. „Eigentlich sollten dort nur Kinder behandelt werden. Aber es gibt eine so große Zahl von erwachsenen Kranken, daß ich sie unbedingt mitbehandeln mußte“, berichtet der Arzt. Zu Anfang hatte er nur durch einige einheimische Helfer Unterstützung. Von der Apotheke bis zu den Sprechstunden mußte er erst einmal alles organisieren: „Ich fand ein schreckliches Durcheinander vor.“

Aber als wir im Oktober Balbala besuchten, lief alles wie am „Schnürchen“. Jeden Morgen hielt Dr. Magdeleinat seine Sprechstunde für Erwachsene ab, die in langen Reihen geduldig in der Hitze warteten. Bis zu 50 Patienten wurden vormittags behandelt. Nebenamtlich versorgten Krankenhelfer und -pfleger von der „Flora“, unterstützt von französischen Kollegen, gleichzeitig rund 100 Patienten mit offenen Wunden. In einer Ecke saßen 15 Mütter auf dem Boden und fütterten ihre unterernährten Kinder. Das Ernährungsprogramm hat Magdeleinat selbst entwickelt. Teilnehmen dürfen

Mütter, deren Kinder mehr als 40 Prozent Untergewicht haben – keine Seltenheit in Dschibuti, wo immer noch jedes zweite Kleinkind in den Lagern verhungert. Wem in der kleinen Krankenstation nicht geholfen werden kann, der muß mit auf die „Flora“. Dort operierten und behandelten Magdeleinat und sein Kollege Dr. Rainer Toepser die schweren Fälle.

Dr. Magdeleinat über die Situation in Balbala: „Es ist schrecklich. Unterernährung, Vitaminmangel, Malaria, Tuberkulose, Blutarmut und Wurmkrankheiten gibt es in Massen. Wegen der schlechten Hygiene wird aus jeder kleinen Infektion ein riesiger, gefährlicher Abszeß.“

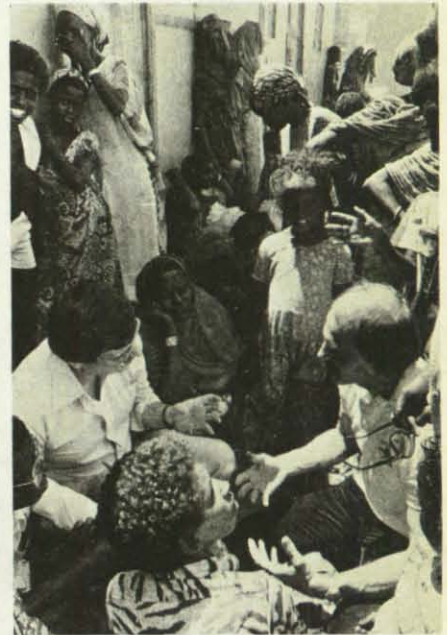


Fünfhundert Tonnen Reis hatte die „Flora“ aus Bangkok mitgebracht – und natürlich ihre wertvolle Hilfsausrüstung, wie den Lkw.

Aber die „Flora“ hat bessere Verhältnisse in Balbala hinterlassen. Eine französische Kinderärztin, ein einheimischer Arzt und ausgebildete Krankenschwestern haben die Arbeit des DRK übernommen und setzen sie fort.

Medizinische Hilfe überall nötig

In ganz Dschibuti gibt es nur knapp zwanzig einheimische Ärzte. Kein Wunder, daß medizinische Hilfe an allen Ecken und Enden fehlt. Neben Balbala versorgte deshalb die „Flora“ auch andere Lager und Einrichtungen. So betreute Dr. Toepser (ebenso wie sein Vorgän-



Tausende von Menschen lebten ohne ärztliche Versorgung im Camp Balbala, bis das DRK-Team dort eintraf.

ger) das UN-Flüchtlingslager und den kleinen Ort Dorale, wo die Sprechstunden auch schon einmal im Freien stattfinden, wenn die Schule geschlossen ist. Jeden Tag besuchte er auch das Waisenhaus der Hauptstadt. Und in Ali Sabieh, einem Flüchtlingslager fast von der Größenordnung Balbalas, baute Krankenpfleger Rainer Schrader in der Krankenstation ein kleines Labor auf. Er lernte zwei einheimische Krankenhelferinnen an, die seine Arbeit inzwischen selbstständig weiterführen. In Ali Sabieh behandelt ein einheimischer Chirurg die Flüchtlinge aus dem Lager. Als wir mit ihm sprachen, bat er dringend um OP-Bestecke. Es fehlt wirklich an fast allem in Dschibuti . . .

Nahrungsmittelhilfe, wie sie sein sollte

In Balbala, Ali Sabieh und vielen anderen kleinen Lagern und Dörfern Dschibutis am Rande der Sahel-Zone leben

seit August Zigtausende von der „Flora“ – genauer gesagt: vom Reis der „Flora“.

Zur Zeit unseres Besuches war Verwaltungsleiter Werner Rosenhammer, Entwicklungshelfer mit Afrika-Erfahrung, zuständig für die Nahrungsmittelhilfe. Jeden Morgen fuhr er mit dem Seemann Christian Schelz mit zwei Lastwagen voll Reissäcken durch die Wüste. Der Reis wird in Depots geliefert. Die Hungernen und Armen erhalten dann bis zu zwanzig Kilo Reis im Monat – je nach Familiengröße. Das DRK-Team überwacht die Verteilung und sorgt dafür, daß kein Reiskorn in dunklen Kanälen verschwindet. In Balbala und anderswo führen die einheimischen Aufsichtspersonen Listen über die Reisabgabe. Die Empfänger warten ruhig und geduldig auf ihre Ration. Sie wissen, daß sie ihren Teil bekommen werden. Nur in Dschibutis Armenviertel Zeira gab es eine Schlacht um den Reis, als die Behörden nur unseres Besuchs wegen Hun-

derte von Frauen und Kindern stundenlang auf die Verteilung warten ließen.

Die „Flora“ hat in Dschibuti viele Freunde hinterlassen. Der Lagerleiter El Me Ali Arde von Balbala: „Wir werden niemals vergessen, was die ‚Flora‘ für uns getan hat. Sie leistete die beste Hilfe bisher in unserem Land.“ Und Amina Guelleh, Vizepräsidentin des Roten Halbmonds von Dschibuti: „Wir sind sehr froh über die Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes und hoffen, daß ihr so weitermacht.“

Natürlich hat die „Flora“ auch Zelte und medizinische Geräte zurückgelassen. Nach vier Monaten Einsatz kann man feststellen, daß vieles in Dschibuti besser geworden ist. Manches, was das DRK-Team angepackt hat, wird weitergeführt. Sicher, es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber dieser Tropfen hat viele Menschen vor Tod durch Krankheit und Hunger gerettet. Egal, wo die „Flora“ aufkreuzt, wenn das das Ergebnis ist, lohnt es sich allemal.



Links: Bis zu 50 Patienten wurden jeden Vormittag behandelt; die Erwachsenen warteten geduldig, bis sie an der Reihe waren.



Oben: Nach vier Monaten Einsatz in Dschibuti ist vieles besser geworden – die „Flora“ hat dankbare Freunde hinterlassen.

Links: Wem in der kleinen Krankenstation nicht geholfen werden konnte, der kam mit auf die „Flora“.

ASB-Ärztetekonferenz 1981 in Frankfurt

Neue Wege aufgezeigt

ASB-Bundesvorsitzender Ehmer erläuterte Schwerpunkte der ASB-Arbeit – Staatsminister Clauss unterstrich die Bedeutung der mobilen Sozialen Dienste

In den Räumen der Kongreßabteilung des Flughafens Frankfurt/Main fand am 14. November 1981 die zweite Ärztekonzferenz des Arbeiter-Samariter-Bundes statt. Viele der 348 geladenen ASB-Ärzte nahmen daran teil. Einer der Höhepunkte der Veranstaltung war die Verleihung des Ehrenbriefs des Landes Hessen an den langjährigen hessischen ASB-Vorsitzenden Erich Kirchner durch Hessens Sozialminister Armin Clauss.

Das Programm, das ASB-Bundesarzt Dr. Fremder eröffnete, begann mit zwei Referaten, die sich mit „Neuen Formen ärztlicher Behandlung im Alter“ auseinandersetzten. Dr. Werner vom Städtischen Krankenhaus Frankfurt-Höchst referierte über „Tagesklinische Behandlung im Alter“. Es wurde die geschichtliche Entwicklung dieser Behandlungsform aufgezeigt. Anhand der seit 1978 am Städtischen Krankenhaus Frankfurt-Höchst bestehenden Geriatrischen Tagesklinik erläuterte Dr. Werner das Modell.

Schwerpunkte, die mit Dias veranschaulicht wurden, waren:

- die Zielsetzung tagesklinischer Behandlung im Alter,
- der Aufbau und das Konzept der Geriatrischen Tagesklinik am Städtischen Krankenhaus Frankfurt-Höchst,
- die bisherige, nunmehr fast vierjährige Erfahrung mit einer Geriatrischen Tagesklinik,
- die Schwierigkeiten und Probleme im Zusammenhang mit der Behandlung in einer Geriatrischen Tagesklinik,
- der Vergleich mit einer typischen englischen Tagesklinik,
- die Zukunftsaspekte der tagesklinischen Behandlung im Alter.

Dr. Berger, Stadt Krankenhaus Offenbach, referierte anschließend über die „Bedeutung teilstationärer und flankierender Einrichtung in der Psychiatrie“. Ein Blick in die Geschichte zeigte den Weg vom „Tollhaus“ bis zur heutigen Psychiatrischen Klinik. Seit Anfang der 70er Jahre erprobt man neue Behandlungsweisen. Die gemeindenahere psychiatrische Versorgung wurde vorgestellt

– ein Modell der Tages- bzw. Nachtambulanz für psychisch Kranke.

Die Vorführung eines neuen Filmes über die Arbeit des ASB stieß auf allgemeines Interesse. Nach dieser Auflockerung des Programms begrüßte ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer die Gäste, unter ihnen der Hessische Minister für Soziales, Armin Clauss. Ehmer ging in seiner Rede auf die Hilfe für Ältere und Behinderte ein und plädierte für ein besseres Verständnis für diese Mitbürger. Anliegen des ASB sei es, den älteren oder behinderten Menschen so lange wie möglich in seiner häuslichen Umge-

bung zu belassen. Die mobilen Sozialen Dienste können hierfür die Voraussetzungen schaffen. Wird der ältere Bürger aber pflegebedürftig, dann sollte sich ein Tagespflegeheim anbieten. Morgens wird der ältere Mensch abgeholt, abends wieder in die häusliche Atmosphäre der Familie zurückgebracht. Ehmer wies auf den humanen und kostengünstigen Aspekt dieser Verfahrensweise hin. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Rede war die Feststellung: „85 Prozent der Pflegeheimpatienten sind Sozialhilfeempfänger“. Ehmer regte den Aufbau einer Pflegeversicherung an.



Erich Kirchner (rechts), ASB-Vorsitzender in Hessen, erhielt aus der Hand von Sozialminister Armin Clauss den Ehrenbrief des Landes Hessen.



ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer plädierte für ein besseres Verständnis für ältere und behinderte Bürger.



ASB-Bundesarzt Dr. Fremder referierte über das Thema „Der Arzt in der Hilfsorganisation“.



Die Konferenzteilnehmer sprachen sich für eine jährliche Ärztekonzferenz auf Landesebene aus.

Staatsminister Clauss bestätigte in seiner Rede die Bedeutung des Themas „Pflegerbedürftigkeit alter Menschen“ und unterstrich den Wert der mobilen Sozialen Hilfsdienste. Weiter wies der hessische Sozialminister das Wort von der „Ärztenschwemme“ zurück. Clauss betonte: „Es gibt weite Bereiche, so auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin, der Psychiatrie und im öffentlichen Gesundheitswesen, wo eine Unterversorgung besteht und ein Medizinerangel herrscht.“

Der zweite Teil der Tagung beschäftigte sich mit dem Thema „Ärztliche Problematik bei Auslandseinsätzen“. Prof. Dr.

Stickel von der Bayerischen Landesimpfanstalt veranschaulichte seinen Vortrag mit Hilfe von Dias. Auslandseinsätze – besonders in den Tropen – ansteckende Krankheiten und ihre Behandlungen waren die Schwerpunkte. Prof. Stickel erklärte, daß seiner Ansicht nach Pockenimpfungen nicht mehr notwendig seien, auch nicht bei einem Aufenthalt in tropischen Gebieten. Allerdings empfahl Stickel allen Ferntouristen, sich vor Reiseantritt von einem Arzt beraten zu lassen.

Die Referate „Aurale und extraaurale Manifestation der Lärmwirkung“ – Referentin Dr. Griefahn, Universität Düsseldorf – und „Psychologische und sozio-

logische Lärmwirkung“ – Referent Prof. Dr. Schönpflug, Freie Universität Berlin – beschäftigten sich mit der Auswirkung des Lärms auf den Menschen.

Der letzte Themenkomplex dieser ASB-Ärztekonferenz war „Der Arzt in der Hilfsorganisation“ – speziell: „Der Arzt im ASB-Ortsverband“. Nach einer kurzen Einleitung von ASB-Bundesarzt Dr. Fremder nahmen viele Teilnehmer hierzu Stellung und berichteten aus eigener Erfahrung. Gemeinsame Probleme wurden diskutiert und der Vorschlag gemacht, jährlich eine Ärztekonzferenz auf Landesebene unter Federführung des ASB-Bundesarztes zu veranstalten.

Ab 1982 neue ASB-Bundeszeitschrift

„der Samariter“

Ein Magazin von und für Mitglieder

Nr. 0 Nov. 1981 DM 3,- B 0000 C

der Samariter

ASB Magazin



1982 wird der ASB-Bundesvorstand seinen Service für Mitglieder und Förderer wesentlich erweitern: Quartalsmäßig erhalten dann alle Mitglieder und Förderer – zur Zeit mehr als 250000 Personen – eine Mitgliederzeitschrift ins Haus geschickt. Das neue ASB-Magazin löst die bisherige ASB-Bundeszeitschrift ab und trägt den Titel „der Samariter“.

Die Auslieferung des ersten Hefts erfolgt im ersten Quartal 1982, mit einem Umfang von 32 bis 38 Seiten. Die neue Zeitschrift wird vierfarbig gedruckt und erreicht alle wichtigen Behörden, Institutionen, Abgeordneten und Träger der Öffentlichkeitsarbeit. Schwerpunkt ist: Alle Mitglieder und Förderer sollen umfassend über die Leistungen des ASB informiert werden.

Eine Mitgliederzeitschrift – so wie die Redaktion sie sich vorstellt – soll eine Zeitschrift von und für Mitglieder sein. Dafür stehen innerhalb des neuen Magazins mehrere Seiten bereit. Das ASB-Magazin soll darüber hinaus – schließlich geht es in die Familien – jedem etwas bringen. Deshalb sind folgende feste Seiten vorgesehen: „Im Auditorium“ – hier werden Fragen aus Wissenschaft und Forschung behandelt, die auch für den ASB-Bereich von Wichtigkeit sind. In der ersten Ausgabe wird z. B. zum Themenkomplex Gerontologie (Forschung über die Ursachen und Zusammenhänge der Alterungsvorgänge) Stellung genommen. Interviewpartner ist Professor Dr. Hollmann. In der „Pensionistenschule“ geht es um die Frage „Für's Alter lernen?“ Neben vielen anderen interessanten Themen beinhaltet das Magazin noch die Seiten „Er und Sie und Sie und Er“, und für Literaturfreunde wird manches „Aus dem Schrank geholt“. Natürlich fehlt auch nicht die Seite „Samaritinnen“ für die Kleinen. Außerdem hat der „Aktionsbasar“ für viele eine Überraschung anzubieten.

Der Behindertentransport allein ist noch keine Betreuung



Die Nürnberger JUH-Jugend – Partner der Behinderten.

Der Kreisverband Nürnberg der Johanniter-Unfall-Hilfe begann im Herbst 1977 mit der Durchführung von Behindertentransporten in Form des sogenannten „Behindertentaxis“. Das bedeutet, Rollstuhlfahrer und andere Körperbehinderte können telefonisch ein Spezialfahrzeug für Besuche von Angehörigen und Freunden, Einkäufe, Theater- und Friseurbesuche, aber auch für die Fahrt zum Arzt oder zum Sozialamt beordern.

Eine der ersten Fahrgäste dieses in Nürnberg neuartigen Dienstes war die heute 45 Jahre alte Rollstuhlfahrerin Elise Frenzel. Mit ihr haben wir bei einem gemeinsamen Stadtbummel mit der Jugendgruppe II dieses Gespräch geführt:

M. Kratzer: Frau Frenzel, bitte erzählen Sie uns kurz die wichtigsten Stationen Ihres bisherigen Lebensweges.

E. Frenzel: Ich kann seit Geburt nicht laufen, da ich unter der Little'schen Erkrankung leide. Das haben meine Eltern entdeckt, als ich sitzen sollte. Danach war ich in allen Kliniken. Vielleicht begreifen Sie dadurch auch meine Angst vor jedem Krankenhaus.

Nach dem Krieg waren wir in Seubersdorf in der Oberpfalz evakuiert. Ab und zu besuchte ich die Schule, habe jedoch von meiner Schwester, die aufs Gymnasium ging, mitgelernt und sehr viel gele-

sen. 1951 sind wir in die Heftlingstraße in Nürnberg eingezogen, wo ich heute noch alleine lebe. Ich habe einen Rollstuhl seit 1958. Vorher hatte ich einen selbstgebastelten Wagen, den mir ein Sporthändler gemacht hat.

1960 ist mein Vater gestorben. Meine Mutter ist selbst in einem Altersheim, sie leidet an multipler Sklerose und ist 78 Jahre alt. Ich habe noch eine 43 Jahre alte Schwester. Sie lebt verheiratet mit drei Kindern in Böblingen. Von 1958 bis 1978 hatte ich zu Hause eine Karteiarbeit für das Stadtarchiv. Aus gesundheitlichen Gründen kann ich sie jetzt nicht mehr machen.

M. Kratzer: Sie haben die Johanniter-Unfall-Hilfe 1977 durch den neu eingerichteten Behindertenfahrdienst kennengelernt und waren eine längere Zeit bei uns als ehrenamtliche Telefonistin tätig. Wie war es denn vor der Einführung des Behindertentaxis?

E. Frenzel: Ich hatte keine Möglichkeit, aus dem Haus zu kommen. Meine Mutter war selbst sehr krank und konnte mir wenig helfen. Ich war oft sehr verzweifelt. Wenigstens konnte ich einmal im Monat mit einem Krankenwagen des BRK ins Theater fahren, manchmal auch in die Stadt, aber sehr selten. Seit 1975 bekomme ich Essen auf Rädern. Damit bin ich jedoch nicht ganz zufrieden. Das Essen kommt aus dem Rheinland, und ich hätte gern was Bayerisches. Dazu zahlt die Stadt die Hälfte.

M. Kratzer: Wie erledigen Sie denn die anfallende Hausarbeit?

E. Frenzel: Zum Putzen brauche ich eine Putzfrau. Wenn ich Bilder aufhängen will, muß ich jedesmal Bekannte bitten. Tapezieren ist nur alle heilige Zeit möglich. Das Weißen zahlt jedoch das Sozialamt. Beim Wäschewaschen hilft mir mit kleinen Sachen eine Bekannte, große muß ich in die Wäscherei geben.

M. Kratzer: Kostet das nicht alles sehr viel Geld?

E. Frenzel: Doch! Es kostet sehr viel Geld, behindert zu sein und sich helfen zu lassen. Für das Gardinenwaschen habe ich erst vor kurzem 96 DM gezahlt.

M. Kratzer: Kommen Sie mit ihrem Geld aus?

E. Frenzel: Da muß man schon arg sparen. Ich habe durch den Acht-Minuten-Takt große Telefongebühren und fühle mich dadurch benachteiligt. Dies ist jedoch die einzige Verbindung zu meinen Bekannten und anderen Behinderten. Für Heizung zahle ich jeden Monat mehr als 100 DM.

Einen großen Betrag macht der Behindertentransport aus. Für eine Fahrt zu meiner Mutter ins Julius-Bauer-Heim und zurück zahle ich 24,- DM. Ich bin meistens von 10 Uhr bis 18.30 Uhr bei meiner Mutter, und das dreimal die Woche.

M. Kratzer: Sind Sie mit dieser Situation zufrieden?

E. Frenzel: Mir bleibt nichts anderes übrig als zufrieden zu sein. Es könnte mir schlechter gehen. Aber man hat einfach zu wenig Geld.

M. Kratzer: Frau Frenzel, was ist denn Ihr größter Wunsch?

E. Frenzel: Das allerwichtigste für mich wäre, eine Aufgabe zu haben. Ähnlich wie ich es früher gemacht habe. Zum Beispiel eine Telefonkette, mit der ich andere Behinderte beraten und zu ihnen Kontakt halten könnte. Für mich ist das Alleinsein manchmal sehr schlimm.

M. Kratzer: Wie stehen Sie zum Motto Miteinander – Zueinander im Jahr des Behinderten, das nun langsam zu Ende geht?

E. Frenzel: Ich hoffe auf eine Änderung, besonders der menschlichen Beziehungen zu anderen. Hier müssen auch die Hilfsorganisationen noch viel lernen. Ich glaube aber auch, daß das Verhalten eine Mentalitätsfrage ist. Mein Hausarzt Dr. Romagnoli kommt mir immer mit einem Lächeln entgegen. Da ist alles gleich ganz anders.

M. Kratzer: Was hat Ihnen denn bei der JUH besonders gut gefallen?

E. Frenzel: Mein schönstes Erlebnis war mit Herrn Krause. (Anmerkung: Herr Krause war nach einem schweren Berufsunfall arbeitsunfähig und wurde 1978 von der JUH Nürnberg in Zusammenarbeit mit der BG Chemie zum Rettungsanitäter ausgebildet; er ist nun wieder in seinem alten Betrieb tätig.) Die JUH hat ihm die Möglichkeit gegeben, trotz des Unfalls bei seiner Firma zu bleiben und nicht Frührentner zu werden. Diese menschliche Komponente ist sehr wichtig. Ich durfte ihm die Rettungssanitätsurkunde geben. Mit der JUH-Jugend habe ich sehr schöne Fahrten gemacht. Wir waren zur 25-Jahr-Feier in München, im Deutschen Museum, beim Altstadtfest, Federweißertrinken. Am Volksfest sind wir sogar Autoskooter gefahren.

M. Kratzer: Sind Sie mit dem Behindertentransport der JUH zufrieden?

E. Frenzel: Letztthin mußte ich von 19 bis 20.45 Uhr in der Nacht vor der Herdwache warten und habe mich sehr gefürchtet. Im großen und ganzen bin

ich mit den Helfern zufrieden. Sie sind manchmal schlecht ausgebildet und wissen gar nicht mit einem Rollstuhl umzugehen, sind jedoch sehr hilfsbereit.

Die Johanniter-Wache ist nicht behindertengerecht. Ich habe große Schwierigkeiten, wenn ich auf die Toilette muß. Warum ist es eigentlich nicht möglich, daß Behinderte aktiv in der JUH mitarbeiten? Sie könnten viel besser eine Brücke zu anderen Behinderten bauen.

Diese wenigen Zeilen zeigen ganz deutlich, mit welchen Schwierigkeiten ein Körperbehinderter leben muß. Zu dem lebenslangen Dasein im Rollstuhl kommen leider auch noch große wirtschaftliche Schwierigkeiten und – überflüssigerweise – Probleme im Umgang mit den nicht-behinderten Bürgern.

Beim Bratwurstessen hat sich die Jugendgruppe II zusammen mit Frau Frenzel Gedanken gemacht, wie die Beziehungen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten gestaltet werden sollten und welche Möglichkeiten sich für die JUH-Helferschaft bieten. Dazu sollte noch gesagt werden, daß die 14- bis 17jährigen Jungen und Mädchen der Jugendgruppe II alle seit Sommer letzten Jahres Mitglieder der JUH sind. Nach der Sanitätshelferausbildung und teilweise Rettungssanitärer-Vorbereitungslehrgang waren sie besonders im Behindertenfahrdienst als Begleiter tätig.

Andreas (17): Wir wollen mehr wirkliche Behindertenarbeit betreiben, gleichaltrige Jugendliche finden und vielleicht echte Freundschaften zustandebringen.

Jutta (16): Diese Freundschaften sollen sich aus dem Fahrdienst ergeben. Außerdem wollen wir ein Heim besuchen und dort Jugendliche kennenlernen.

Adriane (16): Leider ähnelt im Auhof (Anmerkung: ein Heim für geistig behinderte Menschen) die Führung mehr einem Tiergartenbesuch.

E. Frenzel: Mit anderen erhält der Behinderte Kraft und Zuversicht. Man verißt die Behinderung und fühlt sich in die Gemeinschaft aufgenommen. Es ist sehr bequem, einen Behinderten zu stoßen, aber schwer, ihn anzunehmen.

M. Kratzer: Wie seht Ihr denn die Behindertenbetreuung durch den JUH-Standort Nürnberg?

Bernd (14): Es läuft nichts, denn Behindertentransport alleine ist keine Betreuung, sondern nur reines Ein- und Ausladen.

Jutta (16): Es ist eine Sauerei, wie manche mit den Behinderten umspringen. Häufig hört man als Antwort: Die sollen froh sein, überhaupt gefahren zu werden.

Bernd (14): Bei Behindertentransporten sollte außer dem Fahrer ein zweiter Mann mitfahren, um sich mit den Behinderten zu unterhalten.

Jutta (16): Hier könnten entscheidend die Ehrenamtlichen mithelfen.

Christoph (16): Ich glaube, daß viele den Behindertentransport als reine Einnahmequelle sehen, ohne sich in die Lage der Transportierten versetzen zu können.

M. Kratzer: Was würdet Ihr denn tun, um einen Behinderten besser zu betreiben?

Christoph (16): Ich würde ihn öfter besuchen und ihm Gesellschaft leisten.

Jutta (16): Ich würde mit ihm einen Stadtbummel machen.

Hans (14): Ich würde ins Germanische Museum und in den Tiergarten gehen.

Jutta (16): Ich würde versuchen, dem Behinderten eine Aufgabe zu geben.

E. Frenzel: Oder mit dem Behinderten einkaufen gehen. Immer mit dem Behinderten, da Behinderte unter Leuten sein und selbst einkaufen wollen.

Jutta (16): Die Verkäuferinnen waren ganz erstaunt, daß Jugendliche überhaupt mit Behinderten etwas machen.

Markus (15): Man könnte den Behinderten zu Weihnachten einladen.

Jutta (16): Nicht nur an Weihnachten, wie ein Leihstück, sondern öfter.

Bernd (14): Vielleicht sollte man versuchen, vergessene Verwandte aufzutreiben.

M. Kratzer: Stört Euch eigentlich der Altersunterschied zwischen Frau Frenzel und Euch, der ja teilweise dreißig Jahre beträgt?

Jutta (16): Der fällt überhaupt nicht auf. Sicher kommt es auch auf den Behinderten an. Wenn sich beide aufeinander einstellen, wird es keine Schwierigkeiten geben.

Christoph (16): Wir müssen eben versuchen, die Behinderten zu integrieren und nicht als Randgruppe zu behandeln. Wir müssen uns in seine Lage hineinversetzen und seine Interessen berücksichtigen.

E. Frenzel: Eigentlich muß man gar nichts Besonderes machen. Der Behinderte hat die gleichen Interessen wie ein Nichtbehinderter auch. Am wichtigsten sind für ihn Kameradschaft und Freunde, auf die man sich verlassen kann.

Wenn man diese Aussagen aufmerksam verfolgt, fällt sicher die mehrfach geäußerte scharfe Kritik an den jetzt bestehenden Zuständen, leider auch innerhalb der JUH, auf. Es wird aber niemand, der ehrlich ist, bestreiten können, daß gerade auf dem Gebiet der Behindertenarbeit vieles im Argen liegt und leider oft auch Geldschneiderei betrieben wird. Die jungen Helfer der Jugendgruppe und Frau Frenzel selbst haben viele Ideen geäußert, die unseren Behinderten das Leben erleichtern könnten. Wichtig erscheint daran immer wieder die Aussage, daß es weniger auf die materielle Umgebung als vielmehr auf

das freundschaftliche Verhältnis und gegenseitige Zuneigung ankommt.

Es ist eigentlich sehr traurig, daß es so vieler (aber immer noch unzureichender) staatlicher und kommunaler Maßnahmen bedarf, um die Behinderten unter uns wenigstens einigermaßen zu versorgen. Dies scheint mir aber ein Symptom unserer kalten Wohlstandsgesellschaft zu sein, wo fast jeder nur auf sein eigenes Wohlergehen bedacht ist und die wenigen Idealisten, die noch etwas Nächstenliebe besitzen und zu verwirklichen suchen, oft gesellschaftliche Nachteile einstecken müssen. Trotzdem muß sich jeder, der als Johanniter für andere bereitsteht, immer wieder fragen, wie er selbst zu einer Verbesserung beitragen kann.

Unter dem Motto „Nehmt einander an, wie Christus uns angenommen hat“ fanden vor wenigen Wochen in Nürnberg die „Diakonischen Initiativen für Behinderte und Nichtbehinderte“ statt. Dabei ging es der EKD darum, Möglichkeiten zu finden, die menschlichen Barrieren abzubauen, die zu Distanz und Spannungen sowohl zwischen Behinderten und Nichtbehinderten als auch zwischen den Vertretern der verschiedenen Behindertenarten führen. Außerdem sollten organisatorische Wege gefunden werden, Menschen mit und ohne Behinderung zusammenzubringen. Die JUH hatte am Rande dieser Tagung die nicht einfache Aufgabe übernommen, den gesamten Fahrdienst durchzuführen. Unter der Leitung des Nürnberger Kreisgeschäftsführers Lorand Szűszner waren 16 Busse und Pkw, davon je einer aus den JUH-Standorten Gauting, Hagenbach, Allershausen und Erlangen, drei Tage beschäftigt, rund 1000 Personen zu befördern und zu den 15 verschiedenen Veranstaltungsorten zu bringen. Dabei war auch für mich Gelegenheit, die Meinung des Kreisbeauftragten Dieter Horst (40) zu den Fragen der Behindertenbetreuung zu hören: „Im Moment kann leider nicht von einer Betreuung im Sinne des Wortes gesprochen werden. Es ist traurig, daß wir nur einen Behindertentransport durchführen. Aber wer soll's machen? Wo soll es geschehen, regelmäßig Betreuungsabende durchführen? Es fehlt einfach an Räumlichkeiten. Immerhin sind durch Herbert Bruckdorfers Ausflugs- und Erholungsfahrten gewisse Ansätze vorhanden. Dazu hat es bisher nur positive Stimmen gegeben. Das Wesentliche liegt im Fehlen geeigneter Räume.“

Ja, liegt es wirklich nur daran? Oder liegt es vielleicht hier – wie in manch anderem Standort – am mangelnden Interesse und an der Tatsache, daß sich einfach noch keiner richtig Gedanken darüber gemacht hat, welche Empfindungen er im Rollstuhl hätte?

Michael Kratzer

3. Bundesleistungswettbewerb des MHD in Münster

Schlag auf Schlag vor neuen Situationen

Bericht und Auswertung von Dr. med. K. W. Wedel und M. Nowak

3. Bundesleistungs-wettbewerb

Die Friedenschule in Münster bot ideale Voraussetzungen zur Austragung des 3. Bundesleistungswettbewerbs des MHD. Alle zwei Jahre treffen sich die besten Diözesangruppen, um sich den hohen fachlichen Anforderungen dieses Wettbewerbs zu stellen. 22 Gruppen waren am Samstag, dem 12. September 1981, mit ihren Betreuern und „Schlachtenbummlern“ angereist, um mit einem Feldgottesdienst den Wettbewerb zu eröffnen. In der anschließenden Wettbewerbseinweisung wurden der Ablauf des Wettbewerbs und die Wettbewerbsbestimmungen im einzelnen erläutert sowie die Startnummern verlost. Viel Mühe hatten sich die gastgebenden Münsteraner Malteser mit der Gestaltung des gemütlichen Beisammenseins am Abend gemacht.

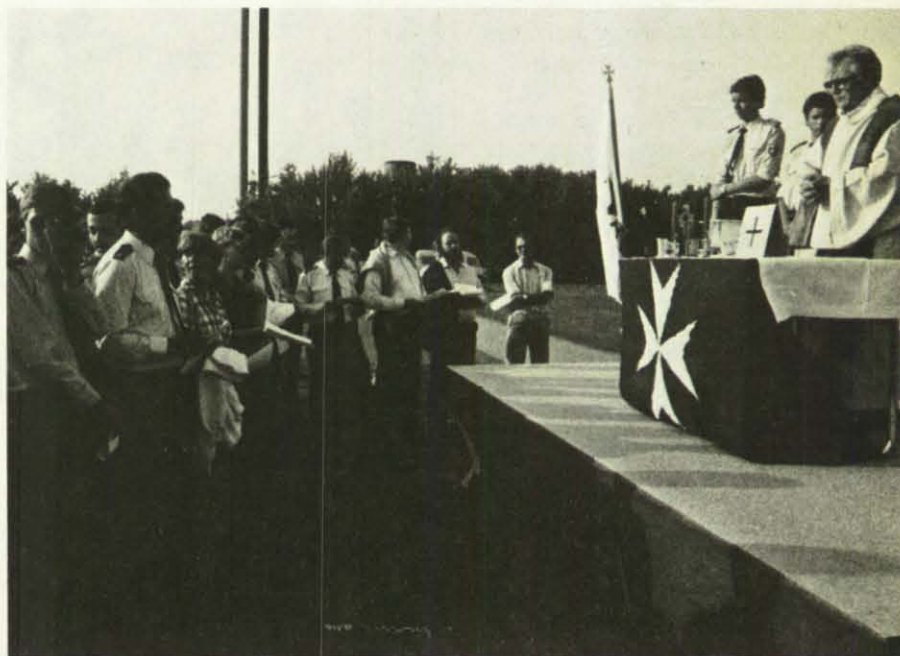
Die Zielsetzung des Wettbewerbs lautete entsprechend der Ausschreibung: „Der Wettbewerb dient der Überprüfung und Förderung des Ausbildungsstandes in den Sanitätseinheiten des MHD.“

Er gliederte sich wiederum in fünf Abschnitte:

- Zeltaufbau
- Erste-Hilfe / Diagnose-Tests
- Tragewettbewerb
- Fragebogen für Helfer und für Gruppenführer
- Sonderwertung.

Zeltaufbau

Nach dem Startsignal war für Sekunden nur das ohrenbetäubende Geklapper der Zeltstangen zu hören, bis nach und nach die Zelte „Gestalt“ annahmen. Bereits nach 118 Sekunden stand die Gruppe des MHD Aachen vor dem fertig aufgerichteten und vorschriftsmäßig befestigten Zelt, dicht gefolgt von den Gruppen Fulda und Köln. Aber auch die Zeit des Letzten war mit 220 Sekunden eine beachtliche Leistung, die zeigte, daß die teilnehmenden Gruppen durch intensives Üben zu wahrhaft sportlichen Leistungen vorgestoßen sind, die von Wettbewerb zu Wettbewerb die Rekorde „purzeln“ lassen.



Eröffnet wurde der Bundesleistungswettbewerb mit einem Gottesdienst im Freien.

Erste-Hilfe / Diagnose-Test

Zu insgesamt sechs realistisch dargestellten Notfallsituationen hatten die Helfer der Gruppen – jeweils zu zweit oder zu dritt – ihre Kenntnisse in der richtigen Beurteilung einer Notfallsituation und der Durchführung von Erste-Hilfe- und sanitätsdienstlichen Maßnahmen unter Beweis zu stellen.

Ein besonderes Lob verdienen hierbei die befreundeten Gruppen der EHBO und der Lotus-Gruppe aus den Niederlanden, die die Verletzten und andere darzustellende beteiligte Personen glänzend mimten.

Die erste Aufgabe war von drei Helfern zu lösen. Sie standen vor folgender Situation: Jugendliche Motorradfahrer sind auf einem Baugelände über Hindernisse „gejagt“. Ein Motorradfahrer konnte die Maschine vor einem Betonklotz nicht mehr rechtzeitig hochreißen und ist in vollem Tempo dagegengerast. Er ist kopfüber über die Maschine gestürzt. Dabei hat er einen zweiten Fahrer mitgerissen. Die Motorräder liegen mit laufenden Motoren auf dem Boden. Zwei weitere Motorradfahrer stehen hilflos herum und „motzen“ über das Verhalten der Helfer.

Der gestürzte Fahrer ist bewußtlos, es besteht der Verdacht eines Halswirbelkörperbruches, während der zweite Fahrer neben Prellungen und Schürfungen über ein stark schmerzhaftes und angeschwollenes Kniegelenk klagt.

Die besondere Problematik dieses Falles lag in der Frage der Abnahme des Helmes beim bewußtlosen Motorradfahrer. Da von vorhandener Atmung ausgegangen wurde, bestand kein dringender Grund zur Abnahme des Helmes, etwa zum Zwecke der Durchführung der Atemspende. Wurde der Helm jedoch abgenommen, so mußte dies vorschriftsmäßig erfolgen. Nur die Hälfte der teilnehmenden Gruppen verhielt sich in dieser Frage richtig, während allgemein Unsicherheit über das richtige Vorgehen im Falle des verunglückten Helmträgers festzustellen war. Hierzu dürfte nicht zuletzt die oft auch kontrovers geführte Diskussion in der Öffentlichkeit beigetragen haben. Die erwarteten Erste-Hilfe-Maßnahmen wurden im übrigen ausnahmslos beherrscht.

Die zweite Aufgabe zeigte den Helfern durch einen ohrenbetäubenden Knall den Unglücksort an. Ein Explosionsunglück bei Schweißarbeiten fordert zwei Schwerverletzte, ein Arbeiter wird von

einem Baugerüst geschleudert und schlägt auf herumliegende Bauteile auf. Er trägt einen Beckenbruch und einen Schock davon. Der zweite Arbeiter erleidet Verbrennungen 1. bis 3. Grades an beiden Händen und Unterarmen.

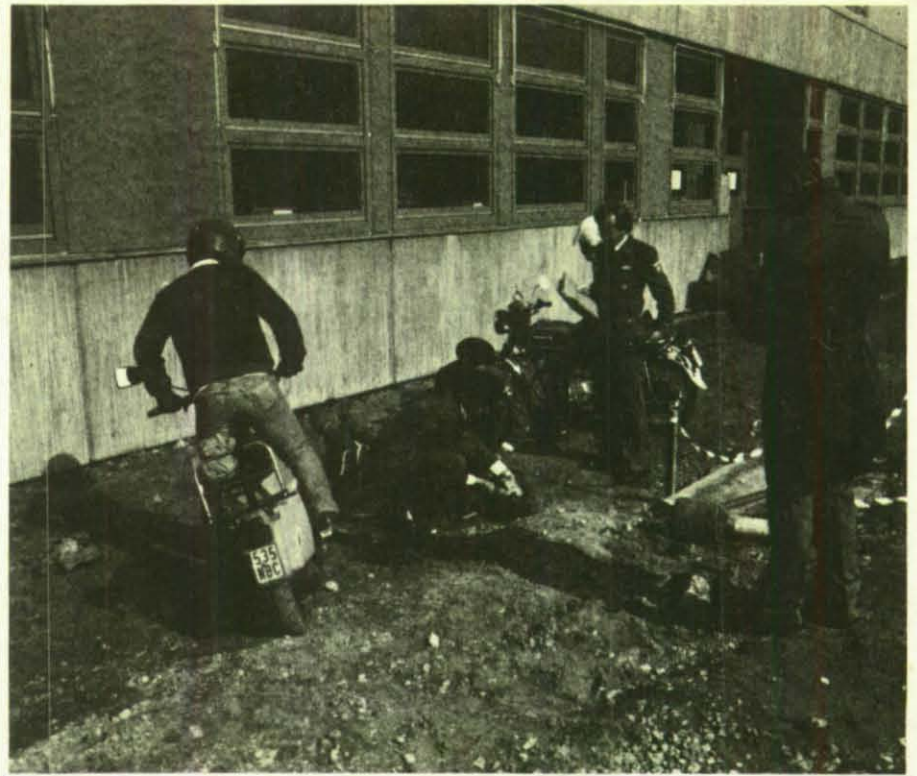
Offensichtlich hatten die Helfer Mühe, den eigenen Schreck – ausgelöst durch den unerwarteten Explosionsknall und die realistische Unfalldarstellung – zu überwinden. Doch dann handelten sie rasch und umsichtig. Bei dem vom Gerüst gestürzten Arbeiter schien oberstes Gebot: keine Lageveränderung durchzuführen. Die Hälfte der teilnehmenden Gruppen begnügte sich mit dem allgemeinen Verdacht auf innere Verletzungen. Obwohl der Verletzte ansprechbar war und über Schmerzen im Beckenbereich klagte, erkannten nur etwa die Hälfte der Helfer den Beckenbruch.

Perfekt wurde die Hilfe bei den Verbrennungen geleistet, unter besonderer Beachtung des sich entwickelnden Schockzustandes.

In der dritten Aufgabe war erstmalig in einem Wettbewerb eine Schülerin zu „behandeln“, die sich wegen schulischer und privater Schwierigkeiten aus 10 m Höhe von einer Freitreppe stürzen wollte. Obwohl die Lösung derartiger Aufgaben nicht zum Ausbildungsprogramm der Helfer zählt, zeigten sie ein überraschend hohes Einfühlungsvermögen. So gelang es allen Gruppen, durch umsichtiges Befragen von einer vorherigen Tabletteneinnahme zu erfahren und die Schülerin zu der Aufgabe ihres Vorhabens zu bewegen. Auch die anschließend erwarteten Erste-Hilfe-Maßnahmen wurden von allen Gruppen bei einer unbedeutenden Fehlerquote beherrscht.

Bei der vierten Aufgabe waren sanitätsdienstliche Maßnahmen in einem Sanitätszelt vorzunehmen. Bei einer Veranstaltung trafen mehrere Neuzugänge ein, die versorgt werden mußten, darunter eine Störung des Wasser- und Elektrolythaushaltes infolge einer seit Tagen anhaltenden Durchfallerkrankung, des weiteren ein Insektenstich und ein von zwei Passanten ins Zelt getragener „Ohnmächtiger“. Die getroffenen Feststellungen mußten dem hinzukommenden Arzt mitgeteilt und seine Anweisungen ausgeführt werden.

Schwierigkeiten, den durch „Entwässerung“ herbeigeführten Krankheitszustand festzustellen, entstanden dadurch, daß ca. die Hälfte der Wettbewerbsteilnehmer den Erkrankten nicht nach der Vorgeschichte und seinen Beschwerden befragten, sondern sich auf eigene Feststellungen – wie Schocksymptome – beschränkten. Aber schließlich kam ein Arzt hinzu, der die Diagnose stellen konnte ... Die Anweisungen des Arztes



Situation im Erste-Hilfe- und Diagnose-Test: Ein Mopedfahrer ist gegen einen Betonklotz geprallt.



Explosionsunglück bei Schweißarbeiten – Was ist zu tun?

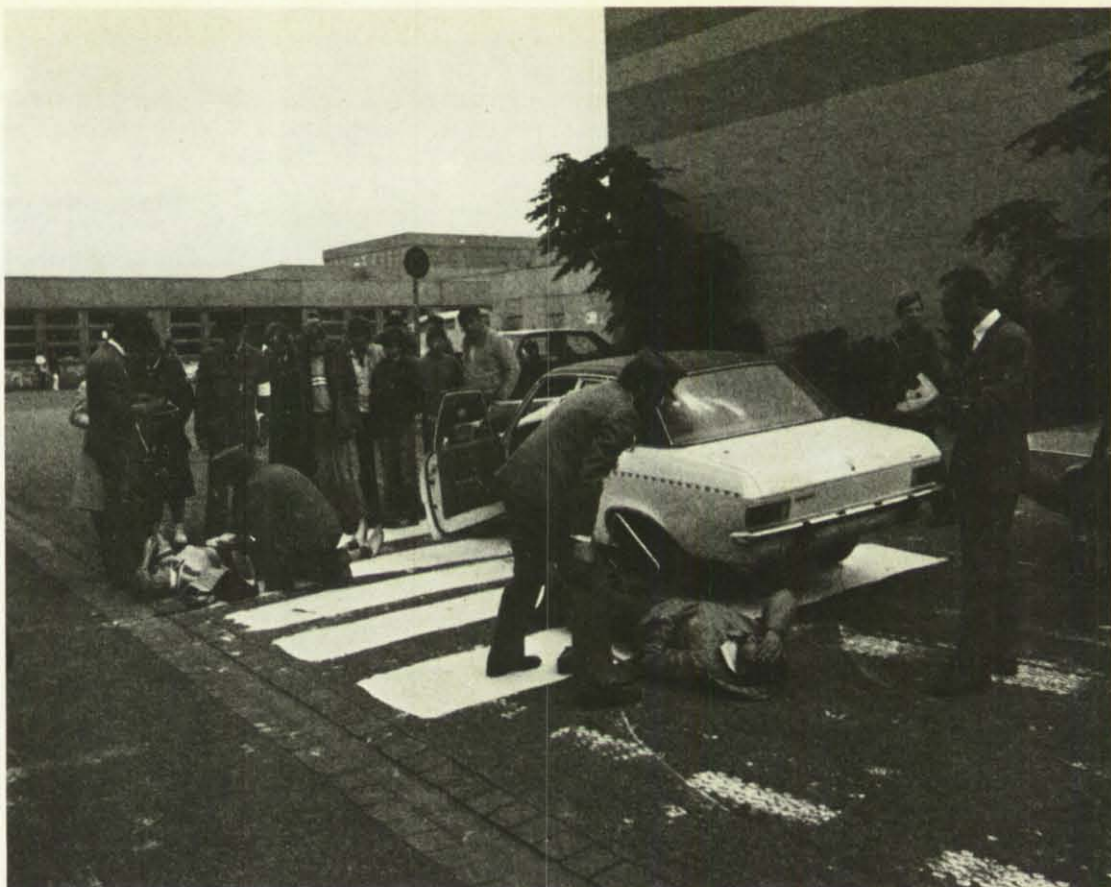
wurden prompt und richtig ausgeführt. Hierzu zählte das Blutdruckmessen sowie die Vorbereitung einer Injektion und einer Infusion.

Als fünfte Aufgabe wurden zwei Helfer einer bewußtlosen Person in einem Parkgelände gegenübergestellt. Sie zeigte deutliche Anzeichen eines Schlaganfalles, der auch außer drei Teilnehmern von allen Gruppen erkannt wurde. Zur Durchführung der Erste-

Hilfe-Maßnahmen stand ein Satz Geräte zum Absaugen und Beatmen zur Verfügung.

Der vom MHD Köln stammende Verletzendarsteller spielte seine Rolle so perfekt, daß er ohne Widerstand das Einführen eines Absaugkatheters und eines GÜdeltubus über sich ergehen ließ. Dabei prüften nur 25% der Teilnehmer die einzuführende Katheterlänge (Nase-Ohr-Abstand), und nur 35% wählten die

Wichtig bei Verkehrsunfällen: Information über Unfallhergang und Beschwerden der Verletzten einholen!



richtige Größe des Rachtentubus, wengleich die Technik des Absaugens und des Einführens des Tubus bis auf zwei Fälle beherrscht wurden. Dieses Verhalten dürfte darauf hinweisen, daß – bei Beherrschung der theoretischen Grundkenntnisse – nicht genügend praktische Erfahrung vorliegt.

Bei der sechsten Aufgabe handelte es sich um einen Verkehrsunfall, bei dem ein Fußgänger auf dem Zebrastreifen von einem Auto erfaßt wurde und neben einer Schädelhirnverletzung mehrere Knochenbrüche, Prellungen und Schürfungen erlitten hat. Der Fahrer ist offensichtlich unverletzt, steht aber unter dem Eindruck des Unfallgeschehens.

Die Lösung dieser Aufgabe erfolgte am besten hinsichtlich der auf Grund offensichtlicher Verletzungen (Knochenbrüche/Schock/Bewußtlosigkeit) notwendig werdenden Maßnahmen. Wichtig auch festzustellen, daß alle Gruppen den schwerverletzten Fußgänger auf das Vorliegen der Vitalfunktionen überprüften und diese Prüfungen regelmäßig wiederholten.

Zusammengefaßt konnte festgestellt werden:

- Die theoretischen Kenntnisse der Erste-Hilfe waren gut bis sehr gut.
- Die Beurteilung des Allgemeinzustandes mit einer systematischen Überprüfung des Verletzten durch Abtasten des ganzen Körpers erfolgte nur in wenigen Fällen.

● Wichtige Informationen über den Unfallhergang, die Aufschluß über Art und Schwere der Verletzung geben konnten, wurden weder bei Augenzeugen noch bei den Unfallbeteiligten selbst regelmäßig eingeholt.

● Die Verletzten selbst wurden zu selten nach Beschwerden befragt. Man bemühte sich um das Erkennen äußerer Symptome, dort, wo ein Befragen des Verletzten eindeutige Auskunft über die Verletzungen geben würde.

● Einzelne Spitzenleistungen vermochten die Gruppenergebnisse insgesamt positiv zu beeinflussen; die entsprechenden Helfer übernahmen „Führungsrollen“ mit klarer Aufgabenzuweisung.

● Insgesamt machte sich fehlende Praxis bemerkbar. Wettbewerbe dieser Art – auch innerhalb der Einheiten durchgeführt – sollten diese fehlende Praxis vermitteln.

Bei der Beurteilung der Wettbewerbsleistung muß die besondere Wettbewerbssituation berücksichtigt werden, bei der die Helfer „Schlag auf Schlag“ vor neue realistische Unfallszenen gestellt wurden, die innerhalb von nur drei Minuten als Gesamtsituation erfaßt und durch entsprechende Erste-Hilfe-Maßnahmen gelöst werden mußten. Dies stellt extrem hohe Anforderungen an die Helfer, die der Realität in keiner Weise entsprechen. Naheliegender ist auch, daß unter diesen Umständen man es vermied, zeitaufwendige Maßnahmen durchzuführen.

ren. Der Wettbewerb zwang die Teilnehmer, sich auf die notwendigsten Feststellungen und Maßnahmen zu konzentrieren.

Folgerung

Für den nächsten Bundesleistungswettbewerb werden daher Erste-Hilfe / Diagnose-Aufgaben mit entsprechend längerer Zeit zur Lösung vorgesehen.

In der Aus- und Fortbildung der Helfer muß das grundsätzliche Vorgehen am Unfallort, also die Verhaltensstrategie, in den Mittelpunkt der theoretischen und praktischen Unterweisung gestellt werden.

Die Gruppenarbeit sollte intensiviert werden, um die Fähigkeiten des einzelnen Helfers in die Aufgabenerfüllung im Sinne einer Teamarbeit einbringen zu können.

Bewährt hat sich die Ausarbeitung der Aufgabenstellungen im Rahmen der dem Wettbewerb vorausgehenden Tagung der Diözesanausbildungsreferenten. Hierdurch konnten gezielt Ausbildungsschwerpunkte überprüft werden, wobei sich die Notwendigkeit zur Intensivierung dann auch bestätigte. Bei der Bewertung der Wettbewerbsaufgaben hat es sich als sehr zweckdienlich erwiesen, daß an allen Stellen Ärzte aus der Diözese Münster unter der Leitung des Diözesanarztes Dr. Erich Neuwald und die Ausbildungsreferenten der Diözesen eingesetzt werden konnten.

Plazierung

Das Ergebnis des Erste-Hilfe / Diagnose-Tests zeigt eine breite Spitze guter Leistungen. Deutlich setzte sich die beste Gruppe, die des MHD Fulda mit 132,0 Punkten, von der folgenden Gruppe des MHD Trier mit 116,4 Punkten ab. Dahinter folgten mit Paderborn (106,2), Würzburg (105,6) und Hildesheim (105,0) die Nächstplazierten.

Tragetest

Die Übung bestand aus vier Teilen, wobei Punkte für das jeweils richtige Verhalten und die Durchführung gegeben wurden: Im ersten Test war ein Motorradfahrer mit Verdacht auf Halswirbelverletzung auf eine Vakuummatratze zu lagern und mit der Trage in einen KTW einzuladen.

Im zweiten Test war ein Patient mit angelegter Infusion von einem Feldbett auf eine Trage umzulagern und in einen KTW einzuladen. Im dritten mußte ein „Bewußtloser“ auf eine Trage gelagert und über Treppen zu einem Zielpunkt getragen werden; und im vierten Test war ein auf einem Traktor sitzender Landwirt mit den Symptomen eines Herzinfarktes zu bergen und auf einer Trage über einen Weidenzaun hinweg zu einem Absetzpunkt zu bringen.

Über 90% der Gruppen lösten diese Aufgaben nicht nur fachlich korrekt, sondern bewiesen auch den nötigen schonenden Umgang beim Aufheben, Umlagern und Tragen des Verletzten. Lediglich beim Transport über Treppenauf- und -abgänge bei der dritten Aufgabe wurde von einigen Gruppen nicht auf das Wechseln der Tragerichtung geachtet.

Das gute Ergebnis in diesem Teilwettbewerb ist sicherlich auf die Übungsmöglichkeiten in diesem Ausbildungsbereich zurückzuführen. Es zeigt, zu welchen Leistungen intensives Training auch in anderen Ausbildungsbereichen führen würde.

Fragebogen für Helfer

In schon bewährter Weise wurde den Helfern ein Fragebogen mit fünf Fragen aus dem Bereich der Ersten Hilfe und des Sanitätswesens vorgelegt; dabei galt es, nach dem Multiple-Choice-System unter mehreren vorgegebenen Antworten die richtige(n) Antwort(en) zu kennzeichnen. Dadurch wurde es möglich, das Spektrum des Wissensstandes in erweiterter Form zu überprüfen und damit den aus den anderen Übungen gewonnenen Eindruck zu vervollständigen. Dies ist auch deswegen wichtig,

weil bei den anderen Abschnitten immer nur einige Mitglieder der Gruppe zum Einsatz kamen. Bei den nicht allzu schweren, auf den zu erwartenden Wissensstand eines Helfers abgestellten Fragen haben sich im Durchschnitt gute Ergebnisse gezeigt. Über 80% der Helfer hat alle Fragen richtig beantwortet. Häufigster Fehler: Verwechslung der Begriffe Asepsis und Antiseptis.

Das Ergebnis bestätigt die an anderer Stelle getroffene Feststellung, daß eine gute theoretische Ausbildung vorhanden ist, deren praktische Anwendung mangels geeigneter Möglichkeiten nicht den gleichen Standard erreicht hat.

Fragebogen für Gruppenführer

Der Fragebogen für Gruppenführer befaßte sich mit dem Wissen über Organisationsstrukturen, den Internationalen Schutzzeichen im Sinne der Genfer Konvention, dem Führungsvorgang und den Aufgaben eines Gruppenführers im MHD.

Die Vielzahl der Begriffe bei der nach dem Multiple-Choice-System gestellten Frage zu den vier Phasen des Führungsvorgangs hat die Gruppenführer wahrscheinlich verwirrt. Zwar waren in der Regel die angekreuzten Begriffe richtig gewählt, nur sechs Einheitsführer erinnerten sich jedoch an die richtige Reihenfolge der Phasen:

1. Lagefeststellung
2. Planung (mit Beurteilung der Lage, Entschluß, Einsatzplan)
3. Befehlsgebung
4. Kontrolle

Die höchste Punktzahl erhielten bei der Auswertung der Fragebogen die Gruppen Augsburg, Osnabrück und Bamberg.

Sonderwertung

Als Sonderwertung fand erstmals eine Überprüfung der zur Anfahrt benutzten Gruppenfahrzeuge und deren Fahrer statt. Dabei kam folgendes Ergebnis zutage:

● Eine Fahrtenweisung, also der schriftliche Auftrag zur Durchführung der Fahrten, lag zu 48% vor, dabei führten 19% kein Fahrtenbuch mit sich.

● In zwei Fällen wurde der vorgeschriebene Verbandkasten nicht mitgeführt (dies hätte zur Not durch die Anwesenheit der „Profi-Helfer“ kompensiert werden können).

Eine hervorragende Fahrpraxis zeigten jedoch die Fahrer beim anschließenden Durchfahren eines Geschicklichkeitsparcours, der vom ADAC bereitgestellt wor-

den war. Insgesamt auch in diesem Teilwettbewerb eine mehr als zufriedenstellende Leistungsbilanz, an deren Spitze die Fahrer der Gruppen Augsburg, Aachen und Essen zu finden waren.

Siegerehrung

Noch während in der Auswertungsstelle die Rechenmaschinen auf Hochtouren liefen, um den Sieger zu ermitteln, begann in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Siegerehrung. In seiner Ansprache hob Generalsekretär Freiherr Heereman den Wert der ehrenamtlichen Mitarbeit für die Gesellschaft hervor. An diesen Wert dürfe man sich nicht nur in Zeiten wirtschaftlicher Rezession erinnern. Er bedauerte die immer geringeren Möglichkeiten des Einsatzes ehrenamtlicher Helfer im Zuge der Professionalisierung im Rettungsdienst. Gerade dieser Wettbewerb zeige die Notwendigkeit des praktischen Einsatzes der Helfer als Befähigung zur Hilfeleistung im Katastrophenfall. Andererseits zeige das Ergebnis auch, daß fachliche Qualität nicht eine Frage des ehrenamtlichen oder hauptberuflichen Status sei.

Regierungspräsident Erwin Schieberger überreichte dann der an dritter Stelle in der Gesamtwertung plazierten Gruppe des MHD aus der Diözese Passau den von ihm gestifteten Preis.

Freiherr Heereman konnte danach dem 2. Sieger den vom Generalsekretariat gestifteten Pokal an die Gruppe des MHD aus der Diözese Trier übergeben und zu diesem Erfolg herzlich gratulieren.

Unbändige Freude brach bei der Gruppe des MHD aus der Diözese Fulda aus, als sie als Sieger des 3. Bundesleistungswettbewerbs bekanntgegeben wurde. In Vertretung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten überreichte Ministerialdirigent Kurt Knop, Leiter der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz im Innenministerium des Landes, den gläsernen Pokal an die Siegergruppe. Für den jüngsten Teilnehmer – er gehörte der Jugendgruppe aus Freiburg an – hatte Knop einen Bildband über Nordrhein-Westfalen mit einer Widmung des Ministerpräsidenten mitgebracht.

Mit den Wünschen für eine gute Heimfahrt verband Generalsekretär Freiherr Heereman den Dank an die Leitung, Organisatoren, Schiedsrichter, Darsteller und alle, die mit dazu beigetragen hatten, den 3. Bundesleistungswettbewerb zu einer gut organisierten, auf hohem Leistungsniveau durchgeführten Veranstaltung und einem wirklichen Gemeinschaftserlebnis werden zu lassen, die neue Motivation in die aktiven Gliederungen des MHD hineinragen möge.



Zum Jahreswechsel 1981/82

Der Jahreswechsel gibt Anlaß zur Vorschau, aber vor allem zum Rückblick.

Das Jahr 1981 hat nach 30 Jahren einen Wechsel in der Führung des Deutschen Feuerwehrverbandes gebracht.

Nachdem im März die Wahlen in Bonn durchgeführt wurden, erfolgte die Amtsübergabe am 25. Juli in Böblingen. Den festlichen Rahmen hierzu boten die 7. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe mit den 3. Internationalen Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerben sowie das XIII. Internationale Symposium. Es war ein erhebendes Gefühl dabeizusein, wie 110 Feuerwehrgruppen aus 19 Nationen und 19 Jugendfeuerwehrgruppen aus elf Nationen in fairem Wettkampf um Sekunden kämpften. Bei den Rahmenveranstaltungen wurden alte Freundschaften vertieft und neue geknüpft. Die Schlußkundgebung mit der Siegerehrung zeigte eindrucksvoll die große Verbundenheit der Feuerwehrkameraden aller Nationen und gibt Hoffnung für die Zukunft. Bei dem Symposium wurden neue Wege im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz aufgezeigt.

Allen, die zum Gelingen beigetragen haben, an erster Stelle der Stadt Böblingen

und dem Land Baden-Württemberg, gilt besonderer Dank!

In der Festveranstaltung am 25. 7. wurde der bisherige Präsident des CTIF, HOLAUBER, durch seinen Nachfolger, Präsident DOLLINGER, verabschiedet und seine Verdienste um die internationalen Feuerwehren gewürdigt.

Namhafte Persönlichkeiten des Bundes und der Länder hatten sich eingefunden, um dem scheidenden Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, ALBERT BÜRGER, ihren Dank abzustatten. Fast 30 Jahre, seit der Wiedegründung im Jahre 1952, hat ALBERT BÜRGER den deutschen Feuerwehrverband geführt. Seiner Person ist es zu danken, daß die Deutschen Feuerwehren im In- und Ausland Achtung und Anerkennung erfahren.

Durch seine Menschlichkeit, Beharrlichkeit und seine große Überzeugungskraft hat ALBERT BÜRGER die Einheit aller im Brandschutz Tätigen herbeiführen können.

Wir sagen unserem jetzigen Ehrenpräsidenten ALBERT BÜRGER für die für uns geleistete aufopferungsvolle Tätigkeit noch einmal ein herzliches Dankeschön!

Das Jahr 1982 wird für die Feuerwehren wieder viel Arbeit bereithalten. Die Aus- und Fortbildung ist wichtige Voraussetzung zur Bewältigung der Aufgaben im Einsatzgeschehen. Knappere Mittel bei den Kommunen zwingen zu Überlegungen bei der Beschaffung neuer Technologien, ob sie den Einsatzwert der Feuerwehren überhaupt verbessern werden. Gerade in der vor uns liegenden Zeit wird es wichtig sein, daß die Feuerwehren der Bundesrepublik eine nach innen und außen geschlossene Einheit sind, wobei die landschaftlich bedingten Eigenheiten erhalten bleiben müssen.

Ich danke allen Feuerwehrkameraden für den selbstlosen Einsatz im Feuerwehrdienst. Gleichzeitig gilt mein Dank den Politikern im Bund und in den Ländern ebenso wie den Herren in den kommunalen und staatlichen Verwaltungen, die im vergangenen Jahr uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben behilflich waren.

Allen Feuerwehrkameraden und ihren Angehörigen, allen im Brandschutz Tätigen, wünsche ich Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahre 1982.

Hinrich Struve

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

Sachstandsbericht zur Feuerschutzsteuer

Die Steuer dient der Grundfinanzierung der Freiwilligen Feuerwehren

Von R. Voßmeier, Bundesgeschäftsführer des DFV

Der Deutsche Feuerwehrverband veröffentlicht seinen „Sachstandsbericht zur Feuerschutzsteuer“, um umfassend über den Sachverhalt und gegenwärtigen rechtlichen Stand zu informieren, da die Feuerschutzsteuer nach wie vor die Grundfinanzierung der Sachkosten der Freiwilligen Feuerwehren in allen Bundesländern bildet. Auch künftig muß das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer gerecht und in einem ausgewogenen Verhältnis unter den einzelnen Bundesländern verteilt werden. Das gegenwärtig gültige Feuerschutzsteuergesetz beinhaltet die Festlegung, daß der „Verteilerschlüssel“ (§ 11) zum 31. Dezember 1983 ungültig wird.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat berechnete Sorgen, daß es im Beratungsverfahren nicht rechtzeitig gelingt, sich zu diesem Termin auf einen neuen „Verteilerschlüssel“ zu einigen. Er appelliert deshalb an die zuständigen Ministerien in Bund und Ländern, an die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, an die Kommunalen Spitzenverbände und die Versicherungswirtschaft, alles zu tun, daß termingerecht zum 1. Januar 1984 ein vertretbarer Verteilerschlüssel durch Gesetz kraft wirksam wird.

- 1.0 Zweck der Feuerschutzsteuer
 - 1.1 Allgemeine Haushaltsmittel
 - 1.2 Zweckgebundene Ausgaben
 - 1.3 Anteil der Feuerschutzsteuer an Gesamtausgaben
- 2.0 Feuerschutzsteuergesetz
 - 2.1 Zu besteuernde Versicherungen
 - 2.2 Bemessungsgrundlage
 - 2.3 Steuersätze
 - 2.4 Verteilerschlüssel
 - 2.5 Gesamt-Prämienaufkommen
 - 2.6 Gültigkeitsdauer 31. 12. 1983
- 3.0 Maßnahmen zur Novellierung des Verteilerschlüssels
 - 3.1 Neuer Verteilungsmodus wichtig
 - 3.2 Veränderungen bei den Einnahmen
- 4.0 Forderungen der Feuerwehren
- 5.0 Anlagen
 - Nr. 1 Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer
 - Nr. 2 Gesamtaufkommen aus der Feuerschutzsteuer in den Ländern
 - Nr. 3 Einnahmen an Feuerschutzsteuer nach der Verteilung des Steueraufkommens der privaten Versicherer

Jahr	nach Recht bis 31.12.1973 in Mio. DM	nach Recht bis 31.12.1979 in Mio. DM	nach Recht ab 1.1.1980 in Mio. DM	Schätzungen bei der Novellierung im Jahre 1979 nach Recht ab 1.1.1980 in Mio. DM
1970	96	-	-	-
1971	119	-	-	-
1972	169	-	-	-
1973	188	-	-	-
1974	-	196	-	-
1975	-	188	-	-
1976	-	171	-	-
1977	-	183	-	234
1978	-	177	-	249
1979	-	199	-	265
1980	-	-	242	282
1981	-	-	(275) #)	-

Rechtsgrundlagen:
 Monopole = 12%
 G.r.Vers. = 6%
 priv.Vers. = 4%
 Bemessungsgrundlagen: *
 VGV-Anteil = 50%
 VHV-Anteil = 40%

dto. %
 Bemessungsgrundlagen:
 VGV/VHV-Anteil = 0%

Monopole = 12%
 sonst.Vers. = 5%
 Bemessungsgrundlagen:
 VGV-Anteil = 25%
 VHV-Anteil = 20%

#) = Schätzung des Aufkommens 1981 durch den AR "Steuer-schätzung" des BMF

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
Stand: 16.12.1981

Anlage 1 zum
Sachstandsbericht "Feuerschutzsteuer"

AUFKOMMEN AUS DER FEUERSCHUTZSTEUER

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
Stand: 16.12.1981

Gesamtaufkommen aus der Feuerschutzsteuer in den Ländern
=====

Anlage 2 zum
Sachstandsbericht "Feuerschutzsteuer"

- Beträge in Mio. DM -

	1960	1963	1965	1969	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Schleswig-Holstein	1,6	1,6	2,2	2,58	3,48	4,30	5,56	4,75	3,99	3,98	4,1	4,8	4,6	6,4
Niedersachsen	5,0	6,0	8,5	8,86	12,92	16,36	22,47	19,41	20,32	10,36	26,2	20,6	19,3	28,3
Nordrhein-Westfalen	7,9	11,1	12,6	19,71	26,37	39,40	34,56	46,02	31,54	30,2	39,2	20,8	52,8	43,3
Hessen	3,7	4,0	6,3	8,76	12,39	17,62	19,75	18,87	23,97	18,66	20,1	22,9	21,5	29,2
Rheinland-Pfalz	2,1	2,8	3,3	3,87	5,51	6,05	11,60	10,08	9,63	8,0	8,0	9,4	8,7	11,7
Baden-Württemberg	6,0	8,3	13,2	15,37	21,09	30,71	40,15	32,33	43,62	51,52	42,6	45,9	39,5	51,3
Bayern	8,0	12,0	13,0	19,53	25,80	39,03	36,73	50,25	39,4	41,0	32,6	36,7	35,4	48,0
Saarland	0,4	0,5	0,6	0,74	1,36	1,20	2,24	1,79	0,47	1,82	0,7	1,8	1,7	1,2
Hamburg	2,0	1,5	2,7	4,43	5,82	9,77	9,17	7,38	10,26	1,46	5,0	8,1	4,7	15,8
Bremen	0,4	0,5	0,7	1,27	1,79	2,04	2,55	2,29	2,2	1,6	1,6	2,7	1,6	3,2
Berlin (West)	1,0	1,2	1,3	1,57	2,03	2,88	3,24	3,13	2,75	2,43	2,4	3,4	9,1	3,8
Gesamt	38,1	49,5	64,4	86,69	118,56	169,36	188,02	196,30	188,15	171,03	182,5	177,1	198,9	242,2

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
Stand: 16.12.1981

Anlage 3 zum
Sachstandsbericht "Feuerschutzsteuer"

Einnahmen an Feuerschutzsteuer
nach der Verteilung
des Steueraufkommens der privaten Versicherer

Land	Anteil in %	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Baden-Württemberg	15,79	11.711.195,05	10.091.453,63	12.025.300,39	10.805.840,21	12.466.964,83	18.461.631,70
Bayern	11,69	8.670.289,43	7.471.126,85	8.902.834,80	8.000.017,23	9.229.817,53	13.667.921,13
Berlin	3,28	2.432.724,49	2.096.261,43	2.497.972,47	2.244.658,38	2.589.717,84	3.834.968,46
Bremen	2,47	1.831.960,21	1.578.587,11	1.881.095,12	1.690.337,26	1.950.183,86	2.887.918,32
Hamburg	8,36	6.200.480,72	5.342.910,22	6.366.783,49	5.721.141,49	6.600.622,29	9.774.492,78
Hessen	9,89	7.335.257,69	6.320.739,48	7.531.996,25	6.768.192,50	7.808.630,92	11.563.365,27
Niedersachsen	9,48	7.031.167,13	6.058.706,80	7.219.749,70	6.487.610,21	7.484.916,19	11.083.994,21
Nordrh.-Westfalen	32,09	23.800.649,08	20.508.850,35	24.439.005,04	21.960.697,42	25.336.599,20	37.519.554,24
Rheinland-Pfalz	3,56	2.640.396,10	2.275.210,57	2.711.214,02	2.436.275,56	2.810.791,31	4.162.343,82
Saarland	1,36	1.008.690,64	869.181,57	1.035.744,68	930.712,01	1.073.785,44	1.590.108,87
Schleswig-Holstein	2,03	1.505.619,12	1.297.381,31	1.546.001,25	1.389.224,55	1.602.782,68	2.373.471,33
Gesamt	100,00	74.168.429,66	63.910.409,32	76.157.697,21	68.434.706,82	78.954.812,09	116.919.770,13

Nr. 4 Zusammenstellung der Ausgaben für den Brandschutz im Bundesgebiet für das Jahr 1977

Nr. 5 Brandschadenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Feuerschutzsteuer bildet die Grundfinanzierung der Sachkosten der Freiwilligen Feuerwehren in allen Bundesländern. Der Deutsche Feuerwehrverband will mit diesem Sachstandsbericht allen Beteiligten am Gesetzgebungsverfahren in Bund und Ländern und allen Feuerwehren darlegen, wie die gegenwärtige Situation des Feuerschutzsteuergesetzes ist, welche Maßnahmen zur Novellierung des Zerlegungsverfahrens (Verteilerschlüssel) notwendig sind und wie sich die Feuerschutzsteuer auf die Finanzierung der Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren in der Bundesrepublik auswirkt.

1.0 Zweck der Feuerschutzsteuer

Die Feuerschutzsteuer wird nicht von den einzelnen Bürgern (Versicherungsnehmern) erhoben, sondern von den Feuerversicherungsprämien abgeführt, die von den Feuerversicherungsunternehmen eingezogen werden. Infolgedessen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nur rd. 130 Steuerschuldner, nämlich die Versicherungsunternehmen.

1.1 Allgemeine Haushaltsmittel

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß der Brandschutz als öffentliche Aufgabe aus allgemeinen Haushaltsmitteln nicht ausreichend finanziert werden kann. Auch wurde klar, daß die Länder nicht bereit und willens sind, eine ausschließliche Finanzierung aus Haushaltsmitteln zu realisieren. Im Gegenteil, es waren in der Vergangenheit und sind auch heute Tendenzen bemerkbar, allgemeine Haushaltsmittel für den Brandschutz völlig zu streichen sowie die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer teilweise sehr weit auszudehnen. Die derzeitige finanzielle Lage der Länder und Kommunen läßt eine größere Umschichtung von Haushaltsmitteln zugunsten des Brandschutzes nicht zu, und es kann auch zu Lasten anderer Bedarfsträger kaum eine weitere Aufstockung der Haushaltsmittel für den Brandschutz vorgenommen werden. Es ist unbestritten, daß die Länder und Kommunen nicht in der Lage sind, die erforderlichen Mittel für den Brandschutz aus allgemeinen Haushaltsmitteln bereitzustellen. Schlußfolgerung hieraus ist, daß die Feuerschutzsteuer mit dem gegenwärtigen Aufkommen erhalten bleiben muß und daß wie bisher alle Länder in den Genuß aus diesem Aufkommen kommen müssen.

1.2 Zweckgebundene Ausgaben

Die Besonderheit der Feuerschutzsteuer besteht darin, daß sie für den Brandschutz zweckgebunden verausgabt werden muß. Eine frühere Argumentation, nach der mit den Mitteln der Feuerschutzsteuer u. a. die Aufgaben des Rettungsdienstes mitfinanziert werden, ist sachlich falsch. Aus den öffentlichen Haushalten ist unschwer zu erkennen, daß der Rettungsdienst seine eigenen Finanzierungsquellen hat. Auch ein früherer Hinweis, daß mit der Feuerschutzsteuer, die nur von denjenigen aufgebracht wird, die ihr Hab und Gut durch den Abschluß einer Feuerversicherung schützen, eine für die Allgemeinheit tätige Einrichtung (Freiwillige Feuerwehr) im wesentlichen finanziert wird, ist zu einfach und zu klischeehaft dargestellt. Gerade diejenigen, die wertvolles und besonders brandgefährdetes Eigentum besitzen, profitieren am meisten von einer gut ausgerüsteten und schlagkräftigen Feuerwehr. Es entspricht einem klassischen Grundsatz des öffentlichen Rechts, daß Bürger zu den Leistungen des Staates oder Kommunen entsprechend ihrem Interesse und entsprechend ihrem Vermögen herangezogen werden sollen. Aus diesem Grunde kann und sollte man sich auch nicht auf den viel zu einfachen Standpunkt zurückziehen, der Brandschutz sei „Sache des Staates“.

1.3 Anteil der Feuerschutzsteuer an Gesamtausgaben

In der Bundesrepublik Deutschland wurden nach einer Ermittlung der Länder im Jahre 1977 von den Ländern, Kreisen und Gemeinden rd. 1,528 Mrd. DM für den Brandschutz ausgegeben. Von dieser Gesamtsumme entfallen auf Ausgaben für die Berufsfeuerwehren rd. 987 Mio. DM (überwiegend Personalkosten) und für die Freiwilligen Feuerwehren rd. 541 Mio. DM (überwiegend Sachaufwendungen). In der Summe für die Freiwilligen Feuerwehren ist auch das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in damaliger Höhe von rd. 183 Mio. DM enthalten. Dieses bedeutet also, daß für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren die Länder, Kreise und Gemeinden aus ordentlichen Haushaltsmitteln noch rd. 358 Mio. DM aufwenden haben. Damit werden für die Freiwilligen Feuerwehren rd. 33,6% der Gesamtausgaben für den Brandschutz aus der Feuerschutzsteuer bestritten. Eine für den Brandschutz über diesen Eigenanteil (%) der Länder, Kreise und Gemeinden hinausgehende Belastung dürfte im Hinblick auf die allgemeine Finanzmisere nicht möglich sein. Die Folge eines sinkenden Anteils aus der Feuerschutzsteuer wäre eine Schwächung

des Feuerschutzes mit der Gefahr einer weiteren Erhöhung der bereits jetzt zu verzeichnenden jährlichen Brandschäden in Höhe von rd. 3,5 Mrd. DM und – was viel wichtiger ist – der jährlich, trotz des Einsatzes der Feuerwehren, bei Schädenfeuer ums Leben kommenden Zahl von rd. 1 000 Menschen.

2.0 Feuerschutzsteuergesetz

Die Feuerschutzsteuer wird seit 1. Januar 1980 aufgrund eines vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates am 21. 12. 1979 beschlossenen FEUERSCHUTZSTEUERGESETZES erhoben. Dieses Bundesgesetz wurde durch eine Novellierung des bis 31. 12. 1979 in den Ländern als Landesrecht fortgeltenden Reichsgesetzes vom 1. 2. 1939 geschaffen. Das Steueraufkommen fließt den Ländern zu. Es ist zweckgebunden für den Brandschutz zu verwenden.

2.1 Zu besteuerte Versicherungen

Laut Gesetz unterliegt der Feuerschutzsteuer die Entgegennahme des Versicherungsentgelts aus den folgenden Versicherungen, wenn die versicherten Gegenstände sich bei der Entgegennahme des Versicherungsentgelts im Geltungsbereich des Gesetzes befinden:

- Feuerversicherungen
- Versicherungen von Gebäuden und von Hausrat, wenn das Versicherungsentgelt teilweise auf Gefahren entfällt, die Gegenstand einer Feuerversicherung sein können.

2.2 Bemessungsgrundlage

Die Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Feuerschutzsteuer ist:

- bei Feuerversicherungen: das Versicherungsentgelt in voller Höhe
- bei Verbundenen Gebäudeversicherungen (VGv): ein Anteil von 25% des Gesamtbetrages des Versicherungsentgeltes als Feueranteil
- bei Verbundenen Hausratsversicherungen (VHV): ein Anteil von 20% des Gesamtbetrages des Versicherungsentgeltes als Feueranteil

2.3 Steuersätze

Der Steuersatz bei der Feuerschutzsteuer beträgt:

- für die öffentlich-rechtlichen Versicherer, wenn das Versicherungsverhältnis aufgrund einer gesetzlichen Pflicht oder eines Versicherungsmonopols entsteht: 12 Prozent.
- für die übrigen Versicherer: 5 Prozent. Steuerschuldner ist grundsätzlich der Versicherer und nicht der Versicherungsnehmer.

2.4 Verteilerschlüssel

Bei der Zerlegung des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer (Verteilerschlüssel) ist laut Gesetz wie folgt zu verfahren:

a) Die bei den öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen erzielte Feuerschutzsteuer verbleibt grundsätzlich dem Land, in dessen Gebiet der Wirkungskreis des Unternehmens fällt. Das gleiche gilt für private Versicherungsunternehmen, deren Wirkungskreis geschäftsplanmäßig auf ein Land begrenzt ist.

b) Erstreckt sich der Wirkungskreis eines öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmens über das Gebiet mehrerer Länder, so vereinbaren diese Länder insoweit unter sich die Verteilung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer.

c) Das bei den privaten Versicherungsunternehmen einschließlich ihrer landesbegrenzten Bezirksdirektionen erzielte Gesamtaufkommen der Feuerschutzsteuer, soweit es nicht unter die Festlegungen a) und b) fällt, wird (bis zum 31. 12. 83) gemäß dem Verhältnis des Prämienaufkommens in den einzelnen Ländern im Kalenderjahr 1964 verteilt. Danach entfallen von diesem gesamten Steueraufkommen auf

Baden-Württemberg	15,79%
Bayern	11,69%
Berlin	3,28%
Bremen	2,47%
Hamburg	8,36%
Hessen	9,89%
Niedersachsen	9,48%
Nordrhein-Westfalen	32,09%
Rheinland-Pfalz	3,56%
Saarland	1,36%
Schleswig-Holstein	2,03%

Zusammen: 100,00%

2.5 Gesamt-Prämienaufkommen

Diesem derzeit laut Feuerschutzsteuergesetz gültigen Schlüssel lagen bei der Festlegung mehr als 90% des gesamten Prämienaufkommens zugrunde. Unsicherheiten ergeben sich durch versicherte Konzerne mit Filialen in mehreren Bundesländern, die aber in einem Gesamtpaket versichert sind. Die Größenordnung dieser Art Versicherungen ist zur Zeit nicht bekannt. Eine Aufteilung auf einzelne Länder wäre vielleicht im Wege der Schätzung möglich, wird gegenwärtig aber nicht praktiziert.

2.6 Gültigkeitsdauer 31. 12. 1983

In § 11 des Feuerschutzsteuergesetzes hat der Gesetzgeber festgelegt, daß der prozentuale Schlüssel zur Zerlegung

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
Stand: 16.12.1981

Anlage 4 zum
Sachstandsbericht "Feuerschutzsteuer"

Zusammenstellung der Ausgaben für den
Brandschutz im Bundesgebiet für das
Jahr 1977

- Beträge in Mio DM -

Bundesländer	Kosten der Berufsfeuerwehren	Aufwendungen der Länder, Kreise u. Gemeinden	Summe
Baden-Württemberg	65,6	150,3	215,9
Bayern	118,5	111,0	229,5
Berlin (West)	98,8	-----	98,8
Bremen	33,5	-----	33,5
Hamburg	81,8	-----	81,8
Hessen	103,1	67,1	170,2
Niedersachsen	60,8	52,7	113,5
Nordrhein-Westf.	361,6	96,0	457,6
Rheinland-Pfalz	25,3	38,7	64,0
Saarland	8,7	11,7	20,4
Schleswig-Holstein	30,7	13,5	44,2
gesamt (Mio DM)	989,4	541,0	1.530,4

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND
Stand: 16.12.1981

Anlage 5 zum
Sachstandsbericht "Feuerschutzsteuer"

BRANDSCHADENENTWICKLUNG
in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr	Mio DM
1950	140
1951	139
1952	160
1953	183
1954	184
1955	206
1956	226
1957	241
1958	279
1959	416
1960	354
1961	413
1962	486
1963	641
1964	583
1965	625
1966	771
1967	873
1968	849
1969	1.050
1970	1.356
1971	1.735
1972	1.590
1973	1.917
1974	1.737
1975	1.775
1976	2.100
1977	2.500
1978	2.700
1979	3.200
1980	3.400

Anmerkung:
Hierbei handelt es sich um die bei den Versicherern gemeldeten Feuerschäden; nicht enthalten sind Waldbrand- und Vermögensschäden.

des Aufkommens (Verteilerschlüssel) nur bis zum 31. Dezember 1983 gültig ist. Bis zu diesem Termin muß im Gesetzgebungsverfahren ein neuer Verteilungsmodus festgelegt sein, sofern das

Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer weiterhin gerecht und in einem ausgewogenen Verhältnis unter den einzelnen Bundesländern verteilt werden soll.

Fortsetzung folgt

Katastrophenschutzübung „Mövenschrei“:

DLRG-Rettungsschwimmer borgen Verletzte

Länderübergreifende Großübung in Wiesbaden und Mainz

Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung der
Deutschen
Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.

Bei der großangelegten Katastrophenschutzübung in den Städten Wiesbaden und Mainz am 3. Oktober dieses Jahres, deren Ziel es war, das Zusammenspiel von Polizei, Bundeswehr und den Hilfsorganisationen zu testen, war neben ASB, DRK, MHD, THW, JUH, Feuerwehr sowie den Regieeinheiten beider Städte auch die DLRG mit in Aktion.

Angenommen wurde eine Schiffskollision zwischen einem Fahrgast- und einem Tankschiff auf dem Rhein. Dabei entstanden schwere Schäden am Tankschiff, während sich auf dem Fahrgastschiff nach einer Explosion ein Brand ausbreitete. Die Aufgabe für die DLRG bestand darin, sofort die Unfallstelle abzusichern und die Bergung der Personen im Zusammenspiel mit einer Pioniereinheit der Bundeswehr zu übernehmen. Das Fahrgastschiff, besetzt mit 100 Personen, meldete, daß durch die Explosion zahlreiche, zum Teil schwerverletzte Personen an Bord zu verzeichnen seien. Erschwert wurde die Bergung durch starke Rauchentwicklung auf dem Schiff.

Die DLRG war bei dieser Katastrophenschutzübung mit einem Wasserrettungszug und 50 Helfern eingepplant. Beteiligt waren die Bezirke Frankfurt, Rüssels-

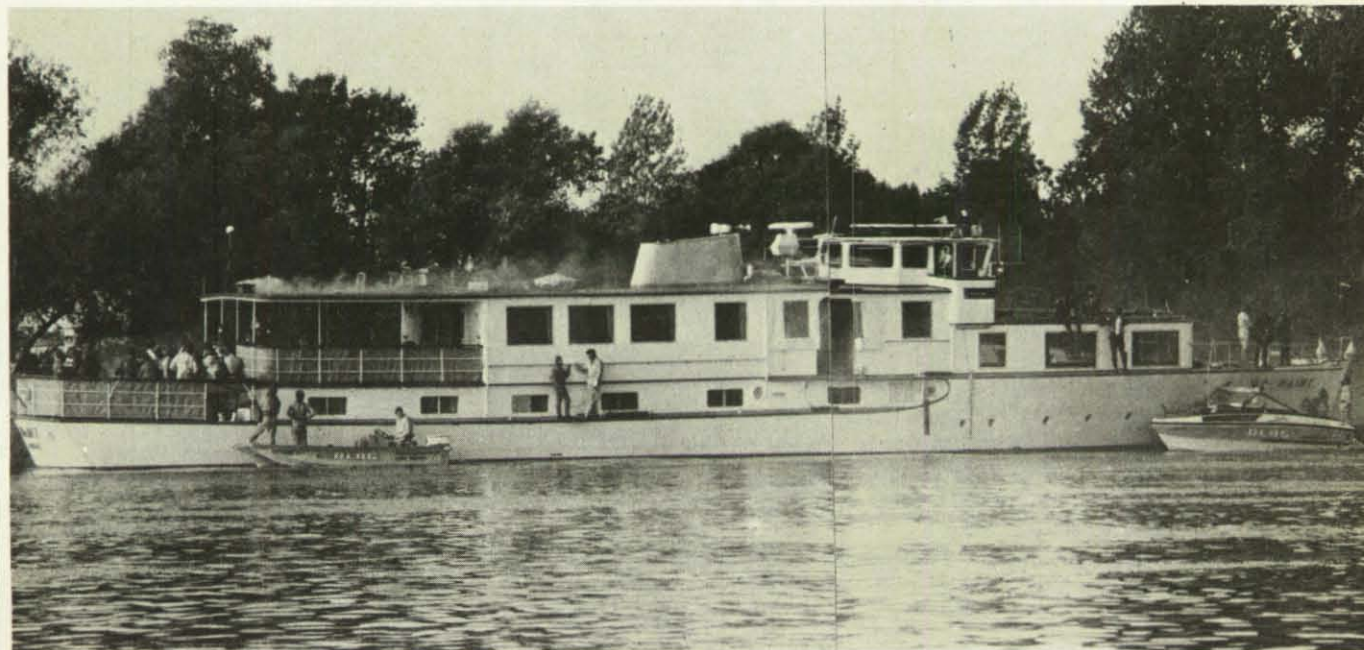


heim, Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden und Schierstein.

Wie Staatssekretär Dockhorn in seiner Abschlußrede betonte, sei das Zusammenwirken der einzelnen Einheiten zufriedenstellend gewesen; der Staatssekretär dankte im Namen des Hessischen Innenministers Gries allen Beteiligten für ihren Einsatz.

Sehr interessiert und kritisch beobachten Ministerialrat Käppel (2. v. rechts) und DLRG-LV-Präsident (2. v. links) von Land aus die Übung auf dem Rhein.

Bild unten: Die DLRG im Einsatz bei der Bergung der „Verletzten“ auf dem kollidierten Fahrgastschiff.



Die Generalversammlung der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) tagte in Bulgarien

DLRG erfolgreichste westliche Nation bei den Weltmeisterschaften im Rettungsschwimmen

Zahlreiche Vertreter der DLRG in verantwortliche Funktionen der FIS berufen

Vom 6. bis 11. Oktober dieses Jahres fanden die Weltmeisterschaften im Rettungs-Mehrkampf der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS) in Sofia/Bulgarien statt. Den Wettkämpfen gingen ein wissenschaftlicher Kongreß über Themen der Wasserrettung, eine Ausstellung von Rettungsgeräten sowie Werbematerialien der verschiedenen nationalen Rettungsgesellschaften und die Generalversammlung der FIS voraus.

An den Veranstaltungen nahmen Vertreter von Rettungsgesellschaften folgender Nationen teil: Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Spanien, Frankreich, Iran, Irland, Italien, Holland, Polen, Schweden, Türkei und Bulgarien. Außerdem hatte der Wasserrettungsdienst des DRK der DDR zwei Beobachter entsandt. Das Bulgarische Rote Kreuz hatte sowohl das offizielle Programm als auch die Rahmenveranstaltungen in vorbildlicher Weise organisiert.

Sportlicher Höhepunkt jedoch waren die Rettungssport-Vergleiche, die im Schwimmbad „Diana“ und am Stausee von Pantcherévo stattfanden. Mannschaftswertungen aus Frankreich, Holland, Irland, Spanien, Italien, Polen, Bulgarien und der Bundesrepublik Deutschland waren am Start. Gemessen an der Zahl der errungenen Medaillen stellten vor allem die Teilnehmer aus Bulgarien und Polen ihren hohen Leistungsstand unter Beweis. Trotzdem darf es als erfreulich bezeichnet werden, daß es der Damenmannschaft der DLRG gelang, beim 50-m-Rennen mit Puppe die Goldmedaille und in der Mannschaftswertung eine Silbermedaille zu erringen, und somit von allen westlichen Nationen die beste Placierung zu erreichen. Als erfreulich zu werten ist diese ausgezeichnete Placierung auch deshalb, weil Sport in der DLRG nicht gleich Höchstleistung bedeutet, sondern Nachweis der Kondition und Fähigkeit, sportliche Elemente für den Ernstfall verfügbar zu machen.

Zahlreiche Vertreter der DLRG wurden im Rahmen der Neuwahlen in verantwortliche Funktionen der FIS berufen. So wählten die Delegierten den Präsidenten der DLRG, Prof. Dr. J. N. Schmitz, zum Vizepräsidenten der FIS, und den Schatzmeister der DLRG, Joachim Praßner, zum Generalschatzmeister. Präsident der Kommission für Werbung und Public Relations wurde DLRG-Vizepräsident Klaus Barntitzke, Präsident



DLRG-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz (2. v. rechts) tauscht im Rahmen eines Empfangs durch den Bürgermeister von Sofia Gastgeschenke aus.

der Medizinischen Kommission wurde Dr. J. Reusch, und Vizepräsidentin der Juristischen Kommission wurde die DLRG-Justitiarin Senta Fricke. Dr. Klaus Wilkens, Technischer Leiter der DLRG, wurde erneut als Mitglied in die Technische Kommission berufen.

Bild rechts: Elke Jakobs, Ulrike Gödicke, Ute Meyer und Jutta Ramisch (von links nach rechts) erkämpften Silber in der Nationenwertung.



Ulrike Gödicke: Sie errang die Goldmedaille im 50-m-Retten mit Puppe.



Die DLRG-Mannschaft beim Einzug ins Schwimmstadion „Diana“.

50-Jahr-Feier der DLRG Speyer war Anlaß zu großer Rettungsübung

DLRG, MHD und THW probten den Ernstfall

Das Zusammenspiel klappte hervorragend

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der DLRG-Ortsgruppe Speyer fand eine gemeinsame Rettungsübung mit dem THW Speyer, dem Malteser-Hilfsdienst Speyer und der Fallschirmspringergruppe Neustadt statt.

Folgender Fall wurde angenommen: Ein Pkw rast in ein Zeltlager, dabei wird ein Zelt sowie eine Kochstelle umgefahren.

Der Pkw fährt weiter und versinkt im See. Die DLRG wird von Badenden alarmiert und über das Ausmaß informiert. Der Stützpunktleiter gibt Großalarm! THW und Malteser werden verständigt. Am Unfallort brennt ein Zelt, viele Verletzte liegen umher. Die DLRG setzt Suchtaucher ein, die an der Unfallstelle eine Markierboje setzen. DLRG und Malteser versorgen die Verletzten bzw. löschen die Brände.

Da zu vermuten ist, daß in dem versunkenen Pkw Personen sind, werden Rettungstaucher und Rettungsboote an die Unfallstelle beordert.

Inzwischen kommt ein Anruf des Flugplatzes, daß ein Flugzeug Notsignale funkt und seine Position wie folgt angibt: Befinde mich in Höhe der neuen Rheinbrücke Speyer, muß voraussichtlich im Seengebiet nördlich von Speyer notwassern, habe Motorschaden, Fallschirmspringer, die an Bord sind, müssen in die Seen springen, um Maschine zu entlasten. Bitte Wasserrettung veranlassen!

Die DLRG wird an die Absprungstelle beordert, um Fallschirmspringer zu bergen. Alle verfügbaren Boote werden eingesetzt. Das THW beginnt mit der Bergung des versunkenen Autos, Hilfestellung geben Taucher der DLRG.

Vorbereitungen zur Bergung des Pkw werden getroffen.



DLRG-Rettungstaucher auf dem Weg zum Einsatz.



Die ersten angelandeten „Opfer“ werden von den Maltesern übernommen.



Der Weitertransport der „Verletzten“ in ein Krankenhaus erfolgt unmittelbar nach der Erstversorgung.



Bild links: Rettungstaucher bergen Fallschirmspringer.



DLRG-Rettungstaucher bargen vier Personen aus versunkenem Pkw

Ernstfall am Rande: Neugieriger Zuschauer fiel ins Wasser

Präzise wie ein Uhrwerk lief die diesjährige große Winterübung der DLRG-Einsatztrupps von Aglasterhausen, Mosbach, Schefflenz und Waldbrunn. Ausgangslage der Alarmübung war, daß ein Pkw auf einem Feldweg ins Schleudern geraten war, in den Baggersee stürzte und versank.

Nach kurzer Einweisung am Unfallort begann das „Räderwerk“ der Rettungs-

benzeichen von sich gab und durch den Notarzt versorgt wurde – das Anbringen von Bergekanistern und einem Seil am versunkenen Pkw, und letztlich das Bergen des Fahrzeugs mit einem Unimog mit Seilwinde.

Das Zusammenwirken zwischen Einsatzleitung, den Rettungstauchern der einzelnen Einsatztrupps, den Schlauchbootbesatzungen, Leinenführern und



übung anzulaufen. Es ging alles Hand in Hand; die Absperrung, das Errichten einer Funkbrücke über eine Feststation zum DRK und zum Kreiskrankenhaus Mosbach, das Anfordern eines Rettungshubschraubers, die Suche nach dem Pkw und dessen Markierung durch Bojen, die Bergung der drei Insassen – von denen leider nur noch einer Le-

Helfern klappte bestens, und so waren alle mit dem guten Verlauf der Übung zufrieden.

Während der Aktion war unvorhergesehen ein neugieriger Zuschauer ins vier Grad kalte Wasser gerutscht und mußte von Rettungsschwimmern geborgen und fachgerecht versorgt werden.

DLRG veranstaltete in Ransbach-Baumbach ein Volksschwimmen

Ihr traditionelles Volksschwimmen veranstaltete die Ortsgruppe Ransbach-



Baumbach der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft im Ransbacher Freibad. Das Volksschwimmen, das in diesem Jahr bereits zum 5. Male durchgeführt wurde, fand bei allen Ortsvereinen großen Anklang. Insgesamt 99 Teilnehmer wurden gezählt.

Attraktion der Veranstaltung war eine Tombola, bei der es zahlreiche wertvolle Sachpreise zu gewinnen gab. Erfreulicherweise konnten auch einige Teilnehmer aus den benachbarten DLRG-Ortsgruppen Wirges und Montabaur begrüßt werden. Jeder Schwimmer erhielt eine Steinzeug-Plakette als Erinnerung.

DLRG-Rettungstaucher demonstrierten praktischen Umweltschutz

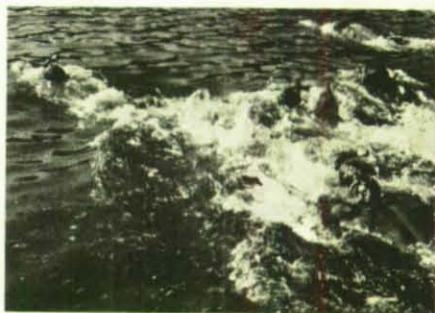
Natur- und Umweltschutz am und im Wasser wird bei den Rettungsschwimmern des DLRG-Bezirk Rodgau-Dreieich einmal mehr groß geschrieben: So wurden auch in diesem Jahr wieder die Uferzonen von Unrat gesäubert. 17 Taucher aus dem eigenen und dem Nachbarbezirk Hanau verbanden in einer Großübung das Gute mit dem Nützlichen. Eine Lkw-Ladung Abfälle, von Flaschen und Blechdosen bis hin zum alten Fahrrad, wurden an Land und zur Depone gebracht.



Diese traurige Bilanz zeigt, wie leichtsinnig und gewissenlos viele Menschen handeln. Es wird noch viel Aufklärungsarbeit notwendig sein, um das zu ändern.

Rettungs-Wettkampf „Ruhr-Insel-Schwimmen“

Bei nur 15 Grad „warmem“ Wasser beteiligten sich zahlreiche DLRG-Gruppen am „Ruhr-Insel-Schwimmen“ in Witten. Vier Gesichtspunkte lagen dem Wettkampf zu Grunde. So waren Konditionsstärke, Schwimmtechnik, Praxisbezug und körperliche Fitness von den Teilnehmern gefordert. Die Leistungen zeigten dann auch, daß in Witten keine „Anfänger“ an den Start gingen.



Presseschau des Inlands

Russen und Deutsche unzureichend gegen Katastrophen geschützt

Die Bevölkerung in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik ist im Gegensatz zur Schweiz nicht ausreichend gegen atomare Kriege oder Unfälle in Kernkraftwerken geschützt, wie ein Symposium von sowjetischen und deutschen Ärzten, die in Moskau erstmals nach 1945 gemeinsam über allgemeine Probleme der Katastrophenmedizin diskutierten, ergeben hat. Wie der Direktor des Instituts für Anästhesiologie der Universität Mainz, Rudolf Frey, betonte, befaßten sich die 120 sowjetischen Mediziner und die fünf Experten aus der Bundesrepublik auf ihrer einwöchigen Tagung mit den ärztlichen Möglichkeiten der Behandlung von Opfern bei großen Katastrophen. Man sei sich „völlig einig“ darüber gewesen, daß ein Atomkrieg international verboten werden müßte, weil er zur Ausrottung der gesamten Menschheit führen würde. Kritik übte Frey, der auch Präsident der internationalen Gesellschaft für Katastrophenmedizin in Genf ist, an der seiner Ansicht nach mangelhaften Vorsorge für die Zivilbevölkerung in der Bundesrepublik im Verteidigungsfall und bei Kernkraftunglücken.

(Süddeutsche Zeitung, München)

Dick: Gesamtkonzept für die Verteidigung fehlt

Vorstandsmitglieder des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU, Bezirksverband Niederbayern, kritisierten in einer Sitzung in Straubing mit Nachdruck, daß von der Bundesregierung für die Zivilverteidigung so gut wie nichts unternommen werde. 20 Vorstandsmitglieder aus ganz Niederbayern waren zu der Versammlung gekommen. Staatsminister Alfred Dick setzte sich in einem einführenden Referat grundsätzlich mit der Problematik des Zivilschutzes auseinander und trug die Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung zu dem Thema vor. Dabei warf der Minister der Bundesregierung vor, ihr fehle ein überzeugendes, geschlossenes Gesamtkonzept der Verteidigung, in dem die zivile Verteidigung angemessen berücksichtigt sei ...

Wie Minister Dick betonte, trage die Bundesregierung die Verantwortung für Gesetzgebung, Planung und Finanzierung im Bereich der militärischen wie auch zivilen Verteidigung. Schon 1972 habe die Regierung angekündigt, daß sie bei den Mitteln für militärische und zivile Verteidigung ein Verhältnis von 20:1 anstrebe. Für 1981 betrage dieses Verhältnis nur 57:1. Daraus sei zu sehen, daß es der Bundesregierung an einem überzeugenden, geschlossenen Gesamtkonzept der Verteidigung mangle. Die Union fordere deshalb von der Bundesregierung die Vorlage eines Konzepts zur Gesamtverteidigung, das die zivilen Verteidigungsbemühungen angemessen einbeziehe.

Vor allem beim Bau von Schutzräumen und Hilfskrankenhäusern, beim Warndienst, dem erweiterten Katastrophenschutz und bei der zivilen Verteidigungsreserve habe der Bund bisher nur ein Minimum der notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt, fuhr Alfred Dick fort. So sei der Schutzraumbau, trotz wiederholter Vorstöße der Union, in den vergangenen Jahren sehr vernachlässigt worden. In der Bundesrepublik gäbe es nur Schutzräume für knapp drei Prozent der Bevölkerung, in der Schweiz für 80 Prozent, in Schweden für 65 Prozent und in Dänemark für 53 Prozent. Als unvertretbar bezeichnete es Dick, daß rund 28 Prozent der Fläche Bayerns nicht mit Zivilschutz-Sirenen versorgt seien.

„Da der Bund seine Aufgaben in den vergangenen Jahren vernachlässigt hat, gibt es im Bereich der Zivilverteidigung einen außerordentlich hohen Nachholbedarf“, sagte der Minister und erklärte, die Union müsse darauf dringen, daß die finanziellen Anstrengungen erhöht werden. Er meinte, auch angesichts der Haushaltsprobleme seien die Forderungen erfüllbar. Um den Bau von Schutzräumen voranzutreiben, erwäge die Bayerische Staatsregierung einen Vorstoß über den Bundesrat. Ziel sei, eine Schutzbaupflicht für neue Gebäude einzuführen.

Abschließend betonte Minister Dick, die bisherige Vernachlässigung der Zivilverteidigung sei sehr bedenklich. „Unsere Verteidigungsbereitschaft ist nach innen wie außen nur dann glaubwürdig, wenn wir gleichermaßen bereit sind, uns zu verteidigen und die Zivilbevölkerung zu schützen. Alfred Dick stellte fest, Aktivitäten zur Verteidigung seien keineswegs, wie fälschlich oft behauptet werde, Kriegsvorbereitung und zeigt dies am Beispiel der Feuerwehren auf. Wenn eine Kommune in ihre Feuerwehr investiere, dann fördere sie damit auch nicht das Ausbrechen von Brand-Katastrophen ...

(Dingolfer Anzeiger)

MdB Pfeifer: Schutzraumbau fördern

Mit der Aufforderung, künftig auch den nachträglichen Einbau von Räumen zum Schutz der Zivilbevölkerung in bestehende Gebäude, zum Beispiel in Schulhäuser, finanziell zu fördern, wandte sich der Bundestagsabgeordnete Anton Pfeifer an den Bundesinnenminister. Der CDU-Parlamentarier nahm dabei auf eine Aussprache Bezug, die kürzlich zu diesem Thema im Reutlinger Gemeinderat stattgefunden hat. Die Stadtverwaltung hatte den CDU-Stadträten Epp und Geßler mitgeteilt, daß es Zuschüsse des Bundes nur gibt, wenn Schutzraumbauten von Anfang an bei Neubauten mit eingeplant werden. In vorhandene Bauten können nach den Richtlinien des Bundes keine Schutzräume eingebaut werden.

Da die Finanzmittel der meisten Gemeinden nicht ausreichen werden, um in den nächsten Jahren in größerem Umfang Neubauten zu errichten, bedeuten die gegenwärtigen Richtlinien nach Ansicht von MdB Pfeifer, daß ein wesentlicher Ausbau der Schutzräume mit Zuschüssen des Bundes in Zukunft kaum mehr erfolgen wird. Dies aber wäre nicht hinnehmbar. Denn in Deutschland besteht ein großer Nachholbedarf an Schutzräumen. In Reutlingen zum Beispiel sind für 95000 Einwohner praktisch keine Schutzräume vorhanden. Da Neubaumaßnahmen, in denen Schutzräume vorgesehen werden könnten, zur Zeit keine geplant sind, wäre eine wesentliche Verbesserung des Zivilschutzes kaum möglich, wenn es bei den gegenwärtigen Richtlinien des Bundes bliebe. In anderen Städten des Kreises Reutlingen sieht es nicht besser aus ...

(Reutlinger Nachrichten)

Zivilschutz-Übungen in der DDR

Mit „wachsender Kriegsgefahr“ werden in der DDR ablaufende verstärkte Zivilverteidigungsübungen begründet. In der lokalen Presse heißt es dazu, die DDR-Bürger müßten sich deshalb auf die „Abwehr möglicher Aggressionshandlungen“ vorbereiten und sich Kenntnisse aneignen, die erforderlich seien, um „dem Imperialismus in seiner friedensgefährdenden Politik Einhalt gebieten zu können“. In die Übungen werden neben den in den vergangenen Jahren aufgestellten Spezialkräften der Zivilverteidigung auch größere Bevölkerungskreise einbezogen. Betriebe müssen bei den Übungen unter Beweis stellen, daß sie die Produktion „auch unter Feindeinwirkung“ aufrechterhalten können ...

(Süddeutsche Zeitung, München)

Presseschau des Auslands

Österreich: Starkes Interesse am Schutzraumbau

Das Bundeskanzleramt beauftragte im April 1981 das Institut für empirische Sozialforschung und das Dr. Fessel & GfK-Institut mit der Durchführung einer repräsentativen Erhebung bei 2000 Österreichern, wobei von jedem der beiden Institute im Rahmen von Mehrthemenumfragen je 1000 Interviews einzu-bringen waren. Die Studie sollte die Einschätzung der Bevölkerung hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit von Umwelt-Katastrophen unterschiedlicher Art beleuchten, über die Frage des ausreichenden Schutzes vor solchen Ereignissen das Wissen über die Errichtung und die Funktionen von Schutzräumen erheben und schließlich Hinweise über die Bereitschaft liefern, für den Schutzraumbau allenfalls eigene finanzielle Leistungen zu erbringen.

Zusammenfassend sind folgende Haupt-ergebnisse festzuhalten: Große Mehrheiten der Bevölkerung fühlen sich in Fällen potentieller Umweltbedrohung durch chemische Giftverseuchungen oder Radioaktivität zu wenig geschützt. Jeder zweite wüßte beim Eintreten derartiger Ereignisse nicht, wie er sich zu seinem Schutz verhalten sollte.

Diese Befürchtungen könnten durch das Vorhandensein von Schutzräumen, deren Funktionen den Zielpersonen erläutert wurden, deutlich verringert werden. Demzufolge ist das öffentliche Interesse am Schutzraumbau stark ausgeprägt und seine Bedeutung wird allgemein hoch eingeschätzt, wenn es auch noch an ausreichenden Informationen darüber mangelt.

Generell wird zwar die notwendige Finanzierung gemeinsamer bzw. öffentlicher Schutzräume dem Bund, den Ländern und Gemeinden nahegelegt, doch sind drei Viertel der Bevölkerung prinzi-

piell durchaus dazu bereit, auch selbst einen finanziellen Beitrag zu leisten . . .

Bei der Finanzierung von Schutzräumen in Eigenheimen plädiert eine ausgeprägte Mehrheit von 68% dafür, daß dies Sache der Hausbesitzer sein sollte. Diese Ansicht teilen übrigens auch die Besitzer von Eigenheimen selbst. Jeder Fünfte meint außerdem, daß der Bund, jeweils 23%, daß Land und Gemeinde den Bau finanzieren oder zumindest mitfinanzieren sollten. Je niedriger das Einkommen im Haushalt, desto weniger ist man bereit, sich in dieser Frage festzulegen.

Die Zielpersonen der Stichprobe wurden abschließend darauf hingewiesen, daß die Errichtung von gemeinsamen Schutzräumen natürlich viel Geld kostet. Insgesamt sind drei Viertel aller Befragten zu finanziellen Leistungen bereit, davon würde etwa die Hälfte den angegebenen Höchstbetrag von 50 Schilling pro Monat (ca. 7,-DM) aufwenden.

Die Zahlungsbereitschaft nimmt zu, je jünger die Befragten, je höher das monatliche Netto-Einkommen im Haushalt und je besser die Schulbildung ist . . .
(Zivilschutz, Wien)

Luxemburg: Zivilschutz ist kein Luxus

„Bund befiehlt, zahlt aber nicht mehr“ überschrieb eine Berner Zeitung ihren Bericht über Kürzungen des Schweizer Zivilschutzbudgets und die Streichung von Beihilfen für den privaten Schutzraumbau. In dem gleichen Bericht wurden auch Zahlen und Hinweise des Chefs des kantonalen Zivilschutz-Amtes veröffentlicht, die eine Malaise gegenüber der eidgenössischen Zivilschutzpolitik zum Ausdruck brachten und die für die weitere Entwicklung nicht ausgesprochen rosig aussahen. Die Schweizer Zeitschrift „Zivilschutz“ meinte in einem kritischen Kommentar, es könne nicht weitsichtig sein und es entspreche in keiner Weise der heutigen Weltlage, wenn auf der einen Seite Militärbudgets aufgestockt werden, während auf der anderen Seite die Ausgaben für den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegs- und Katastrophenfällen beschnitten werden.

Stellt man das Problem in den gesamt-europäischen Rahmen, stellt man fest, daß die Schweiz in dieser Entwicklung nicht allein steht. In der Bundesrepublik Deutschland stieg das Militärbudget für 1981 auf über 41 Milliarden DM, während für den Schutz der Zivilbevölkerung kaum eine Milliarde zur Verfügung standen. Auch in anderen NATO-Ländern wie England, Frankreich und Italien

werden Zivilschutz-Haushalte gekürzt und vorgesehene Maßnahmen auf „besere“ Zeiten vertagt. Die Zeitschrift des dänischen Zivilschutzverbandes „Civilforsvar“ warnte ihrerseits vor weiteren Beschneidungen der staatlichen Ausgaben für Zivilschutz und fragte auf der Umschlagseite: „Wie soll es weitergehen?“

Diese Frage ist in Luxemburg praktisch überflüssig, weil unsere Protection Civile in den vergangenen Jahren und sogar Jahrzehnten unter Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung ohnehin hauptsächlich auf Unfall- und Katastrophenschutz in Friedenszeiten orientiert blieb. Von einer Entscheidung zwischen kriegs- oder friedensmäßig ausgerichteter Zivilschutzpolitik kann bei uns nicht die Rede sein, denn alle Maßnahmen der vergangenen zwanzig Jahre waren immer so konzipiert, daß der Schutz der Zivilbevölkerung in „normalen“ Zeiten unbedingt vorrangig blieb. Ein Risiko für den tödlichen Ernstfall ist hier nicht zu leugnen – ein völlig ungesichertes Warnamt wäre beispielsweise ein ideales Ziel für Saboteure, und Sirenenwarnungen vor Luftangriffen und Raketen mit Nuklearköpfen sind wenig sinnvoll, wenn geeignete Schutzraumbauten fehlen – aber mit dieser Einschränkung ist gleichwohl festzuhalten, daß unser Potential an Hilfe und Unterstützung der Bevölkerung in Not- und Katastrophenlagen dauernd zur Verfügung stand und noch bleibt.

Zweite Feststellung: Günstige Umstände wollen, daß unsere Organisation gerade noch am Ende günstiger Konjunkturjahre massiv mit neuem Material ausgestattet wurde und daß die allermeisten Gemeinden mit Interventionszentren in rezenter Vergangenheit große Investitionen getätigt haben, um Rettungsmaterial und Mannschaften gut und angemessen in modernen Gebäuden unterzubringen. Sparmaßnahmen und Durststrecken sind besser zu verkraften, wenn zweckentsprechendes Material noch rechtzeitig erworben wurde, um die vor Benghasi und Tobruk bewährten, seither aber leicht unzeitgemäß gewordenen Mannschaftswagen verschrotten zu können!

Dritte Überlegung: Die Leistung der freiwilligen Mitbürger im Rahmen der Protection Civile ist derart groß und sie erspart dem Staat Jahr für Jahr derart hohe Ausgaben, daß keine Regierung daran vorbei kommt, die erforderlichen Infrastruktur- und Ausbau-Kredite auch dann zur Verfügung zu stellen, wenn Sparmaßnahmen bis herunter zu 10000 und 5000 Franken im öffentlichen Bereich unumgänglich werden. Zivilschutz ist kein Luxus!

(Protection Civile, Luxemburg)

Wissenschaft & Technik

Neues Gasmeldesystem mit zwei Alarmstufen

Unsichtbar und geruchlos und daher besonders gefährlich sind viele Gase und Dämpfe, vor allem wenn sie sich mit Luft zu hochexplosiven Gemischen vermengen. Hier kann ein Gasmeldesystem helfen, das ein großer Elektrokonzern in sein Angebot für Sicherheitstechnik aufgenommen hat. Es erkennt und meldet unerwünscht auftretende Gemische aus Luft und brennbaren Gasen schon weit unterhalb der sogenannten „Unteren Explosionsgrenze“. Da das neue Gasmeldesystem die gleiche Anlagenstruktur wie die Brandmeldetechnik aufweist, läßt es sich mit solchen Anlagen kombinieren oder auch nachrüsten.

Die an die Gasmeldezentrale angeschlossenen Melder – bis zu acht pro Linie sind möglich – arbeiten mit neuartigen Halbleitersensoren, die beim Einwirken brennbarer Gase ihre Leitfähigkeit ändern, was wiederum ein Maß für die Gaskonzentration ist. Da die ver-

schiedenen Gase eine unterschiedliche chemische Zusammensetzung haben, gibt es auch jeweils eigene Meldeinsätze für Erdgas (Methan), Propan, Wasserstoff. Sie besitzen mehrere Empfindlichkeitsbereiche, die man auch erst bei der Montage einstellen kann.

Die Melder signalisieren die Gaskonzentration in zwei Stufen. In den ersten, der Vorwarnungsstufe, spricht der Melder bereits bei sehr kleinen Konzentrationen an. Dies macht sich am Melder selbst durch eine stetig leuchtende Lampe bemerkbar, und die Zentrale kann schon vorprogrammierte Steuerungen auslösen. Steigt die Gaskonzentration weiter an, so wird die Alarmstufe erreicht, und die Zentrale leitet weitere Steuervorgänge zum Abbau der gefährlichen Gaskonzentration ein. Das Meldelämpchen beginnt zu blinken, um die Ortung der gefährlichen Bereiche zu erleichtern.

Für dieses neue Gasmeldesystem gibt es vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Etwa in Bereichen, in denen Gas als Energieträger verwendet wird – in Fernheizwerken, Großheizungen für Wohnanlagen –, oder wo explosive Dampf-Luft-Gemische flüssiger Brennstoffe oder Lösungsmittel auftreten können, also in Raffinerien oder Lösungsmittelagarn.

Auch zum Schutz von Gebieten ist es geeignet, in denen Gas gefördert, hergestellt, verarbeitet oder gelagert wird – Gaswerke, Flüssiggaslager – oder in denen Gase entstehen, z. B. in Kläranlagen (Methan) oder Akkumulatorkammern (Wasserstoff).

Paris: Schnelle Hilfe durch Knopfdruck

Als erste Stadt der Welt wird Paris in Kürze über ein sensationelles Notruf-Gerät für ältere und körperbehinderte Bürger verfügen: Auf einen Knopfdruck findet sich innerhalb von fünf Minuten ein Helfer ein.

Bei dem Gerät handelt es sich um ein kleines Kästchen, das über drei Knöpfe verfügt und direkt mit einer Notzentrale verbunden ist. Drückt der Wohnungsbesitzer auf den roten Knopf, dann ist garantiert innerhalb von fünf Minuten ein Helfer da.

Beim Druck auf den zweiten Knopf wird der Notzentrale mitgeteilt, daß „im Laufe des Tages“ der Besuch eines Helfers gewünscht wird. Der dritte Knopf dient dazu, ängstlichen älteren Leuten zu beweisen, daß die Anlage tatsächlich funktioniert und mit der Zentrale verbunden ist.

Die Stadt Paris wird zunächst 35000 hilfsbedürftige Personen kostenlos mit dem neuen Gerät ausstatten. Kurze Zeit später sollen es dann 70000 sein. Die Stadtväter glauben, daß sie mit der Installation des Geräts sogar Geld sparen, weil pflegebedürftige Bürger nicht mehr unbedingt in ein Alten- oder Pflegeheim kommen müssen, sondern auch zu Hause stets Hilfe erwarten können.

Als „Helfer in der Not“ wird die Stadt 250 Personen einstellen, die nur auf den Knopfdruck der hilfsbedürftigen Bürger warten.

Der Benutzung des Geräts werden keinerlei Beschränkungen auferlegt. Die Besitzer können um Hilfe rufen, wenn eine elektrische Panne entstand, wenn sie sich unwohl fühlen – aber auch wenn sie nur Angst haben.

Neu: Zeitgesteuerte Beatmungsmethode

Auch in der Ersten Hilfe wird in zunehmendem Maße die zeitgesteuerte Beatmungsmethode bevorzugt. Diesem Trend entspricht das in den letzten Jahren mit großem Erfolg eingeführte Oxylog. Mit diesem Notfall-Beatmungsgerät sind die Beatmungsfrequenzen (zwischen 10 und 35/min) und das Atemminutenvolumen (zwischen 2 und 20 l/min) stufenlos einstellbar. Am Beatmungsdruckmesser kann man den Beatmungsverlauf genau beobachten und eventuelle Störungen sofort erkennen. Als Neuheit bietet die Herstellerfirma die Möglichkeit, vorhandene Pulmotor-Tornister nachträglich mit dem Oxylog auszustatten, wobei anstelle der druckgesteuerten Pulmotordose das zeitgesteu-



erte Oxylog eingesetzt werden kann. Unverändert bleiben die übrigen Einrichtungen zur Sekretabsaugung und zur Sauerstoffinhalation, das Zubehör und der Leichtmetalltornister bzw. der Holzkoffer.

Neue Bücher

Viel Verletzte – Viel Verwirrung

Referateband des 1. Bundeskongresses der Rettungssanitäter in Dormagen

Verlagsgesellschaft Stumpf und Kossendey mbH., Edewecht

Namhafte Fachleute referierten anlässlich des 1. Bundeskongresses der Rettungssanitäter in Dormagen über die Probleme bei Massenanfall von Verletzten und diskutierten das Thema „Der Rettungssanitäter gestern – heute – morgen“. Die Tagungsleitung hatte Prof. Dr. med. F. W. Ahnefeld, Ulm. Referenten waren Dr. med. Ch. Biesing, Erfstadt; P. Dürner, Mainz; Prof. Dr. med. H. G. Engelhardt, Köln; J. Huber, Karlsruhe; P. Knuth, Krefeld; M. Puchner, Hamburg; H. Roth, Lübeck; Dr. med. G. Sattelmacher, Hannover; E. Schultze, Köln; Priv.-Doz. Dr. med. P. Sefrin, Würzburg; R. Stolz, Köln, und Dr. med. E. G. Suren, Hannover.

Die Vorträge und Diskussionen liegen nun in Buchform vor. Der Band ist für alle Mitarbeiter im Rettungswesen ein wertvolles Nachschlagewerk.

Materialien zur Organisation und Durchführung von Lagern und Freizeiten

Band 5b der Reihe „Kübelspritze“

**Von J. Kroboth, H. Becker,
H. Schönfeld**

Herausgeber: Hessische Jugendfeuerwehr, Marburg

Während der Teil 5a der Reihe „Kübelspritze“ die theoretischen Grundlagen und Probleme der Freizeitpädagogik darlegt, soll der jetzt herausgegebene Teil 5b Hilfestellung bei der Organisation und Durchführung von Freizeitmaßnahmen geben. Bei der Konzeption dieser Publikation ist man davon ausgegangen, Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen und so das Arbeiten mit und in der Jugendgruppe zu erleichtern. Damit liegt mit beiden Bänden eine umfassende Betrachtung der Freizeitpädagogik sowohl in theoretischer als auch praktischer Hinsicht vor.

Im einzelnen beschäftigt sich der Band 5b unter anderem mit folgenden Themen: Spiele für draußen und drinnen, Tanz- und Bewegungsspiele, darstellende Spiele, Mannschaftsspiele, Angebote zur Neigungs- und Projektgruppenarbeit sowie Basteln und Werken. Ergänzend hierzu gibt es zahlreiche Kochrezepte, Anregungen zur Gestaltung des Lagerplatzes, praktische Tips wie die Pflege von Zelten, Hinweise zur Unfallverhütung und Erster Hilfe sowie ein Fremdwörterverzeichnis.

Neben diesen praktischen Beiträgen werden in einem besonderen Kapitel der Sinn und Zweck des Spiels und die entwicklungspsychologischen Grundlagen der Freizeitgestaltung behandelt. Mit den beiden Bänden wird allen an der Jugendarbeit Interessierten eine brauchbare Hilfe gegeben.

Taschenkalender für die Feuerwehren 1982

Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Auch die diesjährige Ausgabe des Taschenkalenders bietet neben dem Kalendarium und zahlreichen Tabellen eine Vielzahl von praktischen Hinweisen und sachlichen Informationen. Der in sieben Ausgaben erschienene Kalender wird durch umfassendes Adressen- und Zahlenmaterial der entsprechenden Bundesländer ergänzt. Er stellt für jeden Feuerwehrmann eine nützliche Hilfe für Theorie und Praxis dar.

Was jeder vom Brandschutz wissen muß

**Von Siegfried Volz
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart**

Ziel dieses Buches ist es, dem Laien eine Information über vorbeugende Maßnahmen sowie das richtige Verhalten bei Bränden zu geben. Es bietet in leicht lesbarer Form eine Übersicht über die Themen Brandursachen und Brandverhütung, Verhalten im Brandfall, Feuerlöschgeräte und Erste Hilfe. Als Erfolgskontrolle sind am Schluß eines jeden Abschnittes einige Fragen zu beantworten. Die angeschnittenen Themen haben

überall Gültigkeit: im Alltag, zu Hause, im Betrieb oder im Urlaub. Deshalb sollte das Buch einen großen Leserkreis finden.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Heinz Schmidt

VbF – TRbF

Verordnungen über brennbare Flüssigkeiten (VbF) mit Erläuterungen zur Verordnung und Technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten (TRbF)

14. Ergänzungslieferung

**Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden**

Neben einigen Ergänzungen der Erläuterungen zur Verordnung über brennbare Flüssigkeiten wird mit dieser Lieferung das technische Regelwerk um diejenigen neuen TRbF ergänzt, die im Oktober 1980 und Juni 1981 verabschiedet wurden.

Töpfer/Lind

**Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland**

64. Ergänzungslieferung

Verlag R. S. Schulz, Percha

Die Ergänzungslieferung bringt das Landesrecht Nordrhein-Westfalen auf den neuesten Stand und enthält neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen das Polizeigesetz, das Polizeiorganisationsgesetz, das Ordnungsbehördengesetz und das Verwaltungsvollstreckungsgesetz sowie die entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

**Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen
Handbuch des Rettungswesens**

18. Ergänzungslieferung

Verlag v. d. Linnepe, Hagen

In der Ergänzungslieferung sind neben zahlreichen Änderungen und Ergänzungen die Vereinbarungen und Verträge zum ärztlichen Notfalldienst in Bayern und die Themen Zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Betten für Schwerverbrannte und Notfallmedizinische Ausbildung während des Medizinstudiums enthalten.

zivilschutz magazin



Jahresregister für 1981

Deutsches Rotes Kreuz

Die Arbeit des DRK im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz	7-8/57
DRK sorgte für das leibliche Wohl	7-8/61
Bund übereignet den Hilfszug dem DRK	9/U2
Der Hilfszug des Deutschen Roten Kreuzes	9/49
Vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Land und DRK	9/51
Die aktuelle Situation des DRK-Blutspendedienstes	9/52
Das Auskunftswesen bei Katastrophen und Konflikten	10/45
Landesübung mit 1000 DRK-Helfern	10/49
Rettung aus Feuer und Trümmern	11/49
24. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Manila	12/39

Malteser-Hilfsdienst

Katastrophenmedizin und Bundeswehr	1/51
„Rollende Milchkuh“ zum ersten Mal im Einsatz	2/53
Malteser-Helfer im Sonntagsdienst	3/51
MHD-Jahresbericht 1980	4/55
Weltweite Flugrettung eingeführt	5/50
Polen in Not	6/53
Die Bedeutung der Notfallmedizin für den Katastrophenfall	7-8/67
Bekanntnis zum Primat der Ehrenamtlichkeit	9/81
„Man muß die Not gesehen haben ...“	10/55
MHD übernahm Mehrzweck-Container-Lastzug	12/3
3. Bundesleistungswettbewerb in Münster	12/47

Bundesverband für den Selbstschutz

Intensivierung des Selbstschutzes diskutiert	1/23
Präsident Lafontaine: BVS auf ehrenamtliche Mitarbeiter angewiesen	2/29
Mit Einstellspritze gegen Entstehungsbrände	3/14
Der Brandschutztrupp im betrieblichen Selbstschutz	4/15
Neue Impulse für den Selbstschutz	4/29
Innenminister Dr. Wicklmayr würdigt BVS-Arbeit	5/30
BVS-Ehrennadel für Ministerialdirigent a. D. Bohmeier	11/5
Bundesregierung: Besondere Bedeutung des Selbstschutzes in Arbeitsstätten	12/2
Wechsel in der Leitung des BVS	12/4

Arbeiter-Samariter-Bund

Großer Andrang beim ASB	1/47
ASB organisiert bundesweit schnelle Hilfe für Süditalien	2/49
Orientierungsrahmen '80	3/47
Neues Behindertenfahrzeug konzipiert	4/51
Sorgen und Probleme der humanitären Hilfsorganisationen	5/45
„Parität International – DPWV“	6/49
ASB-Großeinsatz in Mönchengladbach	7-8/63
Zivilschutz und Zivildienst – zwei ähnliche Begriffe mit unterschiedlicher Bedeutung	9/55
Modellprojekt „Kindernotarztwagen“	10/26
ASB-Jahresbericht 1980	10/51
ASB: Sparbeschlüsse gefährden Arbeit der Hilfsorganisationen	11/2
Was tun, wenn's brennt?	11/55
ASB-Ärztikonferenz 1981 in Frankfurt	12/43

Deutscher Feuerwehrverband

Bundesinnenminister Baum empfing DFV-Präsident	2/2
Das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland	2/55
Feuerwehr-Erholungsheime	3/53
Hinrich Struve wird Nachfolger von Albert Bürger	4/11
„Die Feuerwehren im Jahre 2000“	4/57
„Wir nähern uns immer mehr“	5/51
Bundespräsident Carstens empfing DFV-Präsident Bürger	6/4
Die Fachwelt blickte nach Böblingen	7-8/6
„Internationale Feuerwehrwoche“ in Böblingen	9/4
Steuerfreie Entschädigungen für Ausbilder in der Feuerwehr	11/61
Sachstandsbericht zur Feuerschutzsteuer	12/51

Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e. V.

Auch in Berlin: Information über den Zivilschutz ist erforderlich	1/17
Präsident Dr. Kolb sprach über Zivil- und Katastrophenschutz	7-8/41
Brandschutz im Selbstschutz	9/30
Innensenator Lummer besuchte die GZS	11/31
Brandschutzstaffeln ausgebildet	12/22

Technisches Hilfswerk

THW-Helfer in Somalia	2/42
THW-OV Ellwangen im italienischen Erdbebengebiet	2/45
Grundausbildung in „Lehrgangsform“ – ein neuer Weg	3/32
Eine mustergültige Übungsanlage	4/42
Erster THW-Landesleistungswettkampf für Jugendgruppen	4/47
„Graiburger Marsch“ für Bundespräsident Carstens	4/48
Eine gezielte technische Hilfeleistung	5/12
Hochwasser-Alarm für 25 THW-Ortsverbände	5/35
Großübung emsländischer THW-Ortsverbände	6/33
THW-Treffen an der Elbe	7-8/11
THW-Hilfe für Erdbebenopfer in Süditalien	7-8/53
Fahrzeuge und Ausstattung der 80er Jahre	9/33
450 Helfer im Einsatz gegen Hochwasser	10/43
Innensenator Lummer beim THW Berlin	11/36
Führerausbildung nach dem „Frankfurter Modell“	12/29
Erste Geschäftsführerin im THW	12/30
Bohneneintopf für den Bundespräsidenten	12/35

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Neues Rettungsboot erhöht Einsatzbereitschaft	1/58
DLRG-Hessen seit 50 Jahren im Dienst	1/59
Katastrophenschutzübung auf der Weser	2/59
Großübung im DLRG-Bezirk Frankenland	2/60
„Der Weg nach oben“	3/57
Neue Katastrophenschutz-Einheit der DLRG-Westfalen eingeweiht	5/57
Strandrettung	5/58
DLRG informierte die Bevölkerung	6/59
Soldatenwettkampf um DLRG-Trophäen	7-8/73
60 Jahre DLRG in Regensburg	7-8/76
Der Ertrinkungsunfall	9/63
Seit 40 Jahren „Wacht am Rhein“	11/67
Länderübergreifende Großübung in Wiesbaden und Mainz	12/55
DLRG erfolgreichste westliche Nation bei den Weltmeisterschaften	12/56

Johanniter-Unfall-Hilfe

Bundespräsident Carstens würdigt den Einsatz der JUH	1/49
Katastropheneinsatz der JUH bei Gasausbruch	2/51
„Inseln der Stabilität“	3/49
Ein Fuhrpark der Nächstenliebe	4/53
Schutzverhalten bei ABC-Schäden	5/47
JUH stellt Benefiz-LP vor	5/48
Partner der Behinderten	6/51
Der UFD widmet sich der Betreuung	7-8/65
Erste Einsätze des „Unfallfolgedienstes“ S.O.G.I.T. – die italienische JUH	9/58
Das Wissen vertiefen, die Praxis erlernen	10/53
Der Behindertentransport allein ist noch keine Betreuung	11/57
	12/45

Warndienst

Internationale Warndienstübung „Intex '80“ im Warngbiet VII	1/45
Das Warndienst-Fernmeßsystem zu Messung der Gamma-Dosisrate	3/46
Der Warndienst in Zahlen	4/50
Warnamt VIII seit 20 Jahren einsatzbereit	5/44
CDU/CSU: Der Warndienst weist Schwächen auf	11/U2
„Sprechende Sirene“ in Betrieb genommen	12/3
Nationale Warndienstübung „Natex II“	12/37

Humanitäre Hilfe

NRW trifft Vereinbarung mit britischen Streitkräften	1/2
10 Tage Einsatz im Erdbebengebiet von El Asnam	1/8
300 000 Menschen bangen um ihre Existenz	2/21
Hoffnung auf ein neues Dach über den Kopf	4/3
Auf „Kreuzfahrt der Menschlichkeit“	5/10
Ein „THW-Motorpool“ auf afrikanischem Boden	11/8
Eine kontinuierliche Fortsetzung bewährter Verfahren	11/21
MS „Flora“ brachte Hilfe für die Ärmsten	12/40

Katastrophen

Schwere Erdbeben in Griechenland	3/3
26 Verletzte bei Zugunglück	3/4
Erstes Hochwasser des Frühjahrs	3/6
Hilfe für frierende Autofahrer	3/7
Rund um die Uhr im Einsatz	4/13
Unwetterfront zog über die Bundesrepublik hinweg	6/14
Verheerendes Hochwasser in Bayern	7-8/5
Eine der schwersten Sturmfluten der Geschichte:	
Katastrophenalarm	11/6

Katastrophenschutz

Neue Informationsschrift	1/2
Brandschutz im erweiterten Katastrophenschutz	2/8
Das Feuerwehrpotential der Bundesbahn	2/18
Katastrophenschutz in der öffentlichen Meinung	2/25
Neue Regelung für die Brandbekämpfung der Deutschen Bundesbahn	3/20
Man kann nicht alles im Kopf haben . . .	4/25
Eine tragende Säule des Katastrophenschutzes	5/18
Der Lehrer kann direkt „dazwischenfunken“	7-8/21
Feuerschutz auf dem Rhein wesentlich verbessert	7-8/27
Die Sicherheit hat Priorität	9/18
Zivilschutz ist Überlebensschutz	10/4
Üben – aber sinnvoll	11/10
Sonderschutzpläne – warum und wofür?	11/17

Katastrophenschutzübungen

ABC-Übung „Asterix '80“	1/7
Veterinärzug übt unter erschwerten Bedingungen	2/28
Interessante Erkenntnis bei einer internationalen Übung gewonnen	4/20
Fermelder kämpften um Sieg und Pokal	6/17
Auf Bremen stürzte ein Satellit	11/34
„Herbsttreiben '81“ forderte vollen Einsatz	11/59
Tausend Helfer bei Übung des Rhein-Sieg-Kreises im Einsatz	12/5

Rettungsdienst

Bilanz der Rettungshubschrauber-Einsätze im Jahre 1980	1/4
Ausbau des Hubschrauber-Rettungsdienstes des Katastrophenschutzes abgeschlossen	11/3

Technik

Neues 7,5 Tonnen-Fahrgestell	1/63
50-Liter-Feuerlöscher	1/63
Automatische Schnellfalltore	1/63
Wärmebeständige Kabel beugen Brandschäden vor	1/63
Schnelle Gasanalyse der Atemluft	2/63
Feuerschutz für Holz	2/63
Funkalarmempfänger sichern	
Einsatzbereitschaft	3/17
Rauchmelder bietet mehr Sicherheit im Wohnbereich	3/63
Warnwesten für den Pannenfall sind Pflicht	3/63
Soforteinstiegsleiter ist nur 2,85 m hoch	3/63
Eine neue Fluchthaube	4/63
Übungs- und Kontrollsystem für Herzmassage	4/63
Pneumatikzylinder zur Herzmassage	5/U2
Schleifenwiderstandsprüfer	5/U2
Rücken- und Nackenschiene	5/62
Operationspackung für Feldchirurgie	5/62
Strahlenmeßgerät	5/63
„Schließzelt“	5/63
Kühl- und Atemschutzgerät	6/63
Trockenlöschfahrzeug	6/63
Hyperventilationsmaske	7-8/79
Feuerschutz-Laken	7-8/79
Der neue Deutsche Zivilschutzhelm	9/13
Neuartige Ölbindemittel	9/71
Einheitliches Notruftelefonsystem	9/71
Reserveschaltventil macht das Tauchen noch sicherer	9/71
Neue Methoden und Geräte zur Ölbekämpfung	10/2
Neuer, kleinerer Spreizer für die Unfallrettung	10/63
Übungspuppe „Resusci Anne“ im Baukastenprinzip	10/63
Hitzeschutz ohne Asbest	10/63
Modell „Rettungsleitsystem Karlsruhe“	11/50
Technik im Dienste des Patienten	11/56
Verbesserter Unterflurhydrantenschlüssel vorgestellt	11/71
Neues Gasmeldesystem	12/61
Zeitgesteuerte Beatmungsmethode	12/61

Schutzraumbau

Dregger: Pflicht zum Bau von Schutzräumen	2/6
Schutzbau-Höchstbetragsverordnung geändert	3/2
Weitere öffentliche Schutzräume in Berlin	4/U2
Baum: Bau von Schutzräumen eine Aufgabe für jedermann	5/4
Schutz im Stahlzylinder	7-8/23
NRW: Schutzraumbau kommt große Bedeutung zu	10/U2
Ein Innenschutzraum aus Stahlbeton-Fertigteilen	10/14
Ideen-Wettbewerb zur Verschönerung von Hochbunkerfassaden	10/20
Öffentliche Schutzräume in Münster	10/24

Vorsorge

Innenminister beschlossen Empfehlungen zur Vorsorge und zum Verhalten bei Katastrophen	1/5
Verbund in der Wasserversorgung gewährleistet	1/12
Aufbau der medizinischen Katastrophenhilfe	2/24
Materialerhaltung – eine wichtige Aufgabe	3/12
Sicherheitskennzeichnung	3/18
Neues Merkblatt in Trier entwickelt	4/24
Wir müssen rechtzeitig alles zur Vorbeugung mögliche in die Wege leiten	5/8
Resolution des Bezirkstages der Oberpfalz	6/U2
CDU/CSU-Anfrage über Nahrungsmittelversorgung	7-8/2
Trinkwasser aus der Donau	7-8/3
Bundesinnenminister Baum stellt „Vorsorgebroschüre“ vor	7-8/9
Schutz- und Sicherheitspolitik gewinnt immer mehr an Bedeutung	10/7
Arbeitssicherheit – eine Aufgabe für alle	10/16
Was denkt und macht der Bürger, wenn die Sirenen heulen?	11/13
Neue Studie bestätigt hohen Standard des Strahlenschutzes	11/16
Bundesernährungsminister Ertl: Versorgung auch im Krisenfall gesichert	11/69
Bundesforschungsminister von Bülow läßt Selbstschutz im Gesundheitswesen untersuchen	11/71
Innenminister Barschel: Staat ohne freiwillige Helfer undenkbar	12/4

Zivile Verteidigung

von Weizsäcker: Kirche soll sich am Zivilschutz beteiligen	2/61
Zivilschutz in Finnland	5/19
30. Jahrestagung der Schutzkommission	5/5
CDU/CSU bringt kleine Anfrage zur Situation der Hilfskrankenhäuser ein	6/2
Zivile Verteidigung im Deutschen Bundestag	6/5
Zielvorstellung der Bundesregierung für den Zivilschutz	6/9
Der gegenwärtige Stand des Zivilschutzes	7-8/17
Enge zivil-militärische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens erforderlich	10/12
Wernitz betont Notwendigkeit des Zivilschutzes	11/16
Dick: Gesamtkonzept für die Verteidigung fehlt	12/59

Jürgen Lampe

Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutz

Berichtigung

Das „Minimagazin“ in Heft 10/81 (Sicherheitshinweis Nr. 24) enthielt leider bei der Darstellung des Besteigens einer Leiter zwei bedauerliche Fehler, auf die zahlreiche Leser die Redaktion aufmerksam machten.

1. Bei Bergungsarbeiten – auch beim Besteigen einer Leiter – ist grundsätzlich der Schutzhelm zu tragen.

2. Feuerwehr und THW weisen darauf hin und schreiben vor, daß die Hände die Sprossen – und nicht wie leider abgebildet die Leiterholme – greifen.

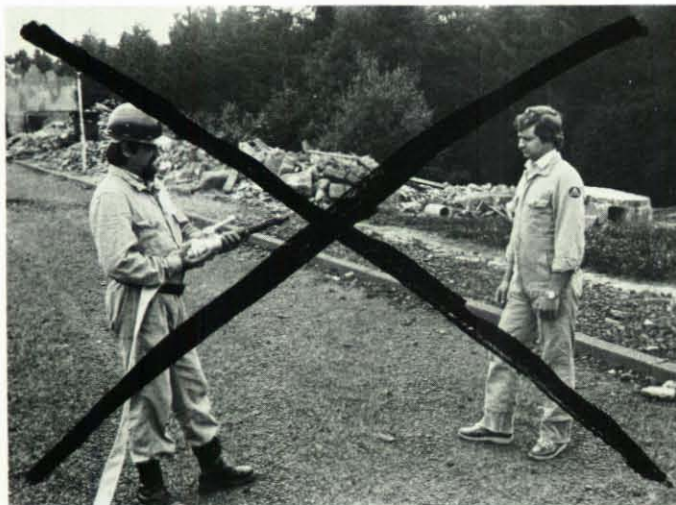
Wir bitten um freundliche Beachtung.



Sicherheitshinweis Nr. 28: Es ist verboten, von einer Leiter aus mit dem Strahlrohr Wasser zu geben (BVS-DV III Nr. 4.5.1).

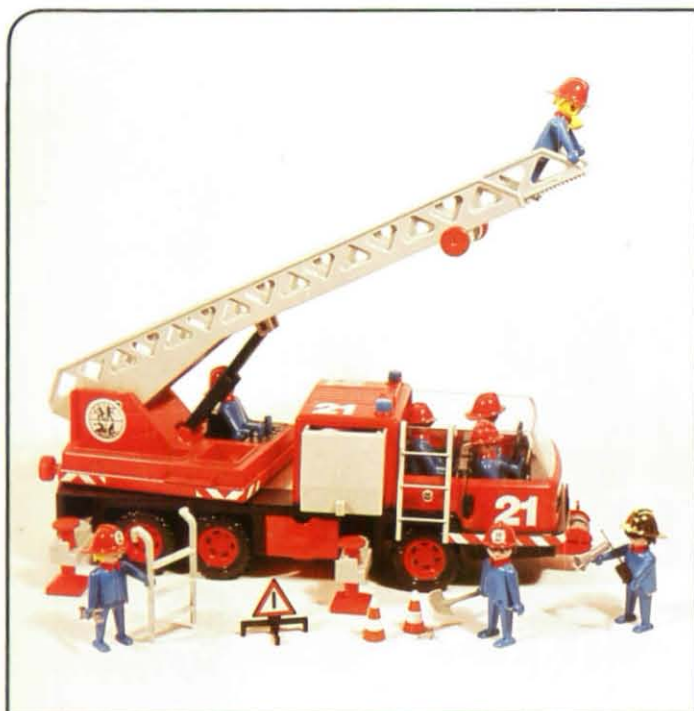


Sicherheitshinweis Nr. 29: Es ist verboten, den Druckschlauch am Körper zu befestigen (BVS-DV III Nr. 4.5.1).



Sicherheitshinweis Nr. 30: Es ist verboten, den Vollstrahl eines Strahlrohres auf Personen zu richten (BVS-DV III Nr. 4.5.1).

Modellsammeln – ein Hobby für viele



Das Sammeln von Modellen der Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks sowie der Sanitätsorganisationen und der Polizei findet als ernsthaftes Hobby zunehmend Interesse. Der Deutsche Feuerwehrverband zum Beispiel bekommt seit Jahren immer mehr Anfragen nach Bezugsquellen für Modelle aller Art. Vielen Anregungen folgend hat sich der DFV jetzt entschlossen, für die Hobbysammler die Modelle der verschiedensten Fahrzeuge – einschließlich der begehrten „Oldtimer“ – zu erfassen und über sein Versandhaus anzubieten.

Die Palette der in- und ausländischen Fahrzeugmodelle umfaßt die unterschiedlichsten Maßstäbe, von H0 über 1:30, 1:43, 1:50, 1:90 bis hin zu nicht maßstabgerechten Modellen. Das gegenwärtige Sortiment wird laufend erweitert, so daß die Hobbyfreunde jetzt Gelegenheit haben, ihre Modellsammlung zu vervollständigen.

Zunehmend setzen die Feuerwehren und andere im Katastrophenschutz tätige Organisationen diese Modelle auch im Bereich der Ausbildung und für Planspiele ein. Eingepaßt in eine ebenfalls maßstabgetreue „Umwelt“ lassen sich anschaulich die kompliziertesten Schadensereignisse darstellen.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite geben einen kleinen Einblick in die Vielfalt der Modellfahrzeuge.